H 8040 F
Nummer 43
Nov./Dez. '96
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Unternehmer fördern Rechtsradikale
Skinheads in Westeuropa
Goldhagen-Debatte
REP-Bundesparteitag 1996
Mythos Bismarck

Inhalt

Editorial

Neofaschistische Gewalttaten in der Bundesrepublik reißen nicht ab. Immer wieder werden dafür „verwirrte" oder „alkoholisierte" Jugendliche - meist aus der Skinheadszene - verantwortlich gemacht. In der Regel lassen Polizei und Politik verlauten, daß keine Hinweise auf politische Hintergründe bestünden. Regelmäßig wird die Einzeltäter-Theorie bemüht. Würden sich die staatlichen Institutionen von traditionellen Organisationsvorstellungen lösen, wäre es ein Leichtes, das organisatorische wie informelle Netzwerk der Skinheadszene auszuleuchten und damit auch zu erkennen, daß zahlreiche rassistische Gewaltakte auf eben dieses Netzwerk zurückzuführen sind.

Doch trotz aller Verharmlosung und Vertuschung der Hintergründe rechtsradikaler Gewalt, geht von den Akteuren dieser Gruppen nicht die Hauptgefahr für eine Veränderung des politischen Klimas der Bundesrepublik Deutschland aus. Die Verschärfung des politischen Klimas, die langfristige Absicherung des Sozialstaatsabbaus vor dem Widerstand der Betroffenen lassen die Kapitalkräftigeren dieses Landes lieber von anderen besorgen. Ausführlich widmen wir uns dem Bund der Selbständigen, der seit geraumer Zeit sein Herz für die Rechtsradikalen in der FDP entdeckt hat und diese nach Kräften fördert - getreu dem selbstgestellten Motto, daß Mittelstandspolitik nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern auch Gesellschaftspolitik ist. Ein Netzwerk zwischen nationalkonservativen, nationalliberalen und faschistoiden Kräften organisiert sich im Umfeld (oder besser an den Futtertrögen?) der Selbständigenorganisation - bisher weitgehend unbemerkt.

Unser Titelbild zeigt, von links nach rechts, Alfred Mechtersheimer (BKKD), Manfred Brunner (BfB) und Rolf Schlierer (REP).

Bei der in Großbritannien erscheinenden Zeitschrift Searchlight möchten wir uns dafür bedanken, daß sie uns den Artikel zur internationalen Skinheadszene zur Verfügung gestellt hat.

Das nächste Heft des „Rechten Randes" erscheint Anfang Januar 1997. Redaktionsschluß ist am 17. 12.1996.

Berichtigung

In unserer letzten Ausgabe (DRR Nr.42) veröffentlichten wir auf Seite 15 einen Artikel zum Prozeß gegen den US-Neonazi Gary Lauck. Bei dem dazugehörenden Foto ist uns ein Fehler unterlaufen. Die rechts im Bild abgebildete Person ist nicht **Martijn Freling**.

DER RECHTE RAND ist kein Archiv

Immer wieder erreichen uns Anfragen mit der Intention, alle nur erdenklichen Informationen, die wir vielleicht über diesen oder jenen Faschisten, bzw. über faschistische Strukturen in einer bestimmten Stadt oder Region haben, dem Absender zukommen zu lassen. Abgesehen davon, daß wir in erster Linie alle zwei Monate eine neue Ausgabe dieser Zeitung erstellen wollen, sind wir weder personell noch finanziell zu solch einer Arbeit in der Lage. Adressat solcher Anfragen könnten die öffentlich zugänglichen Antifaschistischen Archive sein, die aber auch nur eingeschränkt Anfragen beantworten können. Archiviert werden die unterschiedlichsten mehr oder weniger öffentlich zugänglichen Medienveröffentlichungen und, soweit möglich, Publikationen der Rechten sowie alles zum Thema Antifaschistische Politik.

Eine unvollständige Liste Antifaschistischer Archive:
Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstr.46 - 10997 Berlin
Antifa-Archiv Osnabrück e.V.
Postfach 1211 - 49002 Osnabrück
Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V.
Walramstraße 16a - 65183 Wiesbaden

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Postfach 1324 • Rolandstraße 16
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 458 29 04
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

TERMINE:

22.-24.11.1996: „Antisemitismus Ost-West. Die Deutschen: Kollektiv unschuldig?" Das Seminar findet in Hilders/Rhön statt und ist für Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft kostenlos (für Nichtmitglieder DM 50,-/erm. 25,-). Anmeldung und weitere Informationen: DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Julika Bürgin, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel 0361-5961394, Fax 0361-5961444

7.12.1996: Internationale Konferenz „Rassismus und Nationalismus in West- und Osteuropa seit 1989 - Reaktionen auf die Umbrüche in den Industriegesellschaften" ab 9.00 Uhr im Faust e.V. Hannover (Wilh. Bluhm-Str. 12). Referenten sind u.a. Immanuel Geiss, Sehmus Güzel, Boris Kagarlitzky, Paul Tamas, Paul Grant, Birgit Rommelspacher, Anton Pelinka, Gazi Caglar, Laura Balbo, Friedbert W. Rüb, Oskar Negt.

Anmeldung und Information: Interfobi e.V., Wilhelm-Bluhm-Str. 12, 30451 Hannover, Tel. 0511-9245077, Fax 0511-9245079

Eigentumsvorbehalt:

Herbert Kalus

REP-Parteitag in Hannover

Gut geschützt durch mehrere Hundertschaften Polizei veranstalteten die „Republikaner" in Hannover ihren Bundesparteitag. Der wiedergewählte Parteivorsitzende Schlierer beschimpft Flüchtlinge als „Abkassierer" und zeigt wes Geistes Kind die REP trotz aller Mimikry als „demokratische Rechtspartei" immer noch sind.



Rolf Schlierer

Nicht als Satire gemeint war wohl der Einmarsch des REP-Vorsitzenden **Rolf Schlierer** unter der Hymne für den Boxer Maske von der Gruppe „Vangelis" - hatte er doch den Altvorderen Franz Schönhuber aus der Partei geboxt und konnte auch seine Wiederwahl auf dem hannoverschen Parteitag feiern. Der einzige Gegenkandidat, **Otmar Wallner**, eher dem „Schönhuber-Flügel" der Partei angehörend, scheiterte kläglich und mußte sich mit einer Position als Beisitzer im Bundesvorstand zufrieden geben. Selbst alle stellvertretenden Vorsitzenden wurden dem Wunsche des „REP-Smarties" - so die Neue Presse- entsprechend gewählt. Das Parteivolk applaudierte zu populistischen Sprüchen und der Ankündigung einer Offensive gegen den Euro und für den Erhalt der D-Mark. Die Klassifizierung von Flüchtlingen als „Abkassierer", die für den Wohlstandsverlust der Deutschen verantwortlich seien, und die Warnung davor, „Fremde im eigenen Land" zu werden, traf den Nerv der versammelten Rechtsradikalen.



Uschi Winkelsett und Rudolf Krause

Als Schlierer allerdings den Vorschlag des nordrhein-westfälischen Landesverbandes unterstützte, künftig in Ausnahmefällen auch Ausländer in die Partei aufzunehmen, versagte ihm das Basis die Gefolgschaft. Das mühsam aufgebaute Image der „demokratischen Rechtspartei" geriet ins Wanken: Man wolle keine „Multi-Kulti-Partei" werden, mit der Aufnahme von ein paar Gastarbeitern habe es auch mal angefangen und schließlich drohe eine „Überfremdung der Partei" schallte es dem gerade Wiedergewählten entgegen. Selbst der zur Beruhigung der Delegierten gemeinte Hinweis, mit Ausländern seien ja in erster Linie nur patriotisch gesinnte Südtiroler, Österreicher oder Schlesier gemeint, konnte die Basis nicht umstimmen. Nur das Zurückziehen des Antrages durch die nordrhein-westfälische REP-Landesvorsitzende **Uschi Winkelsett** konnte schließlich ein Auseinanderreißen der REP verhindern.

Gegen den REP-Parteitag hatte in Hannover ein antifaschistisches Bündnis demonstriert. Rund 500 Menschen beteiligten sich am ersten Tag des REP-Treffens an einer Protestdemonstration. Weitere 300 Menschen nahmen am darauffolgenden Tag an einer „hate-parade" gegen den Parteitag teil. Sie trafen dabei auf ein mehrere Hundertschaften umfassendes Polizeiaufgebot. Bereits im Vorfeld hatte der hannoversche Polizeipräsident Klosa den REP den reibungslosen Ablauf des Parteitages garantiert und dem niedersächsischen REP-Landesvorsitzenden **Peter Lauer** (früher NPD) öffentlich sekundiert, als der antifaschistische Gegendemonstranten vorsorglich als Chaoten und Krawallmacher zu diskreditieren versuchte.

Auf ihrem Parteitag in Hannover wählten die REP eine neue Führungsmannschaft:

Vorsitz:	**Rolf Schlierer**
Stv. Vorsitz:	**Christian Käs, Uschi Winkelsett, Hans Hirzel, Bernd Bernhard, Johann Gärtner**
Schatzmeister:	**Reinhold Giegold**
Stv. Schatzmeister:	**Horst Trageiser**
Schiftführerin:	**Ingeborg Ackermann**
Stv. Schriftführerin:	**Margot Neiß**
Beisitzer:	**Ingeborg Seifert, Dietmar Donnerstag, Harald Kanthack, Dieter Lieberwirth, Gerolf Tittel, August-Wilhelm Petersen, Otmar Wallner, Burkhard Schmanck, Anna-Maria Benning, Matthias Ritter, Claudia Kübel, Kurt-Ekkehard Goldmann, Wilfried Hein, Gerhard Tempel, Dieter Hübing, Gottfried Schubert, Thomas Nissen, Ute Behrens, Wolfram Balcerkiewicz, Burkhard Stieglitz**
Finanzprüfer:	**Neumeyer, Förster, Wendt**

REPs mit Vergangenheit

Beim Bundesparteitag der „Republikaner" wurde Dr. **Gerolf Tittel** (48), Mitglied des bayerischen REP-Landesvorstandes, zum dritten Mal in den Bundesvorstand gewählt. Bereits beim Parteitag in Sindelfingen im Dezember 1994 gelangte Tittel auf ausdrücklichen Wunsch von **Rolf Schlierer** erneut als Beisitzer in den Bundesvorstand. Während seines Studiums kandidierte der damalige Pharmazie-Student Tittel 1974 für den „Hochschulring Tübinger Studenten e.V." (HTS). Tittel wurde zusammen mit **Axel Heinzmann** und sechs weiteren HTS-Kandidaten in das Studentenparlament der Eberhard-Karls-Universität gewählt. Die politische Karriere des heute 49jährigen Heinzmann führte über den HTS rasch in den Bereich des Rechtsextremismus. Heinzmann selbst, zunächst noch am rechten Rand der CDU engagiert, bewegt sich seit Jahren im neonazistischen Umfeld. Bei der verhinderten Initiierung einer „Stuttgarter Kameradschaft" im November 1994 wurde Heinzmann verhaftet. Während Tittel beim „Hochschulring Tübinger Studenten" aktiv war, wirkte der heutige REP-Bundesvorsitzende Schlierer beim „Nationaldemokratischen Hochschulbund" (NHB) mit. Anläßlich der Wahl Schlierers zum Bundesvorsitzenden gab die NPD in einer Pressemitteilung das NHB-Eintrittsdatum mit dem 7. Mai 1974 an. 1976 wurde Schlierer gar für das Amt des NHB-Bundesvorsitzenden vorgeschlagen.

Serie: Kapital und Neo-Faschismus (3)

Im Heft Nr.40 startete Der Rechte Rand mit der Serie, die auf kapitale Hintergründe des organisierten Neo-Faschismus aufmerksam machen soll. In dieser Folge geht es um eine Organisation des Mittelstandes, dem Bund der Selbständigen - Deutscher Gewerbeverband e.V., der 1892 in Köln gegründet wurde und heute nach eigenen Angaben 100.000 Kleinunternehmen repräsentiert. Aufmerksam wurde der Rechte Rand auf die Organisation, weil in dem Magazin „Der Selbständige" aus Nordrhein-Westfalen etliche Männer und Frauen zu Wort kommen, die landläufig und oft verharmlosend als „Neue Rechte" oder „Rechtsextreme" bezeichnet werden.

Raimund Hethey

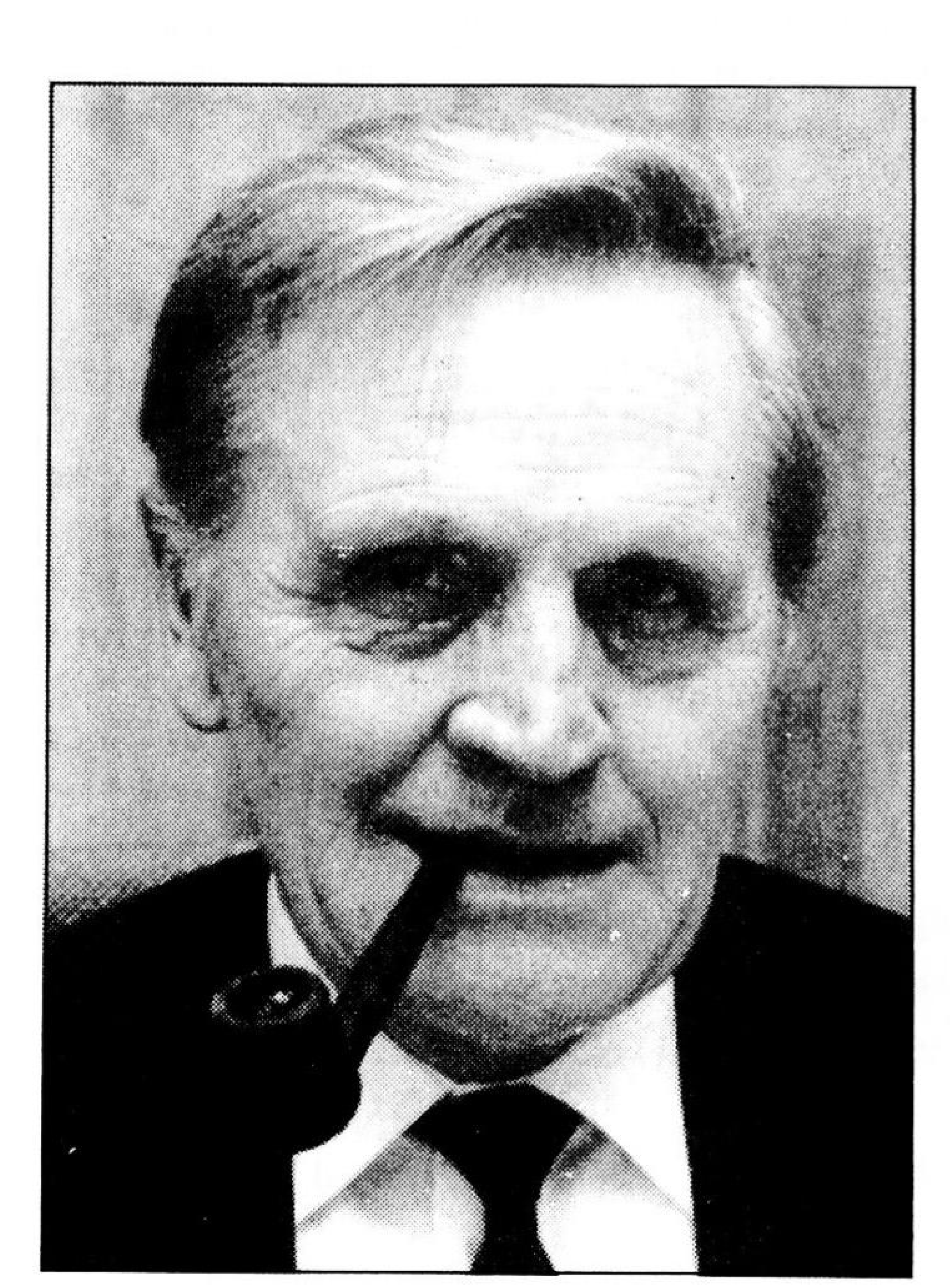
Der Bund der Selbständigen und sein neo-liberales, faschistoides Gespinst

Vor zwei Jahren war der ehemalige oberste Staatsanwalt der Bundesrepublik Deutschland Alexander von Stahl mit programmatischen Thesen an die Öffentlichkeit getreten. Den parlamentarischen Niedergang seiner Partei FDP vor Augen, verlangte er nach einem autoritärerem, reaktionärem Profil. Im „Berliner Manifest" wurde Tacheles geredet: gegen Feminismus, Multikulturalismus. Mit der Forderung nach einem „Europa der Vaterländer" und einer besonderen Förderung der „Eliten" wurden alte bürgerliche Wünsche wiederbelebt, mit deren strammen Umsetzung zuletzt die deutschen Faschisten mit ihren besonderen Erziehungsanstalten und ihrer Waffen-Schutz-Staffel ihr mörderisches Gesicht zeigten.

Vor dem Hintergrund einer ökonomischen Entwicklung, bei der immer weniger Menschen immer mehr Geld (Gewinne) einstreichen, macht sich nun **Alexander von Stahl** zum Sprecher einer Klientel, die um ihren Verlust an gesellschaftlichem Einfluß und Macht fürchtet, dem Mittelstand, dessen organisierte Spitzenfunktionäre sich ihrerseits bei von Stahl bedankten. Der Kaufmann **Willi-Peter Sick**, Ehren-Präsident vom Bund der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverein e.V., bot von Stahl prompt intensivste Zusammenarbeit an. Er schlug „dem FDP-Politiker vor, Verknüpfungsnetze mit Gleichgesinnten zu schaffen. Dies könnten Politiker wie Peter Gauweiler oder auch Manfred Brunner sowie Kräfte aus dem bürgerlichen Lager aller Parteien und Verbände sein. Die Zeit sei gekommen, der Offensive der Linken die geballte Kraft des bürgerlichen Lagers entgegenzusetzen", ist im Magazin „Der Selbständige" aus Nordrhein-Westfalen zu lesen. Sick wolle „im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beitragen und diese Botschaft auch in die eigene Organisation hineintragen, so die Zusage des BDS-Ehrenpräsidenten an Alexander von Stahl." [Der Selbständige/Magazin 1994, Nr. 4]

Willi-Peter Sick ist AntifaschistInnen kein Unbekannter. Der 77-jährige Kaufmann und Kleinunternehmer aus Norderheistedt/Dithmarschen kam wie viele andere auch von der „Deutschen Partei" (DP) zur CDU. Von 1972 bis 1983 war er Mitglied des Bundestages und vertrat den Wahlkreis 3 - Nordfriesland/Dithmarschen-Nord. Zwischen 1974 und 1982 war er Landesvorsitzender der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der CDU Schleswig-Holstein. Von 1985 bis 1991 war er Präsident des BDS/DGV, für dessen Arbeitsgemeinschaft Ost/West er bis heute als Sprecher fungiert.

Seine Vorliebe für neo-faschistische Organisationen wurde 1976 offenbar: Als er am 4. April einen Vortrag mit dem sinnigen Titel „Adolf Hitler in der Kausalität zwischen Person und Zeit" vor dem „Alster-Gesprächskreis" hielt, den der NPD- und der „Gemeinschaft ostdeutscher Grundeigentümer" nahe stehende Versandbuchhändler **Otto Reuter** aus Barsbüttel leitete. Auf der Beerdigung von Admiral Karl Dönitz, der noch von Hitler als Nachfolger eingesetzt worden war, legte Sick einen Kranz nieder. [Vgl. „Wer mit wem?" KB-Braunbuch 1981: S.10; 134f.; zu Sick: S. 144]


Willi-Peter Sick

So ist es nicht verwunderlich, daß Sick auch zu den Unterzeichnern des Revanchisten Aufrufs vom 8. Mai 1995 gehört. Wen der „Botschafter" des Mittelstandes noch alles in seinem „Netzwerk" verknüpfen will, zeigt eine Sonderbeilage zum 10jährigen Bestehen des Magazins „Der Selbständige" von Januar 1996, die ausschließlich dem „Führer-Verehrer" und SA-Sympathisanten **Ernst Hermann Nolte** gewidmet ist. Dem Gespräch mit Nolte folgte ein weiteres mit dem früheren Intimus von Franz-Josef Strauß, **Basilius Streithofen**, der zuletzt aufgrund antijüdischer Äußerungen öffentlich aufgefallen war. Sick, für den die Flagge immer dem Handel folgt, vertritt die Position, daß Mittelstandspolitik mehr als nur Ökonomie ist, „sie ist auch Gesellschaftspolitik." Folgerichtig läßt sich der „Wirtschaftsführer", wie ihn seine Redakteure nennen, auch gerne von der „Jungen Freiheit" interviewen.

„Wehrhafte Demokratie"

Zum mittelständischen „Netzwerk" gehört auch der Oberstleutnant a.D. **Alfred Mechtersheimer** mit dem der agile nordrheinwestfälische Landesverband des BDS „einen regelmäßigen Gedanken- und Informationsaustausch" vereinbarte. „Besonders auch im Hinblick auf den Pressespiegel des Friedenkomitees 2000", heißt es in dem Magazin-Beitrag, „weil der von Mechtersheimer herausgegeben wird und in komprimierter und prägnanter Form über ausgesuchte Problembereiche informiert." [Der Selbständige/Magazin 1995, Nr. 4] Daß Mechtersheimer mit seinem Pressespiegel auch Anti-Antifa-Dienste leistet, kommt dem BDS gerade gelegen. Die Verabredungen mit Mechtersheimer aufseiten des BDS wurden von **Gerd Passmann** getroffen. „Den BDS forderte die frühere Galionsfigur (!) der Friedensbewegung auf, sich nicht nur um die reine wirtschaftspolitische Lehre zu kümmern", heißt es weiter in dem Bericht des Magazins, „sondern gesellschaftliche Fragen offensiv zu diskutieren. Wer für das freie Unternehmertum kämpfe, dürfe nicht tatenlos zusehen, wie interessierte Kreise aus Deutschland eine andere Republik machen wollten." Der Verbandsfunktionär Passmann machte Mechtersheimer sogleich darauf aufmerksam, daß die BDS-Arbeitsgemeinschaft Ost/West, „sich bereits auf dem Gebiet mit Erfolg bewege. Die Initiativen „Selbständige für eine wehrhafte Demokratie" und „Organisierte Kriminalität und Mittelstand" seien beredte Beispiele hierfür."

Mechtersheimer besetzt eine wichtige Schaltstelle. Der „Friedensforscher" aus Starnberg, Sprecher vom „Friedenskomitee 2000", ebenfalls Interview-Partner der „Jungen Freiheit". [„Mir ist eine nationale Linke lieber als eine internationalistische Rechte", in: JF (1995), Nr. 12 vom 24.03., S. 3) und Unterzeichner des revanchistischen Aufrufs zum 8.Mai, macht zur Zeit mit der „Deutschland-Bewegung" rassistische Politik. Er führt die Kampagne „Deutschland-Bewegung" an. „Liebe bosnische Gäste in Deutschland!", beginnt ein von ihm verantworteter Aufruf, der als Anzeige natürlich in der „Jungen Freiheit" abgedruckt ist, „ Laßt Eure Heimat nicht im Stich!" Die dort formulierten Forderungen

sind deutlich genug und zeugen von der bundesdeutschen Kontinuität ausländerfeindlicher, rassistischer Pamphlete seit dem „Heidelberger Manifest“ von 1981.

„— Unser Land hat doppelt so viele Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen wie alle anderen Staaten zusammen. Mindestens eine halbe Million Menschen hat hier Schutz und staatliche Hilfe erhalten; viele haben auch Arbeit gefunden. Mindestens 15 Milliarden Mark wurden bisher aus Steuergeldern für diese humanitäre Aktion aufgebracht.

— Jetzt erwarten wir, aber mehr noch Ihre Landsleute, die in Ihrer Heimat durchgehalten haben, daß Sie beim Wiederaufbau Bosniens helfen! Sie sind zumeist jung und haben mehr Geld als die Flüchtlinge in anderen Ländern.

— Wir sind enttäuscht, daß bisher nur wenige der weit über 300.000 Bosnier zurückgekehrt sind. Deutschland will auch künftig Fluchtburg für bedrohte Menschen sein. Dies kann es nicht, wenn alle bleiben und auch Deutschland zu einem konfliktträchtigen multi-ethnischen Siedlungsgebiet wird. Auch bei uns gibt es immer mehr Armut und Arbeitslosigkeit. Wir möchten nicht, daß Sie abgeschoben werden. Erwidern Sie die Solidarität und kehren Sie als Freunde Deutschlands zurück.“

Leitmotiv politischen Handelns: Revanchismus

Das „Netzwerk“ der BDS-Spitzenfunktionäre nahm immer weiter Gestalt an. Fortan konnte man in den Schriften des Bundes der Selbständigen, dem Bundesorgan „Der Selbständige“ und dem Magazin „Der Selbständige. Zeitschrift für mittelständische Unternehmer“ des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen lesen, was andernorts schon in der faschistoiden „Jungen Freiheit“ des **Dieter Stein** oder der nicht weniger rechts exponierten Zeitschrift CRITICON des **Caspar von Schrenck Notzing** zu Papier gebracht worden war. Mit **Eberhard Hamer**, **Hans-Helmuth Knütter**, **Tilman Mayer**, **Klaus-Rainer Röhl**, Willi-Peter Sick, **Gunnar Sohn**, Alexander von Stahl, **Erika Steinbach** und **Rainer Zitelmann** kamen nicht nur Freunde von CRITICON und von der „Jungen Freiheit“, sondern auch neun UnterzeichnerInnen des revanchistischen Aufrufs zum 8. Mai in den BDS-Organen zu Wort.

Die Unterzeichner des revanchistischen Aufrufs zum 8. Mai bestreiten, daß der 8. Mai 1945, das Ende des II. Weltkrieges, ein Tag der „Befreiung“ vom Faschismus gewesen sei, sondern sehen in dem Tag den Beginn der Unterdrückung der Deutschen. In ihrer Geschichtsbetrachtung verblassen die millionenfachen Morde und Verbrechen der deutschen Faschisten; die Mittäterschaft des Kapitals und des Militärs wird geflissentlich verschwiegen. Aus gutem Grunde: Das Kapital ist beständig am Aufbau und dem Erhalt faschistoider Zirkel und Organisationen beteiligt. Neben Stiftungen, die vom Groß-Kapital wie Daimler-Benz, Siemens gesponsort werden, werden die in der Öffentlichkeit als „neurechts(extrem)“ verkauften Ideologieträger wie Nolte, Zitelmann, von Stahl usw. fleißig auch vom Bund der Selbständigen hofiert. Artikel von Rainer Zitelmann, die in Springers „DIE WELT“ erschienen, wurden im Magazin „Der Selbständige“ nachgedruckt. Inzwischen ist Zitelmann dort ständiger Kommentator. Hier setzt er sich nicht mehr für den „Revolutionär“ Hitler, sondern für den „freien Unternehmer“ ein. Niemand soll den deutschen Unternehmer in seiner Verfügungsgewalt über sein Eigentum und das, nach dem er noch gierig trachtet, beeinträchtigen können. So kommt mit der CDU-Bundestagsabgeordneten, der Diplomverwaltungswirtin,



BDS-Präsident Rolf Kurz

Informatikerin und früheren Frankfurter Stadtverordneten Erika Steinbach eine „gebürtige Westpreußin“ im Magazin „Der Selbständige“ zu Wort, die in einem Gespräch mit **Peter Boßdorf**, einem Zögling des Faschisten **Hans-Michael Fiedler**, ihrer Lust auf Ostexpansion freien Lauf läßt: „Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Vertriebenenpolitik so aktuell wie selten zuvor. Durch die Durchlässigkeit der Grenzen wird die Möglichkeit geschaffen, daß man leichter in seine alte Heimat reisen kann.“ Dort will Steinbach dann vor allem den „Deutschen“ helfen und nach Möglichkeit „Grund und Boden“ - nicht durch „Rückgabe“, wie sie im Gespräch betont - „erwerben.“ Ähnliche Zwecke verfolgt der Ost/West-Arbeitskreis im Bund der Selbständigen, der über entsprechende wirtschaftliche Verbindungen verfügt und Gelder vom Bundesinnenministerium erhält.

Die FDP als Ausgangsbasis gesellschaftlichen Umsturzes ?

Nach dem Zerfall des „real-existierenden Sozialismus“ haben die „Neuen Rechten“ ihre Strategie weitgehend geändert. Sie demonstrieren mehr Interesse an dem Ausbau eines autoritären starken Staates, der eine für sie zweckmäßige „Volksgemeinschaft“ von oben her strukturiert, und nicht mehr an eine weniger Kontrollierbare „Nationalisierung der Massen“. Der Angriff läuft in der praktischen Politik - wie schon zu Beginn der BRD-Geschichte - über die FDP, in der der sogenannte „nationalliberale Flügel“, mit seinen wichtigsten Repräsentanten **Heiner Kappel**, Alexander von Stahl und Rainer Zitelmann, die Vordenkerrolle und die nötigen Organisierungsaufgaben erfüllt. Nach 1945 waren ganze Landesverbände der freien Demokraten von Nationalsozialisten übernommen worden.

Die heutigen faschistoiden Kräfte haben einen Schwerpunkt ihrer machtpolitischen Arbeit auf die FDP gelegt, weil bisherige Versuche, die Republik mit Neugründungen von Parteien in ihrem Sinne zu verändern, an der Stigmatisierung als „rechtsextrem“ oder „neofaschistisch“ scheiterten. Verbotsforderungen gegen die „FDP“ sind wohl kaum durchsetzbar.

So vermutet der faschistenfreundliche Geschichtsschreiber Dr. **Karlheinz Weißmann** in der FDP schon die kommende „Sammlungsbewegung“. Nach seiner Auffassung „sollte“ in dem Augenblick des größten Wahldesasters der FDP „die Stunde der ‘neuen rechten’ in der FDP kommen, die aus ihr die Partei des gesunden Menschenverstandes machen möchten: im Kern ein Bündnis von Wirtschafts- und Nationalliberalen, aber mit Anziehungskraft auch auf jene heimatlosen Konservativen, die sich von den Unionsparteien im Stich gelassen sehen, und auf alle Bürger, die die Tassen im Schrank behalten haben.“ [CRITICON (1996), Nr. 149, S. 23]

Der augenblickliche Prozeß ist obendrein durch die seit Jahren inszenierte PC-Kampagne gut vorbereitet. Mit der Hetze gegen die „political correctness“ sollen Kritiker wie z.B. AntifaschistInnen mundtot oder lächerlich gemacht werden. Mit dem PC-Vorwurf sind dann nicht mehr die erschlagenen und verbrannten „AusländerInnen“ die wahren Opfer, sondern die Leute, die immer schon und immer noch „Ausländer raus!“ schreien. Wieweit solche Versuche bereits gehen, mag das Beispiel vom Lehrerausbilder, dem Hamburger Hauptseminarleiter Dr. **Eckart Thurich** verdeutlichen. Im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung hat er 1996 ein Unterrichtsheft zum Thema „Die öffentliche Meinung“ geschrieben, in dem auf einer Seite der Fall „Junge Freiheit“ so dargestellt wird, daß die SchülerInnen gar nicht anders können, als dieses faschistoide Blatt gegen seine Angreifer die „Autonomen“ und den ehemaligen Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor, zu verteidigen, der sich für eine Beobachtung des Blattes durch den Verfassungsschutz eingesetzt hatte. Im Verbandsorgan der Selbständigen werden in schönster Regelmäßigkeit von den Interviewpartnern Statements zur „political correctness“ und zur „Jungen Freiheit“ abgefragt.

In der langen Reihe der JF-InterviewpartnerInnen darf Heiner Kappel nicht fehlen. Er ist mittlerweile für das Auswerfen organisatorischer Netze zuständig. Der 58jährige hessische FDP-Landtagsabgeordnete aus Bad Soden vertritt bienenfleißig die reaktionären und menschenfeindlichen Positionen der „Liberale(n) Offensive“, engagiert sich für das „Kyffhäuser-Treffen“ vom „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD), ließ sich am 2. Juni 1995 von der „Jungen Freiheit“ interviewen und unterzeichnete ebenfalls den revanchistischen Aufruf zum 8. Mai.

Von Haus aus Theologe, ist Dr. Kappel seit 1981 Mitglied des Landesvorstandes der FDP

Hessen, seit 1983 Landtagsabgeordneter in der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, seit 1995 stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Frauen, Arbeit und Sozialordnung. Im Herbst 1994 gründete er die „Liberale Offensive" in Hessen. Im Magazin „Der Selbständige" fordert er Anfang 1996 unter der Überschrift „Jetzt Flagge zeigen": „Nein zum Rundumversorgungsstaat. Nein zu den Reglementierungseiferern. Nein zur katastrophalen Gleichmacherei, aber Ja zur Eigenverantwortung, Ja zur Risikobereitschaft. Ja zur Leistung. Unsere arme Bevölkerung wird von nichts mehr getrieben, als der Angst um den



Beilage von „Der Selbständige" mit einem Interview mit Ernst Nolte

Erhalt unserer Umwelt schlechthin." Er schreibt in dem vom BDS herausgegebenen Band „Droge Subventionen", sprach im September 1996 vor dem „Konservativen Gesprächskreis Hannover": „Die FDP hat deshalb die Aufgabe, den Sozialstaat nicht nur umzubauen, sondern konsequent abzubauen. Sie hat dafür zu sorgen, daß Verantwortungsbereitschaft, Risikobereitschaft und Unternehmensgeist wieder angemessene Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, und sie hat schließlich im Einsatz für die geistige Freiheit gegen jedwede Form von Bevormundung oder Tabuisierung wirkungsvoll anzutreten." [Manuskript der Rede im Internet KGH].

Seine wohlwollende Verbundenheit mit dem Magazin "Der Selbständige" drückt er in einem Leserbrief aus, in dem er sich über die „Jubiläumsausgabe" äußert: „Im übrigen war diese Ausgabe eine „geballte Ladung" an Artikeln der „besonderen Art". Herzlichen Glückwunsch!" Nicht nur bei Kappel löst das neue „Kampfblatt" des organisierten Mittelstands positive Reaktionen aus. Ebenso zu Wort meldete sich Prof. Dr. **Hans-Helmuth Knütter**, wie Kappel Gast auf der 10 Jahres-Feier „Der Selbständige". Anti-Antifaschist Knütter: „Ich habe mit großer Zustimmung die letzte Ausgabe des Magazins Der Selbständige gelesen. Die klare kämpferische Haltung gegen den Linksextremismus, aber auch die sonstige Berichterstattung findet meine absolute Unterstützung." Professor Ernst Hermann Nolte bevorzugt eine römisch-orthodoxe Version: „Ihre Jubiläumsnummer macht einen vorzüglichen Eindruck. Bedauerlich ist nur, daß Ihre Zeitschrift gewissermaßen die Rolle der römischen „triarii" zu spielen hat, die bekanntlich in das Gefecht eingriffen, wenn die Sache nicht zum besten stand. Aber andererseits gibt es ja auch das alte Sprichwort 'viel Feind, viel Ehr'." Der ständige Gast-Kommentator im Magazin „Der Selbständige", der Diplomvolkswirt **Friedhelm Ost**, Ex-Staatssekretär, Mitglied der CDU-Mittelstandsvereinigung äußert sich analytisch: „Das Magazin 'Der Selbständige' hat sich im letzten Jahrzehnt zu einer wichtigen Publikation für den Mittelstand entwickelt. Es greift wichtige wirtschafts-, finanzsteuer- und sozialpolitische Themen auf und bezieht Position.

Das zeigt Wirkung - vor allem in der Politik. Zugleich erfahren die Leser aus Interviews und Beiträgen direkt, was Sache ist, wie politische Macher und Entscheider an wichtige Mittelstandsthemen herangehen. Jedes Heft bietet eine Fülle von wertvollen Informationen für Beruf, Betrieb und Praxis. Nur zu gut weiß ich, daß viele Politiker inzwischen das Magazin Der Selbständige aufmerksam lesen und die Informationen für ihre Arbeit nutzen. Nicht so sehr die spektakuläre Story, sondern der solide und sauber recherchierte Beitrag prägt Ihre Publikationen. Sie transportieren damit berechtigte Anliegen, Sorgen und Wünsche mittlerer und kleinerer Unternehmen von Selbständigen und Freiberuflern in die Öffentlichkeit und in die Politik. Ihre journalistische Arbeit zeichnet sich durch Fairneß und Ausgewogenheit aus, durch Fakten und Daten und prägnante Kommentare." Warum Kaufleute, Dachdecker, Luftdruckspezialisten, Spediteure usw. - allesamt Mitglieder des BDS/DGV e.V. - über spezifische Probleme von Selbständigen hinaus, auch noch Kenntnisse über „political correctness, „Ausländerkriminalität", die „Junge Freiheit" und dergleichen mehr vermittelt bekommen sollen, darüber gibt Friedhelm Ost keine Aufklärung. Von der „Ausgewogenheit und Fairneß" des BDS-Organes, die er so lobenswert findet, bleibt nicht viel über, wenn man sich die Protagonisten anschaut, die dort zum Zuge kommen. Ganz zu schweigen von der ständigen Hetze gegen rot-grüne Koalitionen und die PDS, die in keiner Ausgabe der BDS-Blätter fehlt.



Parteiübergreifende Ideologie des Kleinbürgertums

Das Verbandsorgan „Der Selbständige" erscheint in der ATON Verlag und Verwaltungsgesellschaft mbH&CoKG in Unna im 11. Jahr. In penetranter Regelmäßigkeit kommen dort neben CDU, CSU, FDP und SPD - Parlamentariern auch AutorInnen sowie MitarbeiterInnen der faschistoiden Kampfpresse aus der BRD zu Wort: **Roland Baader**, **Peter Gauweiler**, Prof. **Eberhard Hamer**, Prof. Hans-Helmuth Knütter, **Hartmut Koschyk**, Alfred Mechtersheimer, **Hermann Rappe**, Klaus Rainer Röhl, Willi-Peter Sick, Gunnar Sohn, Prof. **Michael Wolffsohn** und Rainer Zitelmann.

Bis auf Bündnis 90/DIE GRÜNEN und PDS verkehren die Mittelständler mit allen bürgerlichen Parteien. Als das Ende der sozialliberalen Koalition nahte, warnte die SPD vor dem „aggressiven Kleinunternehmertum". Das war im Herbst 1982 und galt dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Dieter-Julius Cronenberg**, der sich für das Ende der Koalition einsetzte und heute vom BDS/DGV hofiert wird. Aber auch rechte Genossen tummeln sich im Netzwerk des Mittelstandes: **Hans Apel**, **Klaus Dohnanyi**, **Uwe Jens**, **Hans-Ulrich Klose** und **Hermann Rappe**. Gemessen an ihrer tatsächlichen Größe, finden sich hauptsächlich FDPler beim Mittelstand, von denen einige bisher noch nicht Erwähnte hier genannt seien: Dr. soc. **Werner Bruns**, **Jörg van Essen**, **Wolfgang Gerhardt**, **Franke Hauke**, **Helmut Haussmann**, Dr. **Otto Graf Lambsdorff**, **Jürgen Möllemann**, Dr. iur. **Achim Rohde**. Groß ist die Zahl der CDU/CSU-ParteigängerInnen: **Kurt Biedenkopf**, Dr. **Günter Ermisch**, **Klaus Hardraht**, **Manfred Kanther**, **Thomas Klein**, **Roland Koch**, **Thomas Laake**, **Klaus Leroff**, **Heinrich Lummer**, **Gerhard Mayer-Vorfelder**, Dr. **Erich Mende**, **Jürgen Rüttgers**, **Wolfgang Schäuble**, **Erwin Teufel**, **Hubert Wicker**, **Matthias Wissmann**, **Christian Wulff**, Dr. **Ingo Friedrich**, Dr. **Peter Gauweiler**, **Michael Glos**, **Hans „Jonny" Klein**.

Am 10. November werden auf dem Verbandstag des Bundes der Selbständigen-Nordrhein-Westfalen zwei verdiente Männer den Mittelstandspreis erhalten: Der bayerische Ministerpräsident **Edmund Stoiber** und der Chefredakteur des Polit-Magazins Focus **Helmut Markwort**. Die Laudationen werden von Prof. Dr. Michael Wolffsohn und Friedhelm Ost gesprochen. Zentrales Thema des diesjährigen Treffens im Holiday Inn Crowne Plaza Hotel in Dortmund: Political Correctness.

Ulrich Schneider

„Christliche Publizisten" im Abseits

So hatte sich der Vorsitzende des „Arbeitskreis Christlicher Publizisten" (ACP) die Bundestagung zum 25jährigen Bestehen in Baunatal bei Kassel nun doch nicht vorgestellt. Man hatte doch alles so schön geplant. Hochrangige Gäste waren eingeladen, in einer Hochglanzbroschüre schmückte man sich mit Stellungnahmen des ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten Kirchschläger, mit Reaktionen der Ministerpräsidenten Höppner (Sachsen-Anhalt) und Schröder (Niedersachsen), selbst Michail Gorbatschow und Armeegeneral Lebed ließen sich mit ACP-Repräsentanten ablichten.

Staatsminister a.D. **Vogel** sollte referieren, der Landesbischof und die politische Prominenz der Region waren mit Grußworten vorgesehen. Als besonderer Einstieg war ein Empfang des Kasseler OB Lewandowski (CDU) im Palais Bellevue am Vorabend der Tagung vorgesehen. Und dort begann bereits das Dilemma. Knapp 24 Stunden vor diesem Empfang ließ der OB den Termin „im Interesse des kommunalpolitischen Friedens in unserer Stadt" platzen.

Was war geschehen? Da hatten sich doch einige antifaschistisch gesinnte Menschen den ACP und die Gästeliste genauer angesehen. Dort fanden sich solch „illustre Namen", wie **Claus Jäger** vom „Christlich-konservativen Deutschland-Forum", Anhänger der reaktionären „Evangelischen Notgemeinschaft" (**Motschmann** u.a.), sowie als Krönung Bundesminister a.D. **Theodor Oberländer**. Oberländer, der schon am Hitler-Putsch beteiligt war, ist unzweifelhaft mitverantwortlich für zahlreiche Kriegsverbrechen, als Vorbereiter, wie auch als Führer des Bataillons „Nachtigall".

Die VVN-Bund der Antifaschisten formulierte daraufhin in einer Presseerklärung: "Während in der deutschen Öffentlichkeit leidenschaftlichüber die 'willigen Vollstrecker' diskutiert werde, sei es nur als skandalös zu bezeichnen, daß hier ein Befehlsgeber öffentliche Ehrung erfahren soll. Die VVN-BdA erwartet, daß die politischen Gremien dieser Region, die Stadt Baunatal, der Landkreis Kassel, Parteien und gesellschaftliche Organisationen eine solche Veranstaltung nicht durch Grußworte oder ihre Teilnahme aufwerten." Und tatsächlich, der Empfang der Stadt Kassel wurde abgesagt, es gab keine Grußworte des Landrates oder der Stadt, selbst das Grußwort des Landesbischofs war am Vormittag nicht zu hören, und das alles, obwohl der so gescholtene Theodor Oberländer überhaupt nicht an der Tagung teilnahm. Auch andere vollmundig angekündigte Mitwirkende, wie der hannoversche Oberbürgermeister Schmalstieg, wurden nicht gesehen.

So blieb man mehr oder minder unter sich - doch es war schon ein interessanter Kreis. Unübersehbar präsentierte sich die „Partei Bibeltreuer Christen" (PBC), die unter der Frage „Deutschland, wohin gehst Du ?" dem „größten Kindermord aller Zeiten" und dem „Vormarsch antichristlicher Kräfte in unserem Land" entgegentreten will. Die PBC kritisiert das Fehlen von „Dankgottesdiensten in Kirchen und öffentlichen Plätzen" für die neugewonnene Größe Deutschlands nach dem Oktober 1990. Haben ihr denn die Dankgottedienste zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Frühjahr 1933 noch nicht gereicht?

Natürlich war auch der „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnisse" (VPM), diese reaktionäre Psychosekte, präsent, wenn auch nur unter dem Titel der „Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik". Ein Fehlen wäre auch verwunderlich, wo doch Claus Jäger und **Heinz Matthias** zu wichtigen Lobbyisten des VPM gehören. Die personelle Verflechtung wird dabei immer enger. So trat nun auch Prof.**Konrad Löw** (Bayreuth), der zu den Referenten des IV.Kongresses „Mut zur Ethik" gehörte, unter der Mitgliedsnummer 805 dem ACP bei.

Bei einer solchen Tagung durfte die „Aktion Funk und Fernsehen e.V." (AFF) nicht fehlen. Deren Sprecher **Wolfgang Reinecke** erklärte die Journalisten „als letzte verantwortungslose Kaste in diesem Staat" und forderte „Schluß mit der Diskriminierung christlicher Zuschauer". Was die AFF darunter inhaltlich versteht, zeigen die neusten Ausgaben „Unsere Sendung". In der Nummer 8-9/96 wird der geschichtsrevisionistischen Sicht von **Walter Zeuss** und der Antwort des ZDF eine ganze Seite gewidmet. Auch der Brief von **Karl Wolbrandt** an den NDR, der sich über „unfaire Angriffe" auf die „Junge Freiheit" beschwert, ist hier zu finden. In Nummer 10-11/96 beklagt sich die Deutsche Burschenschaft (Danubia) darüber, daß bei "Live aus dem Alabama" zum Thema „Neue Rechte - Rechtsextremismus" die Traditionen und Ideologie der Burschenschaften kritisch unter die Lupe genommen worden seien.

Die „Hilfsaktion Märtyrerkirche", die früher den Kommunismus als Werk des Teufels bekämpfte, war ebenfalls anwesend. Heute hat sie als neuen Weltfeind den Islam erkoren, wo es noch „schlimmer als im Kommunismus" sei. Auch ein Angehöriger der Bundeswehr in Uniform, StFw a.D. **Hartmut Wehr** von der Cornelius-Vereinigung, präsentierte seine Organisation auf dieser Tagung. Verbindungen zur Bundeswehr sind dem ACP durchaus wichtig. So war Generalmajor **H.-P. von Kirchbach**, der als Kuratoriumsmitglied des ACP in enger Beziehung zur Militärseelsorge steht, zur Ehrung auf der Bundestagung auserkoren.

Nicht zuletzt traf man hier auch auf „Die Wende - Aktion zur geistig-kulturellen Erneuerung Deutschlands aus seinen christlichen Wurzeln" von **Rohrmoser**. Fehlen tat eigentlich nur die „Junge Freiheit", hatte sie doch bereits rechtzeitig ihre Leser im Veranstaltungskalender auf dieses Ereignis hingewiesen.

Rechte „Genossen"

In der aktuellen Ausgabe des rechten Informationsdienstes „DESG-inform" findet sich ein ausführlicher Bericht zum rechtslastigen „Hofgeismarerkreis der Jungsozialisten Deutschlands" wieder. Im Rahmen eines Treffens des 1992 gegründeten „Hofgeismarerkreises" vom Sommer dieses Jahres wurde ein neuer Vorstand gewählt. Alter und neuer Vorsitzender des eingetragenen Vereins ist der Leipziger **Sascha Jung**. Der ehemalige Juso-Funktionär Jung schrieb für die vorübergehend von der Staatsanwaltschaft eingezogenen „Deutschen Annalen 1996" einen Beitrag. Jung, so das rechtsextreme Periodikum „Nation & Europa", „untersucht den Stellenwert des nationalen Gedankens in der deutschen Sozialdemokratie und dessen Einfluß auf den Europabegriff seiner Partei." Im vergangenen Jahr referierte Jung vor der rechtsextremen „Freien Deutschen Sommeruniversität" zum Thema „Der deutsche Gedanke in der Sozialdemokratie bis Kurt Schumacher". Zu den beiden Stellvertretern von Jung wurden **Harald Heinze**, Leipzig, und Dr. **Christian Böttger**, Berlin, gewählt. Das Amt des Schatzmeisters verbleibt bei dem Juso-Funktionär **Heiko Oßwald**. Als Beisitzer des „Hofgeismarerkreis im Leipziger Forum e.V." fungieren **Rocco Eisebith**, Leipzig, **Jens Fritzsche** und **Peter Russig**, Dresden. Die bisherigen Beisitzer **Daniel Senf** und **Thomas Stoss** kandidierten ebenso wie der vormalige Stellvertreter **Glaubig**, alle Leipzig, nicht mehr. Außerdem wurden die im Rahmen des dreitägigen Treffens aktualisierten Grundsatzthesen der deutschnationalen „Hofgeismarer" in „DESG-inform" abgedruckt. „Der Hofgeismarerkreis ist Denkschule und Diskussionskreis der Jungsozialisten Deutschlands. Er versteht sich in der Tradition des gleichnamigen Kreises der Weimarer Sozialdemokratie." Geprägt sind die Thesen von einer befreiungsnationalistischen und völkischen Attitüde. Dem Bekenntnis zur Fortsetzung der nationalen Politik mit militärischen Mitteln schließt sich ein Bekenntnis „zur 'Friedensmacht Deutschland' **Alfred Mechtersheimers**" an. Empfohlen wird von „DESG-inform" auch der seit 1993 erscheinende „Politische Rundbrief des Hofgeismarerkreis". Die Schriftleitung des „Politischen Rundbriefs" liegt bei den „Hofgeismarern" Jung, Oßwald und dem Leipziger Juso-Funktionär **Dirk Larisch** als presserechtlich Verantwortlichem. Die elfte Ausgabe des „Politischen Rundbriefs" erschien im Juli dieses Jahres.

Felix Krebs und Andreas Speit

Nationale Sinnstiftung

„Durch die Gründung des Zweiten Reiches hat Bismarck dem Dritten Reich den Weg gebahnt. Ohne sein Werk wäre auch Großdeutschland nicht entstanden. Er hat den Grundstein gelegt, den auch seine Nachfolger nicht zerstören konnten, und der auch im Weltkrieg und im Zwischenreich des Novemberstaates erhalten blieb. Auf diesem Fundament errichtet der Führer das Dritte Reich, das durch die Heimkehr der Ostmark und die Befreiung des Sudetenlandes emporwuchs zur Weltmacht Großdeutschland“. Hamburger Nachrichten 14.02.1939

Das rechte Verständnis von der deutschen Nation hat viele Gestalten und viele Namen. Einer, der sie eint, ist Otto von Bismarck. Einst als Reichskanzler, heute als Mythos, welcher in Form einer Bundesstiftung belebt werden soll.

Kurz vor der Sommerpause des Bundestages wäre die Bundesrepublik beinahe um eine nationale (Sinn-) Stiftung reicher geworden. Die „Umwandlung der bestehenden unselbständigen „Otto-von-Bismarck-Stiftung“ bürgerlichen Rechts in eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts“ stand zur Entscheidung. Die Annahme des Gesetzes verhinderten jedoch erst einmal die übervolle Tagesordnung sowie die zaghaften kritischen Stimmen aus den Reihen der Sozialdemokratie und der Bündnis-Grünen. In erster Lesung hatten diese allerdings schon zugestimmt, und im Haushaltsausschuß enthielten sie sich der Stimme, so daß per Einzelplan 06 des Bundeshaushaltes 7,5 Millionen DM für die Stiftung bereitgestellt wurden. Die Historische Kommission der SPD signalisierte, daß sie keine prinzipiellen Einwände gegen die öffentliche Aufwertung des „weißen Revolutionärs“ hätte, Sozialistengesetze hin oder her. Weder die Kleine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion 1995, noch ihre Ablehnung im Innenausschuß regten zur Kritik an. Erst das „Bauchgrimmen“ und „Bedenken hinsichtlich des demokratischen Vorbildcharakters Bismarcks“ der SPD-Bundestagsabgeordneten Uta Titze-Stecher und die von ihr initiierte Kleine Anfrage dieses Jahres ermöglichte die Neuverhandlung des Gesetzes zur Errichtung der fünften Bundesstiftung. Friedrich Ebert, Theodor Heuss, Konrad Adenauer sowie Willy Brandt werden bereits in dieser Form geehrt. Warum dem „Reichsahn“ dies verwehrt bleiben soll, stößt bei der Regierungskoalition auf Unverständnis. Sie ist entschlossen, auch gegen die Stimmen der Opposition, die Bundesstiftung durchzusetzen, schließlich betreibt man schon seit Jahren mit viel Ehrgeiz das Projekt, das dem Geschichtsbild der Regierung neue Farbe geben soll.

Bereits 1987 trafen sich der damalige Bundesinnenminister Zimmermann und der Kultusminister von Schleswig-Holstein, Bendixen, um eine „würdige und repräsentative Gedenkstätte für den ehemaligen Reichskanzler Otto von Bismarck“ einzurichten. Von Anfang an war die Familie Bismarck maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt und adlige Freunde des Hauses, die CDU-Abgeordneten von Schmude und Freiherr von Schorlemmer, forcierten das Projekt im Bundestag. Bismarck-Verehrer Schäuble und Kanzler Kohl gesellten sich hinzu. Letzterer gab 1988 grünes Licht für die Realisierung und sicherte die Deckung der Kosten durch den Bund zu, nachdem das Land Schleswig-Holstein sich geweigert hatte, 25% der Kosten u.a. für den Kauf und Umbau des Bahnhofs Friedrichsruh zu tragen. In dem alten Gebäude im Sachsenwald bei Hamburg soll die Stiftung samt Archiv und Bibliothek untergebracht werden. Lediglich für die laufenden Kosten von ca. 1 Million DM jährlich möchte das Land aufkommen. Fürst Ferdinand von Bismarck, mit seinem Schloß und Ländereien, eigener Schnapsbrennerei, luxuriöser Villenanlage in Marbella und diversen anderen Immobilien, beteiligt sich nicht an den Kosten. Der Multimillionär hält es wie sein Urgroßvater: „Ich bin ein Junker und will meinen Vorteil davon haben“. So möchte der Fürst der Stiftung den Nachlaß des „Eisernen Kanzlers“, Archiv und Bibliothek, auch nur als Leihgabe zur Verfügung stellen. Die Bismarck-Memorabilia, die zur Zeit im Bismarck-Museum ausgestellt werden, bleiben sogar in alleiniger Nutzung und Verfügung der Familie Bismarck. Das Archiv und die Bibliothek dem Bundesarchiv Koblenz oder einer anderen Stelle zu überlassen und somit Kosten einzusparen, lehnte die fürstliche Familie dankend ab. Bisher werden Archiv und Bibliothek wenig genutzt, und das zukünftige „Nutzungsinteresse an Archiv und Bibliothek“ läßt sich laut Bundesregierung „nicht voraus berechnen.“ „Der Steuerzahler soll der armen Familie Bismarck die Nachlaßpflege finanzieren“, kommentierte die Abgeordnete Titze-Stecher. Der Fürst indes weiß, was er sich von der Leihgabe verspricht: „Sinn der Stiftung ist für mich, dem großen Vorfahren historisch gerecht zu werden, vor allem die ihm häufig unterstellte Rolle als moralischer und geistiger Vorläufer Adolf Hitlers zu berichtigen“. Der fürstliche Wunsch scheint bald erfüllt zu werden. Als ersten Schritt rief am 14. November 1994 Bundesinnenminister Kanther per Erlaß die unselbständige „Bismarck-Stiftung“ ins Leben, die nun in eine Stiftung öffentlichen Rechts umgewandelt werden soll. Im Vorstand sitzen, neben Fürst Ferdinand, Ministerialdirigent Heinrich-Ernst Seraphim und der Bürgermeister von Aumühle, Michael Schimanel.

Diskret im Hintergrund bleiben jene, mit denen der Fürst das Andenken an seinen Vorfahren, den „Genius germanischen Kampfeszornes“, seit Jahren pflegt. Das Familienoberhaupt der weitläufigen Familie ist Schirmherr eines „Bismarckbundes e.V.“. Die „Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins“, 1981 gegründet, steht dem „Ostpreußenblatt“ nahe und vereint Rechtsextremisten, Revanchisten und Nationalkonservative. Bis zu seinem Tode 1995 war **Hugo Wellems** stellvertretender Vorsitzender des „Bismarckbundes“. Der langjährige Chefredakteur des „Ostpreußenblattes“ und ehemalige Referent im „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda“, diente 1945 dem US-Geheimdienst, und war eine „der“ Integrationsfiguren in der Grauzone zwischen Konservatismus und Neofaschismus. Im letztem Jahr trat Prof. **Emil Schlee** dessen Nachfolge bei den Bismarckjüngern an. Auch er kommt aus Revanchistenkreisen, war u.a. Vorsitzender der „Union für Vertriebene und Flüchtlinge“ und Anfang der 90er Europaabgeordneter der „Republikaner“. Laut Satzung verpflichten sich die Mitglieder zur „Pflichterfüllung gegenüber Staat und Volk“ und „betrachten es als eine Aufgabe, das preußisch-deutsche Erbe zu pflegen“. Alljährlich lädt Fürst Ferdinand, von seinen Kameraden untertänigst mit „Seine Durchlaucht“ angeredet, zu nationalistischen Feierlichkeiten ein, wobei allerlei schwarz-braunes Gelichter erscheint. Jeweils zum 17. Juni und 3. Oktober pilgern „Deutsche aus allen Teilen des Vaterlandes in den Sachsenwald ... um des Gründers des Deutschen Reiches zu gedenken“. Von den mehreren hundert Personen werden nach Vorschlag des „Bismarckbundes“ zahlreiche Männer und Frauen „als Anerkennung für die bewiesene vaterländische Gesinnung“ vom Fürsten mit dem Bismarckorden oder dem Ritterkreuz 1. Klasse des „Ordo Militaris Teutonicus“ ausgezeichnet. Zu den Gewürdigten zählen ehemalige NS-Funktionäre, Autoren neofaschistischer Publikationen, aber auch Abgeordnete der CDU/CSU wie **Ottfried Hennig** und **Otto von Habsburg**.

Ein ähnliches deutsch-nationales Spektakel findet jährlich am 18. Januar auf dem Anwesen derer von Bismarck statt. Zusammen mit der rechtsextremen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ lädt der Bismarckbund zum Gedenken an die Reichsgründung und die verlorenen deutschen Ostgebiete ein, „die bereits 1945 unter polnischer Verwaltung gestellt worden waren“. Nur dieses Jahr erklangen nicht die drei Strophen des Deutschlandliedes zur Ehrung in der Bismarck'schen Gruftkapelle. AntifaschistInnen hatten zu einer Gegenkundgebung aufgerufen, und damit hatte „der Plebs seiner Durchlaucht die Festlichkeiten vergällt“. Rechte Kontakte pflegt das zukünftige Vorstandsmitglied der Bundesstiftung auch außerhalb des Bundes. 1993 referierte er bei der braunen „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) über „War Bismarck Hitlers Wegbereiter?“. Im Bismarckarchiv beschäftigte die Familie bis vor ein paar Monaten einen Historiker, der für das richtige Geschichtsbild sorgte. **Dirk Bavendamm** war dort seit 1988 auf Honorarbasis tätig und sollte eigentlich Geschäftsführer der Stiftung werden. Er ist als Geschichtsrevisionist bekannt und publizierte mehrfach über die „Kriegsschuldlüge“. 1995 referierte er, ebenfalls bei der SWG, über „Hitlers oder Roosevelts Krieg?“. Nur aus finanziellen Gründen ist jetzt ein Mitarbeiter des Bundesinnenministerium im Gespräch für die Geschäftsfüh-

rung. 1995 unterzeichnete Fürst Ferdinand zusammen mit seinem Verhandlungspartner Zimmermann den Aufruf „8. Mai 1995: Gegen das Vergessen" von Zitelmann, Schwilk und Co. Fürst Ferdinands Kameraden im Geiste begeistern sich schon länger für die „Bismarckstiftung". Regelmäßig informiert die „Junge Freiheit", wie auch das älteste neofaschistisches Periodikum der Bundesrepublik, „Nation und Europa", über den Stand der Dinge.

Der Nimbus des Rechtsextremen umgibt allerdings nicht die mit Bedacht erwählten Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates. Prof. Dr. **Lothar Gall**, Prof. Dr. **Klaus Hildebrand**, Prof. Dr. **Friedrich Kahlenberg**, Prof. Dr. **Werner Knopp**, Prof. Dr. **Joseph Rovan** als auch **Henry A. Kissinger** haben sich als Historiker und/oder Bismarck-Kenner einen Namen gemacht und formulieren seit Jahren diskret und ohne viel Aufsehen das deutsch-nationale Geschichtsbild, das sich die Bundesregierung zu eigen macht. Kontinuierlich agiert allen voran Lothar Gall. Er lehrt an der Goethe-Universität in Frankfurt, ist Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands, Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaft und Vizepräsident der deutschen Forschungsgemeinschaft. Er sitzt in zahlreichen historischen Kommissionen, wissenschaftlichen Beiräten und Kuratorien, u.a. konzipierte er die ständige Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte" im Auftrag der Bundesregierung. Dahin gestellt sei, daß in seiner jüngsten Publikation „Die großen Deutschen der Epoche" der neurechte **Karlheinz Weißmann** mit einen Beitrag über Martin Niemöller einbringen durfte. Als renommierter Bismarck-Kenner etablierte Gall sich 1980 mit seinem bei Propyläen erschienenen Werk „Bismarck, der weiße Revolutionär". In dem Werk skizziert er Bismarck als „welthistorisches Individuum" im hegelschen Sinne und seine Bedeutung liege darin, „daß er über weite Strekken hin verbal auf die Vergangenheit, real, in seiner politischen Praxis, auf die Zukunft setzte, ihr faktisch zum Durchbruch verhalf (...)". Daß diese Zukunft des „Architekten des deutschen Reiches" auf dem konsequenten Ausbau Preußens zur überragenden Militärmacht sowie auf einer „Diplomatie" basierte, die vor Krieg und Fälschungen nicht zurückschreckte, stört nicht. Ebensowenig, daß der „wahrhafte gottgegebene Führer" innenpolitisch ein auf ein Bündnis von Adel und Großbürgertum beruhenden Polizeistaat aufbaute, der sich durch die Unterdrückung jeglicher Opposition, nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch des Katholizismus und des Liberalismus auszeichnete. „Ich muß es ganz entschieden aussprechen, (...) daß ich es als die Aufgabe meines Lebens halte, als meine Pflicht dem Kaiser und dem Land gegenüber, diesen Liberalismus zu bekämpfen", verkündete Bismarck einst. Sein Demokratieverständnis erklärte er rückblickend auf die Frankfurter Nationalversammlung: „Nicht durch Reden und Parlamentsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut". Zuckerbrot und Peitsche, Sozialistengesetze und Sozialversicherung, waren die politischen Instrumente des „Deutschesten aller Deutschen", dessen II. Deutsches Reich nicht nur der bonapartistisch geführte Obrigkeitsstaat prägte, sondern auch Antisemitismus sowie Rassismus gegenüber polnischen, dänischen und elsässischen Menschen - letztes Überbleibsel ist das noch heute gültige völkische Nationenverständnis im Grundgesetz.

Wie sich dies mit der in der Begründung des Gesetzentwurfes formulierten Erkenntnis verträgt, Bismarck repräsentiere die „ersten Schritte in Richtung auf eine auf allgemeinen und gleichen Wahlen beruhende demokratische Verfassung des Deutschen Reiches", wird wohl auch **Werner Knopp** regierungstreu darlegen. Den Präsidenten der „Stiftung Preußischen Kulturbesitzes", die über einen Etat von 170 Millionen DM und 1.500 Mitarbeitern verfügt, berief die Bundesregierung 1985 zum Vorsitzenden einer Sachverständigenkommission, welche die 1987 vollzogene Gründung des deutschen Historischen Museums in Berlin vorbereite. Seither begleitet er die Arbeit des Museums. Mit seinen reaktionären Kollegen **Fest**, **Hillgruber**, **Nolte** und **Stürmer** trat **Klaus Hildebrand** schon vor zehn Jahren für eine neues Geschichtsbewußtsein ein. Im Historikerstreit bemühte er sich um die Entsorgung der NS-Vergangenheit und Relativierung des Nationalsozialismus. Jetzt leistet er bereits beste Vorarbeit für die Stiftung. In der von ihm verfaßten „Konzeption für die Arbeit der Otto-von-Bismarck-Stiftung" verliert er kein Wort über die inhaltliche Orientierung der Stiftung. Seine Sichtweise zu Bismarck legte er indes u.a. in „Das Dritte Reich" dar: Die „Ansätze zu einer Parlamentarisierung in der 'Ära Bismarck' oder im wilhelminischen Reich (sollten) keineswegs" übersehen werden.

Joseph Rovan, President du Bureau International de Laisson et de Documentation und Professor für deutsche Geschichte an der Universität Paris-Vincennes an der Sorbonne und seit Jahren im Dienste der deutsch-französischen Verständigung, sieht dies kaum anders. Er hält Bismarck „für den bedeutendsten Staatsmann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts" und hebt in seiner Publikation „Geschichte der Deutschen, Von ihren Ursprüngen bis Heute" hervor, daß man ihn „als Vater der Nation schon zu Lebzeiten verehrte". Der 1918 in München Geborene emigrierte 1933 nach Frankreich und schloß sich der Résistance an. Nach seiner Verhaftung deportierte man ihn nach Dachau. In seiner „Geschichte der Deutschen" entschuldet er sogleich die ganze deutsche Historie und hofiert die selbstbewußte Nation: „Deutschland ist immer noch eine führende Industrienation. Weil es Hitler folgte, stürzte es Europa in eine der größten Katastrophen seiner Geschichte (...). Aus der Verantwortung für das Vergangene sollte Deutschland den Ansporn gewinnen, gemeinsam mit seinen Partnern und Verbündeten, nötigenfalls auch als Motor der Entwicklung, die doppelte Aufgabe der Rettung Europas und der Rettung der Erde beherzt anzugehen. Doch die Geschichte, jederzeit und überall, kann sich überschlagen und ins Scheitern absinken. Das ist der Preis unserer Freiheit". Folglich zierte 1995 ein Zitat von ihm den Aufruf zum „17. Juni 1953 - Gegen des Vergessen", lanciert von den Rechtsintelektuellen um **Heimo Schwilk**.



Postkarte von 1933 - Die Reichsgründer Friedrich der Große, Otto von Bismarck und Adolf Hitler

Henry Kissinger lobt gern die diplomatischen Fähigkeiten des „Reichsgründers". Als taktisches Meisterstück wird ihm wahrscheinlich die Fälschung der sogenannten „Emser Depesche" gelten, mittels derer es Bismarck gelang, Napoleon III. zur vorzeitigen Kriegserklärung zu zwingen. Nach der Reichsgründung 1871 sah sich Bismarck von Mächten umgeben, die er sich zuvor zu Feinden gemacht hatte. Die Militärausgaben betrugen jährlich 70 % des Staatshaushaltes. In dieser Geschichtsepoche sieht die Bundesregierung eine „europäisch ausgerichtete Sicherheits- und Friedenspolitik". Das Bundesministerium des Innern, das für die Bundesstiftungen zuständig ist, läßt verlauten, daß im Rahmen der Arbeit der Stiftung „die Problemkreise (..) sicherlich auch kontrovers zu erforschen seien". Die Besetzung des Wissenschaftlichen Beirates wird dieses kaum zulassen. Die Herren eint Galls ablehnende Position zu Hans Mommsens Fazit, daß der „Schaden" der Bismarck'schen Epoche „unendlich viel größer als ihr Nutzen" ist. „Die Gewinne an Macht waren Werte, die bei dem nächsten Sturme der Weltgeschichte wieder" verloren gingen; „aber die Knechtung der deutschen Persönlichkeit, des deutschen Geistes, war ein Verhängnis, das nicht mehr gutgemacht werden kann". Solche Stimmen werden in der neuen Bundesstiftung nicht zu hören sein. Erst recht nicht jene Stimmen, die in dem antidemokratischen „Reichsschmied" die geistige Wegbereitung für einen späteren, den vorletzten deutschen Reichskanzler sehen.

Der Abdruck dieses Artikels erfolgte zuerst in der Zeitschrift konkret 11/96

Matthias Rauch

Kongreß der „Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik“

Vor 3 Jahren hatte sich, dem Ruf des Schweizer „Vereins zur psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) folgend, in Bregenz am Bodensee die „Europäische Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik“ gegründet. Dem VPM, den Sektenexperten als Psychosekte bewerten, ist mit der Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft der derzeit erfolgreichste Ansatz einer Sammlung des rechtskonservativen und neu-rechten Spektrums gelungen. Neben „Pro Vita“, der „Europäischen Ärzteaktion“, den „Ärzten für das Leben“, der „Konservativen Sammlung“ sind diverse Ableger der Sekte sowie zahlreiche Einzelpersonen in diesem Kreis aktiv.

Welch eine Rolle der VPM in den vergangenen Jahren im rechtskonservativen und neurechten Spektrum einnimmt, zeigt sich daran, daß sich so prominente Reaktionäre wie **Christa Meves**, **Claus Jäger** und **Günther Rohrmoser** für den VPM einsetzten. Obwohl viele der heutigen Mitglieder des VPM in der Studentenbewegung politisiert wurden, basiert seine Gegenwartsanalyse weitgehend auf dem Glauben an eine Verschwörung linker Kräfte, die mittels Drogen und Sexualität die Gesellschaft von innen zerstören wollten.

Der jährliche Kongreß der Arbeitsgemeinschaft mit ca. 1000 Teilnehmern fand Anfang September im österreichischen Feldkirch statt. Umgeben von einer imposanten Bergkulisse kam man in dem beschaulichen Ort zusammen, um ein Wochenende über den allgemeinen Werteverfall zu sinnieren und Strategien für das politische Handeln zu entwickeln. In dieser Provinzidylle wird jeder als potentielle Störung empfunden. So patrouillieren um das inmitten eines Einkaufszentrums gelegene Tagungshaus finster blickende Männer, die über Funk mit der eigens eingerichteten Sicherheitszentrale verbunden sind, jeder Schritt der vorbeikommenden Passanten wird mißtrauisch beäugt, im Vorraum belehrt eine Tafel, daß jegliche Bild- und Tonaufnahmen ohne ausdrückliche Genehmigung untersagt seien, und auch ansonsten ist die Presse nur bei rechtzeitiger Voranmeldung und anschließender Überprüfung auf politische Zuverlässigkeit zugelassen. Denn bei der Berichterstattung verläßt man sich lieber auf die Schreibenden aus den eigenen Reihen, so sind für die „Junge Freiheit“ extra der Chefredakteur **Dieter Stein** und die Kulturredakteurin **Angelika Willig** angereist, auch um als Teilnehmer neue Inspirationen für ihren „Journalismus für Deutschland“ zu finden.

Auch unter den Referenten finden sich zahlreiche „alte Bekannte“ (siehe Kasten), auch **Gerhard Löwenthal**, dem am Freitag die Ehre zuteil wurde, in das Kongreßthema einzuführen, das in diesem Jahr „Aufgaben der Gesellschaft zur Sicherung der Demokratie“ lautete. Hinter dieser harmlosen Formulierung verbergen sich die üblichen antidemokratischen Positionen, mit denen dieses Spektrum seit Langem gegen den politischen Gegner und individuelle Freiheiten agitiert.

Als verbindliche Arbeitsgrundlage wurde ab Freitag ein Thesenpapier mit der zugrundeliegende Gegenwartsanalyse verteilt, um Arbeit zu sparen, soll es in den kommenden Wochen als Arbeitsergebnis des Kongresses veröffentlicht werden. Hierin ist zu lesen, daß der freiheitliche demokratische Rechtsstaat ernsthaft gefährdet sei. Denn „Gesellschaftlich tolerierte Übergriffe auf Menschenrechte, wie das Recht auf Leben, organisierte Verbrechen und politisch motivierte kriminelle Gewalt, der Mißbrauch der Pressefreiheit und die Diskriminierung wertebewußter Überzeugungen“ seien die sichtbaren Zeichen des immer stärkeren Einflusses der Linken auf die Politik. Durch eine bewußte Zerstörung der christlichen, abendländischen Kultur und Identität habe diese in den vergangenen Jahrzehnten eine gesellschaftliche Machtverschiebung vorbereitet. Deswegen sei laut den Forderungen des Kongresses die zentrale Aufgabe des Staates, den gesellschaftlichen Grundkonsens wiederherzustellen und eine Rückbesinnung auf die eigene Identität einzuleiten. Ausgerechnet der Hohenheimer Soziologe **Klaus Hornung**, der wie kaum ein anderer auf zahllose Veröffentlichungen in rechtsextremen Zeitungen verweisen kann, ist berufen, in seinem Referat die Krise der Gesellschaft zu analysieren und Wege zur „Erneuerung der Demokratie“ zu bieten.

Obwohl auf dem Kongreß immer wieder die Bedeutung von Grundrechten betont wird, zielen viele Forderungen auf eine Aushöhlung dieser Rechte. So ist oft von einer notwendigen Erhöhung der Persönlichkeitsrechte gegenüber der freien Berichterstattung die Rede. Daß dies einer Ablehnung der Pressefreiheit gleichkommt, hat gerade der VPM in den letzten 9 Jahren in zahlreichen Gerichtsverfahren deutlich gemacht. Er hat derart häufig Journalisten auf Unterlassung kritischer Aussagen verklagt, daß laut Meldung der „Neuen Züricher Zeitung“ in diesem Zeitraum das Vermögen des VPM von ca. 1,5 Millionen Franken auf heute null sank und er aufgrund seiner Klagefreudigkeit faktisch pleite ist.

Folgende Personen traten als Referenten bzw. „Experten“ auf dem Kongreß auf. Aus Platzgründen mußten wir uns auf die Darstellung der Personen beschränken, die aus der Bundesrepublik stammen.

Achermann, Stefan, Lehrer und Lokalpolitiker, Bremgarten
Bärwald, Helmut, ehem. Leiter des SPD-Ostbüros, Publizist, Grafschaft Esch
Bossle, Lothar, Prof. Dr., Lehrstuhl für Soziologie der Universität Würzburg
Eisenbarth, Peter, Dr. jur., Rechtsanwalt, Tätigkeitsbereich Familien und Erbrecht, Köln
Ellinghaus, Wolfram, Vorsitzender des Vereins „Lernen für die deutsche und europäische Zukunft e.V.“, „Kuratorium Deutscher Schulbuchpreis“
Enbergs, Hubert, Studienrat, Köln
Ernst, Siegfried, Dr. med., Vorsitzender der „Europäischen Ärzteaktion“, „World Federation of Doctors who Respect Human Life“, Ulm
von Glahn, Dieter, Psychologe, Hannover
Gollrad, Walter, Dr. jur., Oberstaatsanwalt, Freiburg
Gundlach, Karen, Vorstandsmitglied des „Bundes der Arbeitskreise für ein Qualifiziertes Studium BAQS e.V.“, Homburg
Hofsommer, Heiner, Mitglied des Landtags, CDU, Schulamtsdirektor a.D., Bad Hersfeld
Hornung, Klaus, Prof. Dr., ern. Politikwissenschaftler der Universität Hohenheim, Stuttgart
Liebe-Goldmann, Gisela, Dipl. Sozialwirtin, Nürnberg
Löw, Konrad, Prof. Dr. jur., Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Bayreuth
Löwenthal, Gerhard, Journalist, Leiter des ZDF-Magazins von 1969-1987, Wiesbaden
Lummer, Heinrich, Mitglied des Bundestages, Berlin
Matthias, Heinz, Publizist, Vorsitzender des „Arbeitskreises Christlicher Publizisten“, Niedenstein
Möller-Nehring, Walter, leitender Angestellter, Erlangen
Müller, Karl-Jürgen, Tübingen
Pfeifenberger, Werner, Prof. Dr. jur., Lehrstuhl für Politologie an der Fachhochschule Münster
Reuter, Roland, Pastor, Moers
Romeiser, Gigi, ehem. Vorstandsmitglied des „Hessischen Elternvereins“, Vorsitzende der „Bürgeraktion Freie Schulwahl“, Maintal
Roth, Werner, Dr., Soziologe, Universität Bielefeld, „Verein für konservative Kultur und Bildung e.V.“, Bielefeld
Rothe, Rainer, Rechtsanwalt, Köln
Sawall, Edmund, Dr., Industriemanager, Ditzingen
van Laak, Eugen, Theologe, Köln
Zahn, Hans-Eberhard, Dipl.-Psych., ehem. FU Berlin, Ehrenvorsitzender des „Bundes Freiheit der Wissenschaft e.V.“, Berlin-Brandenburg

Ulrich Schneider

Die Deutschen „Hitlers willige Vollstrecker“

Seit dem Frühjahr beherrscht das Buch von Daniel Jonah Goldhagen die Seiten des politischen Feuilletons von Tages- und Wochenzeitungen. Sämtliche Medien, einschließlich der privaten Fernsehsender, stürzten sich auf dieses Thema und machten es zu einem Medienspektakel. Doch trotz der Flut der Veröffentlichungen, die bereits mehr Seiten füllen dürften als das Werk selber, kann von einem endgültigen Urteil nicht die Rede sein.

Die Thesen von Goldhagen

Goldhagen entwickelt eine neue Sicht auf den Holocaust als „das entscheidende Charakteristikum der Politik und der politischen Kultur in Deutschland während der NS-Zeit“(Seite 16) und „in erster Linie ... deutsches Phänomen“ (S. 7). Für Goldhagen stehen dabei nicht allein die Taten, sondern die Täter im Mittelpunkt des Interesses. Er will eine Antwort darauf geben, warum „ganz gewöhnliche Deutsche“ das Mordprogramm vollzogen haben. Er stellt dabei zwei für manche Rezensenten provozierende Thesen auf:

1. Die Ermordung von Juden vollzogen „die Deutschen“ nicht als „willenlose Rädchen“ einer Maschine, sondern bewußt und aus eigenem Willen heraus.
2. Der Wille die Juden zu töten, speiste sich vorrangig aus einer einzigen gemeinsamen Quelle: Aus einem „eliminatorischen Antisemitismus“.

Die Taten

Einleitend beleuchtet Goldhagen die verschiedenen Stadien des Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Antisemitismus habe sich als gesellschaftlich vermittelte „allgemeine Wahrheit“ (68) so prägend in die „Wahrnehmungs- und Wertstrukturen“ festgesetzt, „daß die ganz 'normalen Deutschen' durch eine bestimmte Art des Antisemitismus motiviert waren, die sie zu dem Schluß kommen ließ, daß die Juden sterben sollten.“ (28) Durch das NS-Regime wurde nun diese Motivation in politische und Handlungsstrukturen gegossen.

Erstes Ziel sei es gewesen, Juden zu „sozial Toten“ (170) zu machen, wobei für Goldhagen der eliminatorische Wille zwar beim „Boykott“-Tag am 1.April 1933 und in der „Reichspogromnacht“ bereits sichtbar wurde, das Lagersystem jedoch der präziseste Ausdruck des Vernichtungswillens gewesen sei. „In diesem Sinne war das Lager eine für NS-Deutschland symbolische Institution, so wie die Vernichtung der Juden das charakteristisch nationale Projekt darstellt.“(215)

Basierend auf zahlreichen Originalquellen dokumentiert Goldhagen die Einsätze der Polizeibataillone besonders in Polen. Er zeigt, daß es für die Mitglieder des Polizeibataillons, in ihrer Mehrheit keine Mitglieder von NS-Organisationen, somit - so Goldhagen - keine überzeugten Nazis, gefahrlos möglich gewesen sei, sich der direkten Beteiligung an den Tötungsaktionen zu entziehen, was jedoch nur wenige wahrnahmen. Nach kurzer Zeit waren alle Angehörigen des Bataillons in die Mordaktionen eingebunden. Und das, obwohl hier keine „anonyme Mordmaschinerie“ lief, sondern ganz normale Männer im direkten Angesicht der Opfer Massenmorde vollzogen.

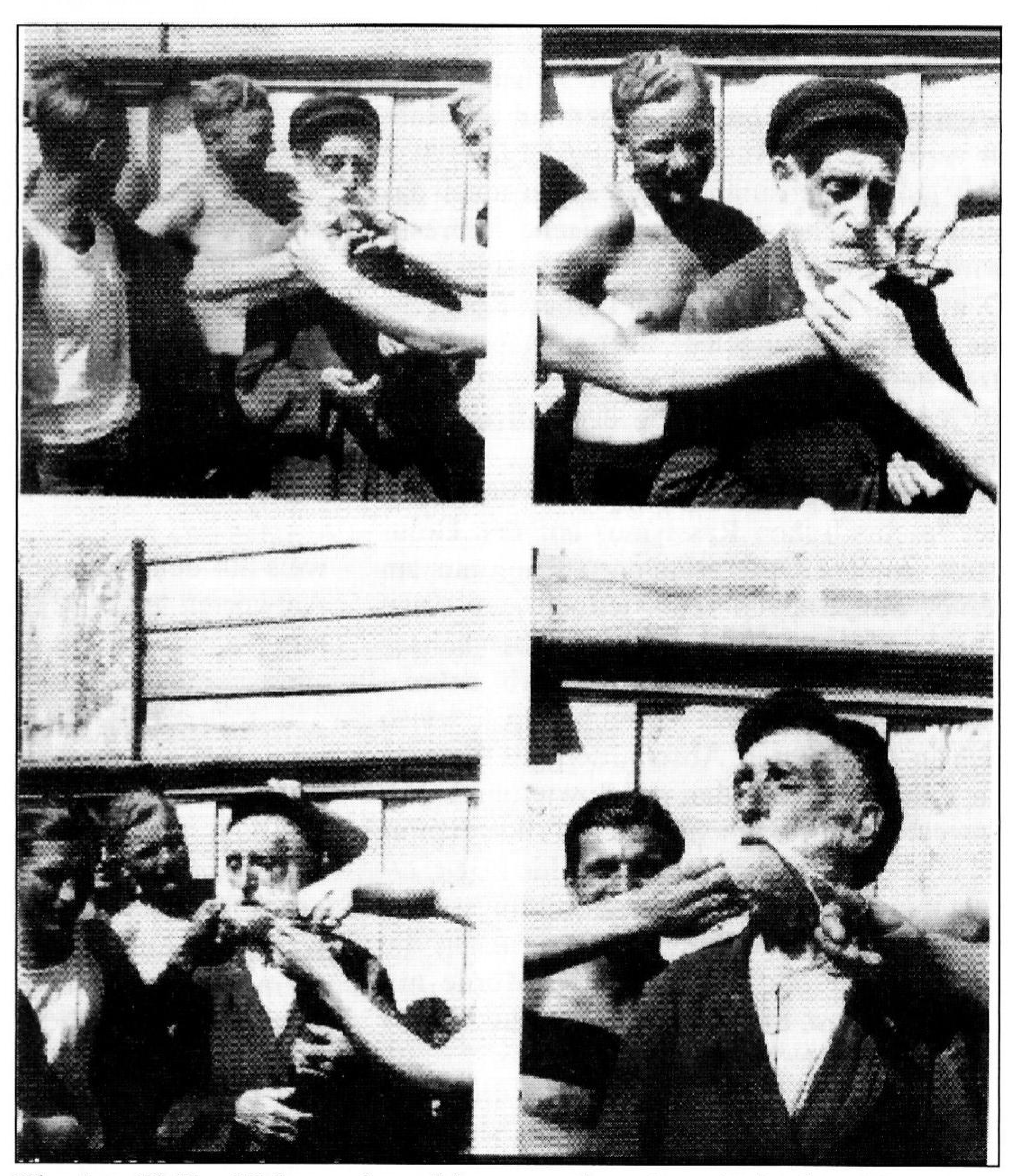
Den Vernichtungswillen der Deutschen am jüdischen Volk sieht Goldhagen auch im „Arbeits“-lager-System. Er verwendet bewußt Anführungszeichen, da seines Erachtens diese Lager nicht der effektiven Ausnutzung der Arbeitskraft jüdischer Menschen diente, demnach ökonomisch motiviert wären, sondern integraler Bestandteil des eliminatorischen Programms gewesen seien. Die katastrophale Ernährung, die unmenschliche Form der Arbeit, die teilweise nur der Schikane diente, sowie die Bestrafungen bei unzureichenden Arbeitsleistungen legen für ihn „nahe, daß Arbeit für Juden nur eine Zwischenstation auf dem Weg zur Vernichtung darstellte.“ (345)

Sein letztes Beispiel für den eliminatorischen Antisemitismus sind die Todesmärsche. Hier, in der Agonie der NS-Regimes, konnte sich der Mordwille am jüdischen Volk in jeder Hinsicht ungehemmt ausleben. Am Beispiel eines Todesmarsches nach Flossenbürg zeigt er, wie die deutsche Wachmannschaften mit den verhungerten, entkräfteten und zerlumpten Häftlingen umgingen, wie sie bis zum Schluß mit zunehmender Grausamkeit das Mordprogramm verwirklichten. „Die Todesmärsche waren nichts anderes als eine Fortsetzung der Konzentrations- und Vernichtungslager, ein Werk Hitlers und all der Deutschen, die zur Ausrottung eines unschuldigen Volkes beitrugen.“ (436)

Die Täter

„Es heißt, die Täter hätten beim Genozid mitgewirkt, weil sie dazu gezwungen worden seien; weil sie staatltichen Befehlen gedankenlos und gehorsam gefolgt seien; weil sie nur an ihrem persönlichen Fortkommen interessiert gewesen seien; weil sie gar nicht verstanden hätten, was sie taten; weil sie sich nicht dafür verantwortlich fühlten; weil die mit dem Holocaust verbundenen Aufgaben arbeitsteilig organisiert und erledigt worden seien - doch alle diese oft wiederholten 'Erklärungen' erweisen sich bei näherem Hinsehen als unhaltbar.“ (443) Dagegen setzt er:

1. Die Täter - egal ob überzeugte Nationalsozialisten oder nicht - waren beseelt von einem eliminatorischen Antisemitismus,
2. nachdem die staatlichen Rahmenbedingungen geschaffen worden waren, haben die Täter nicht unter Zwang sondern willentlich gehandelt, und
3. der Holocaust war ein Projekt „der Deutschen“. Dezidiert vertritt er diese Verallgemeinerung, denn man darf „nicht vergessen, daß diese Leute zunächst und vor allem Deutsche und erst in zweiter Linie SS-Leute, Polizisten oder Lageraufseher waren“ (19/20). Er bringt zahlreiche Belege dafür, daß angefangen von den verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Ausgrenzung über die Verschleppung der Juden, auch deren Vernichtung in der Öffentlichkeit bekannt gewesen sei. Seine Schlußthese lautet daher, daß „der Antisemitismus viele Tausende 'gewöhnlicher' Deutscher veranlaßte, Juden grausam zu ermorden,



Ukraine 1941: Wehrmachtssoldaten quälen einen jüdischen Mann

und daß auch Millionen anderer Deutscher nicht anders gehandelt hätten, wären sie in die entsprechenden Positionen gelangt." (22)

Anfragen an das Buch und seine Methode

Ein Grundproblem der Arbeit liegt m.E. in der Umsetzung seiner selbstgewählten Beschränkung des Forschungsinteresses auf den Holocaust. Goldhagen entwickelt so ein nur unzureichendes Bild vom deutschen Faschismus, wenn er vom „Holocaust als das entscheidende Charakteristikum" des Nationalsozialismus spricht.

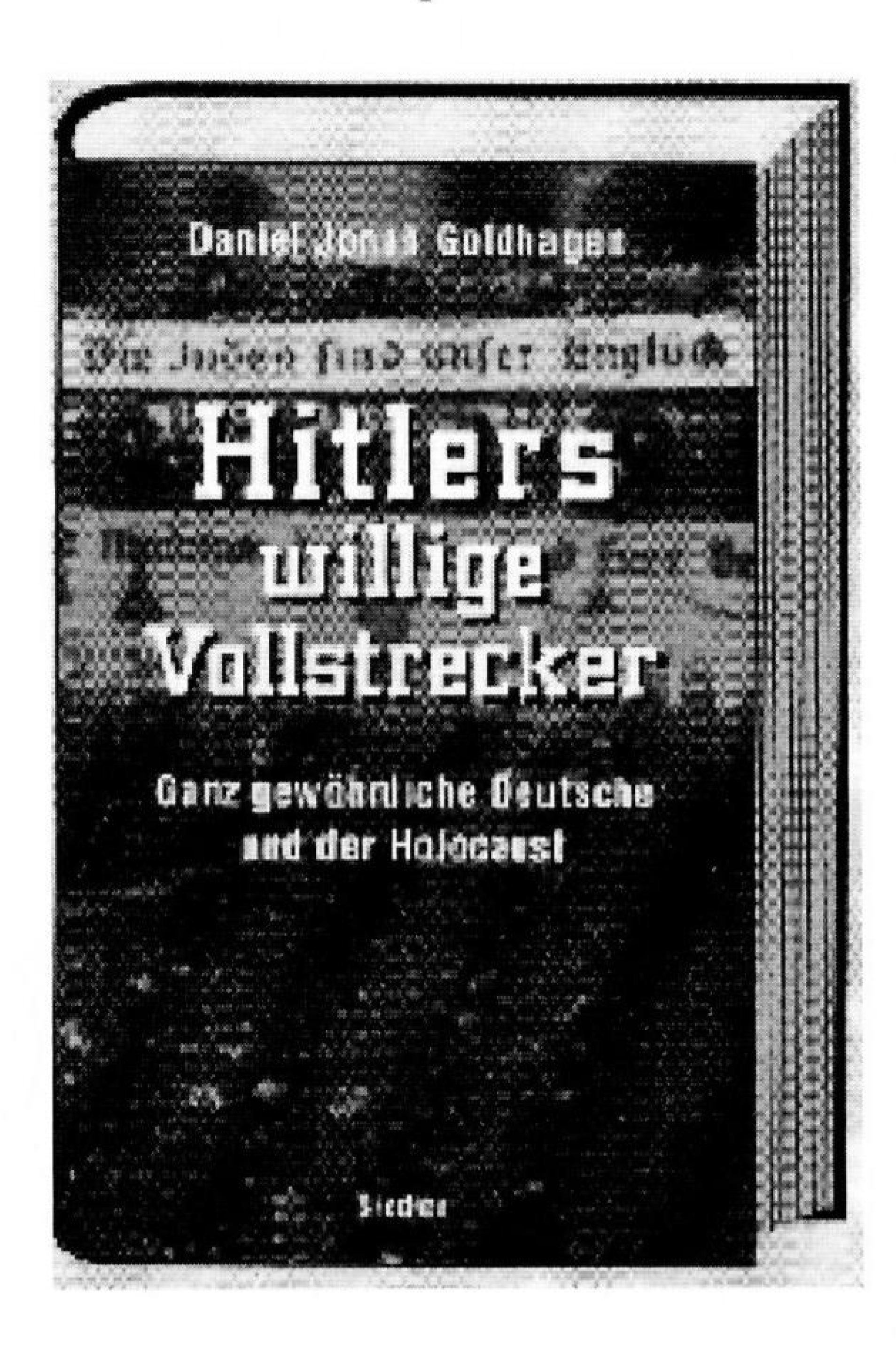
Richtig ist, daß viele Tausend - mittelbar und unmittelbar - an den Mordaktionen gegen das jüdische Volk beteiligt waren. Doch seine These, daß das Bewußtsein (der Antisemitismus) das Sein (die Morde) bestimme (533), blendet andere gesellschaftliche Faktoren und Inhalte der faschistischen Herrschaft (Ausschaltung der linken Opposition, Militarisierung, Gleichschaltung, Volksgemeinschafts-Ideologie etc.), weitgehend aus. Ökonomische Interessen, die sich bereits im frühen Antisemitismus (Stichwort: Arisierungen) zeigten, werden von Goldhagen nur am Rande vermerkt. Die Ausplünderung der jüdischen Arbeitskraft subsummiert er allein unter das Eliminatorische, das ökonomische Interesse wird negiert. Natürlich haben Vertreter der Deutschen Bank und des IG Farben-Konzerns nie selbst Hand angelegt, aber sie haben mehr Tote des jüdischen Volkes zu verantworten, als jedes einzelne Mitglied der Polizeibataillone.

Kritisch zu hinterfragen ist die Reduzierung des faschistischen Rassismus auf den Holocaust. Andere Opfergruppen tauchen nur am Rande auf. Slawen seien jedoch - so seine These - nach ganz anderen Maßstäben behandelt worden. (345) Zu fragen bleibt dabei - ohne quantifizierende Aufrechnung -, wieso sich in bestimmten Abschnitten des Krieges die Zahl der toten Juden und Sowjetbürger nur unwesentlich unterschieden. „Volksgemeinschafts"- und Herrenmenschen-Ideologie ergeben hier ein hilfreicheres Erklärungsraster, vor dem die Ermordung Geisteskranker, die ersten Opfer der faschistischen Morde mit Giftgas, Juden, Slawen sowie Sinti und Roma nachvollziehbar wird.

Goldhagens Konzentration auf die Täter und seine These des gesellschaftlichen Konsenses verdrängt auch die Frage nach möglichem Widerstand. Die Terrorfunktion der Lager gegen politische Gegner wird in Nebenbemerkungen abgetan. Der Arbeiterwiderstand selber ist für Goldhagen kein Thema, obwohl sich doch hier die wenigen deutlichen Stimmen gegen den Antisemitismus fanden. Nirgends finden sich die Menschen, die nicht nur in Berlin - teils unter Einsatz ihres Lebens - jüdischen Menschen halfen, vor den Verfolgern unterzutauchen. In der Tat es waren wenige, sicherlich zu wenige, aber es gab sie.

Goldhagen zitiert Pfarrer Martin Niemöller - aber nur, um - völlig zurecht - aufzuzeigen, daß auch er vom Antisemitismus erfaßt war. (143) Unstrittig ist auch beim 20. Juli 1944 eine Gleichzeitigkeit von militärischem Sturz Hitlers und Akzeptanz der Judenvernichtung zu konstatieren (664), was für Goldhagen ein Beleg für die politische Wirksamkeit des eliminatorischen Antisemitismus ist.

Bedauerlich ist, daß Goldhagen sich faktisch nicht mehr die Frage stellt, was aus dem so manifesten Antisemitismus nach 1945 geworden sei. Ob damals tatsächlich ein gesellschaftlicher und ideologische Bruch stattgefunden hat, wie er in der deutschen Einleitung behauptet, oder Kontinuitätslinien (z.B. Globke u.a.) sichtbar sind, wird nicht thematisiert. Dabei ist es besonders bedauerlich, daß Goldhagen weder Mitscherlichs „Unfähigkeit zu Trauern" noch Ralph Giordanos „Zweite Schuld" in seine Betrachtung einbezogen hat. Hier findet man beispielsweise mit dem Hinweis auf den „Verlust humaner Orientierung" Antworten auf die Frage nach der - nicht allein - ideologischen Kontinuität.



Die Diskussion

Das Wichtigste an diesem Buch - so ein Kritiker - sei nicht sein Inhalt sondern die Debatte darüber. Es polarisiert die Diskussion. Selbst „die fachliche Kritik an Goldhagen wurde von Anfang an ideologisch vorgetragen" (Wippermann). Einige wenige Befürworter standen einer deutlich größeren Zahl von Kritikern gegenüber, wobei der inhaltliche Gehalt der Beurteilungen oft sehr mager war. Ganz Schnelle, wie der altkluge Feuilleton-Chef der FAZ, Schirrmacher, erkannten in dem Buch überhaupt „nichts Neues", so daß man getrost darüberhinweggehen könne. Auch Norbert Frei verbreitete gleich in mehreren Zeitungen, daß das Werk sich eigentlich nur durch „knallige Thesen" behaupten könne. Eberhard Jäckel bereicherte die Debatte, indem der von einer „durch und durch mangelhaften, mißlungenen Dissertation" sprach. Hans Mommsen führte besonders gern den Vorwurf der Pauschalität ins Feld. Goldhagen habe nicht die notwendige Differenziertheit gegenüber den Tätern und ihren Motiven gezeigt.

Dagegen setzt Volker Ullrich: „Die Radikalität, mit der Goldhagen seine Thesen entfaltet, zwingt uns zum Überdenken bisheriger Sichtweisen", selbst wenn inhaltliche und methodische Schwächen des Buches zu kritisieren seien.

So forderte Jan Philipp Reemtsma, daß der Antisemitismus dem faschistischen „Volksgemeinschafts"-Konzept zugeordnet werden müsse, um die Wirksamkeit der Ausgrenzung erklärbar zu machen. Hannes Heer, der die Ausstellung „Vernichtungskrieg" erarbeitet hatte, kritisierte, daß Goldhagen die Verbindung von Holocaust und Expansionspolitik nicht klarer benennt. Der Krieg sei nicht nur mit dem Ziel geführt worden, der Juden habhaft zu werden. Und für Wolfgang Wippermann ist Goldhagen nicht radikal genug, da er den „zweiten Völkermord", den an den Sinti und Roma und die vorgesehene Vernichtung der Slawen nicht berücksichtigt habe.

Das Buch begeht einen „Tabu-Bruch" gegenüber einer Gesellschaft, die sich in ihrem „Deutsche als Opfer" und „wir haben von alledem nichts gewußt"-Dasein bequem eingerichtet hat.

Erich Mende durfte mal wieder im Fernsehen behaupten, daß „die deutschen Soldaten" viel zu sehr mit Kriegführen und Überleben beschäftigt waren, als daß sie Zeit und Augen für solche Mordaktionen gehabt hätten. **Alfred M. de Zayas** „widerlegt" Goldhagen mit dem Argument, daß die Mordaktionen geheim gewesen seien. Wer über das tatsächliche Schicksal der Juden geredet habe, sei selbst in Gefahr gewesen. Der Hinweis auf Himmlers Posener Rede vom 4.Oktober 1943 oder die Aussage von Nazi-Pressechef Hans Fritsche vor dem Nürnberger Tribunal: „Hätte das deutsche Volk von den Massenmorden erfahren, es hätte Hitler sicher die Gefolgschaft versagt", sind jedoch nur schwache Entlastungsargumente.

Wolffsohn - mit seinem beliebten Verdikt, „das sei unjüdisch" - klagt, das Buch wecke antiisraelische Gefühle. Ob ihm dabei wohl die Analogie zur These, die Juden seien am Antisemitismus selber schuld, aufgegangen ist? Als „Volksgemeinschaft der Beleidigten" (Kurt Pätzold) werfen „Welt" und FAZ in trauter Gemeinsamkeit mit den neonazistischen Ideologieorganen Nation & Europa und Criticon dem Autoren „Rassismus gegen die Deutschen" vor.

Interessant sind die Konstellationen, die sich in der „Abwehr" solcher Thesen ergaben. Alfred M. de Zayas, mit seinen „Anmerkungen zur Vertreibung" im Geschichtsrevisionismus kein Unbekannter, rezensierte den Band für das neonazistische Ideologieorgan „Criticon" und für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Der Unterschied seiner Besprechungen läßt sich darauf reduzieren, daß er im Criticon mehr Platz zur Argumentation fand, während sich die Leser der FAZ mit einer Kurzfassung begnügen mußten. Aber es reichte, um dieses Buch zu verdammen: „Neu ist allein die Radikalität des Urteils, das schlechthin als rassistisch bezeichnet werden kann." (de Zayas über Goldhagen)

Goldhagen hat offensichtlich mit seiner Frage nach den Tätern, wie Peter Gingold, Widerstandskämpfer und Bundessprecher der VVN-BdA, formulierte, „in ein Wespennest gestochen". Das Buch ist „ohne wenn und aber" ein wichtiger Beitrag gegen alle Vergangenheitsbewältiger.

Samuel Salzborn

„Ritters Erbe macht Schlagzeilen“

Am 21.September 1996 traf sich die „Schaumburg-Gesellschaft für Dichtung und Frühgeschichtsforschung e.V.“ zu ihrer alljährlich stattfindenden Herbsttagung in der Orangerie Exten. Auf dem Programm standen neben der Mitgliederversammlung u.a. Vorträge „Zu den Leitbegriffen der deutschen Jugendbewegung in den Zwanziger Jahren“ und eine, auch für die Öffentlichkeit zugängliche, Vernissage von Bildern eines achtjährigen Jungen aus Exten.

Unter dem Motto „Ritters Erbe macht Schlagzeilen“ traf sich die „Schaumburg-Gesellschaft“, die sich laut Satzung „für Dichtung und ganzheitliche Forschung auf dem Gebiet der Frühgeschichte“ einsetzt und sich dabei „an das dichterische und wissenschaftliche Lebenswerk von Dr. **Heinz Ritter**“ anlehnt, auf dem Anwesen von **Freiherr Dietrich-Alexander von Blomberg**, der ebenfalls Mitglied der „Schaumburg-Gesellschaft“ ist und 1994 bei der Landtagswahl für die CDU kandidierte.

Auffallend viele Mitglieder der „Schaumburg-Gesellschaft“ sind bzw. waren Mitglieder von (neo)faschistischen Parteien oder sind in diesem Spektrum aktiv, so daß eine Betrachtung ihres gemeinsamen Bezugspunktes Heinz Ritter von nöten ist:

Dr. phil. Heinz Ritter-Schaumburg, der sich aus regionaler Verbundenheit den Zusatz Schaumburg an seinen Geburtsnamen anhängte, wurde am 03.Juni 1902 in Greifswald geboren. Nach bestandenem Abitur begann er ein Medizinstudium, welches er aber zugunsten der Studiengänge Germanistik, Spanisch und Biologie abbrach. Seine Dissertation „Novalis' Hymnen an die Nacht, ihre Deutung nach Inhalt und Aufbau auf textkritischer Grundlage“ erschien 1930.

Vorübergehend unterrichtete Ritter an der Waldorfschule in Hannover und gründete anschließend ein Kinderheim in Schaumburg, das er bis 1969 leitete.

Heinz Ritter war Mitglied der „Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte“ und trat regelmäßig bei den Treffen des „Arbeits- und Forschungskreises Walther Machalett“ als Referent auf (vgl. DER RECHTE RAND Nr. 16).

Neben seiner Dissertation veröffentlichte Ritter schwerpunktmäßig Bücher zu historischen und linguistisch-analytischen Themen. 1994 verstarb der (sowohl ideelle, als auch materielle) Initiator der Schaumburg-Gesellschaft im Alter von 92 Jahren.

Der „Freund und Förderer“, so heißt es im Nachruf in „Na Klar!“ vom 15.12.94, dem Bundesorgan des „BHJ-Der Freibund e.V.“, sei „sein Leben lang Wandervogel“ gewesen. Für ihn habe „der Wandervogel: das Wandern, das Musische, das Nationale, [...] das Leben in der Gemeinschaft“ bedeutet.

Den Schwerpunkt von Ritters Studien bilden die Germanen. Seine Publikationen zu diesem Thema sind geprägt von einer idealistisch-germanophilen Überschätzung der Geschichte. In dem Buch „Der Cherusker - Arminius im Kampf mit der römischen Weltmacht“ schreibt er z.B. zu seinem Untersuchungsgegenstand: „Hier fassen wir einen der Nervenpunkte im Völkergeschehen, wo sich der Gang der Geschichte binnen weniger Jahre verwandelt hat durch die Tatkraft *eines* (Hervorhebung im Original; Sb) Mannes, der „die ihm heiligen Güter verteidigte: die Freiheit eigener Lebensgestaltung; das heimische Recht; die Reinheit der Sitten; das altüberlieferte Brauchtum; die besondere Art der Gottesverehrung“ und der „wußte, daß es um die höchsten Werte ging, um das, was er später der Germanen 'Vaterland' nannte, um die Götter Germaniens, um die heiligen Feste, um heimisches Recht und Brauchtum“. Begleitet wird die affirmative Darstellung der Germanen durch eine abwertende der Römer, die Ritter zwar als „in einer guten und starken Lage“ bezeichnet, die aber einem „Volk gegenüberstanden, das [...] zu einer beispielhaften Disziplin erzogen worden war“.

Der Germanenbegriff Ritters geht aus von einem organisch-geschlossenen Weltbild, das u.a. in seinen Gedichten oder in seinem Buch „Die Kraft der Sprache, Vom Wesen der Vokale und Konsonanten“ zum Ausdruck kommt: „[...] und wenn wir uns den Lauten hingeben, [...], dann treten wir ein in eine Welt, die über das Menschliche weit hinausreicht, die den Menschen mit den Kräften unter ihm und über ihm als eine Einheit verbindet. Wir sind mit den Lauten in der Welt der Mythologie, es sind Götter(kräfte), die in den Lauten weben und wirken, und wir bedürfen einer vorsichtigen Ehrfurcht, wenn wir ihnen so nahen wollen, daß sie uns das Geheimnis ihrer Kräfte offenbaren.“

Ebenfalls durchziehendes Moment von Ritters Texten ist eine religiöse, bisweilen antichristliche Mystik, die ihre Ausdrucksformen u.a. in seiner dualistischen Auffassung der Welt („Das Leben ist ein immerwährender Kampf aufbauender und zerstörender Mächte, stets von Gefahr und Versuchung umgeben [...]“) und seinem elitären Fortschrittstheorem („'Natürliche' Entwicklungsfortschritte sind selten. Wir finden vielmehr, daß [...] die neuen [...] Möglichkeiten von einem kühnen und willensstarken Geist erfaßt, genutzt und in die Tat umgesetzt werden. Jedes Hinauswachsen über einen vorhandenen Zustand erfordert übergewöhnliche Anstrengung, besondere Schulung und die Kraft einer bedeutenden Persönlichkeit.“) findet.

Die „Persönlichkeiten“, die sich zu den Mitgliedern und/oder Förderern der Schaumburg-Gesellschaft zählen, sind ebenfalls bedeutend - in Bezug auf ihre (neo)faschistischen Aktivitäten, so z.B. **Gertrud Roeder**, Ehefrau des Naziterroristen **Manfred Roeder** und Gründerin des „Hilfswerkes Manfred Roeder“, besagter Manfred Roeder, **Walter Drees** (Ehrenmitglied der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenetik und Verhaltensforschung“, seit 1993 Referent bei der „Hetendorfer Tagungswoche“), **Siegfried Raabe** (BdV, „Vereinigte Länder des deutschen Ostens“ [VLDO]), **Wolfgang Gaewert** (NPD, VLDO), Dr. **Hans-Friedrich Gorki** (Kandidat der REP), **Sunnihild Wellmer** (Kandidatin der „Öko-Union“, der DVU, der REP).

Militarismus und Revisionismus in Dresden

Vom 18. - 20. Oktober 1996 fand das 42. Bundestreffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes“ (OdR) in Dresden statt, wobei die Veranstaltung nicht zur Freude der Einladenden verlief. Zunächst sollten neben Interna wie Vorstandssitzung, Jahreshauptversammlung und Vorstandswahl an dem Wochenende auch verschiedene öffentliche Veranstaltungen stattfinden. So z.B. eine Gedenkstunde auf dem Nordfriedhof, bei der ein militärisches Zeremoniell der Bundeswehr geplant war. Der Umweltdezernent der Stadt untersagte aber eben jenes Zeremoniell bei der geplanten Kranzniederlegung mit Verweis auf die Friedhofsordnung. Nachdem einer Klage der OdR vor dem Verwaltungsgericht Dresden recht gegeben worden war und die Veranstaltung planmäßig hätte durchgeführt werden können, kündigte die Bundeswehr ihr Interesse auf und sagte ihre Teilnahme an der Gedenkveranstaltung in der Nacht zum Freitag ab. Dies war spätestens der Grund, die Kranzniederlegung nur im kleinen Kreis durchzuführen. Bereits eine Woche zuvor hatte der Oberbürgermeister jede Form der öffentlichen Begrüßung abgelehnt. Die wenigen Ritterkreuzträger sahen sich denn auch konfrontiert mit ca. 80 Menschen, die ihnen durch eine Sitzblockade den Zugang zum Friedhof verwehrten. Als dann diejenigen, die sich durch die Blockade nicht vom Besuch des Friedhofs abhalten lassen wollten, mit Obst beworfen wurden, räumte die Polizei die Straße und nahm ca. 50 Personen zur Personalienfeststellung vorläufig fest. So wurde aus dem Bundestreffen der revisionistischen OdR in der „Garnisionsstadt Dresden“ (**Michael v. Scotti**, Kommandeur der 13. Panzerdivision, in seinem Grußwort an das 42. Bundestreffen der OdR) eine Negativ-PR-Aktion, an der vermutlich die Relativierung der Kriegsschuld des Deutschen Reiches durch die und der kriegsverherrlichende Militarismus von der OdR auch nichts ändern wird ...

BdV-Landesvorstandsmitglied ausgeladen

Als am „Tag der Heimat" ein Zwischenrufer den Bundespräsidenten einen „Vaterlandsverräter" nannte, bemühte sich der Bund der Vertriebenen (BdV) um Schadensbegrenzung und erstattete gar Anzeige. Dabei gehörte der Zwischenruf noch zu den vergleichsweise harmlosen Vorgängen innerhalb des Verbandes. Gerade wer als Nachwuchsvertriebener zu ewiggestrigen Parolen neigt, hat gute Aufstiegschancen im BdV. In NRW sitzt z.B. mit **Bernhard Knapstein** ein Funktionär rechtsextremer Gruppen im Landesvorstand des BdV, dessen Reden zum „Tag der Heimat" in Bielefeld selbst die eigene Basis nicht mehr hören mochte. Nachdem die Antifaschistische Initiative im Bielefelder Westen (Antifa West) auf die rechte Orientierung des „Festredners" aufmerksam gemacht und die Stadt aufgefordert hatte, die Räume zu kündigen, wurde Knapstein vom dortigen Kreisverband kurzfristig ausgeladen. Nicht anders erging es ihm in Detmold, wo er zwei Wochen später ebenfalls für einen Festvortrag vorgesehen war.

Bernhard Knapstein ist Bundesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), deren Verbandsorgan „Fritz" mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Direkt nach den pogromartigen Ausschreitungen in Rostock schrieb **Alexander Preuß** in dem Blatt: „Haben die Bewohner von Rostock ein Recht auf Bewahrung ihrer Heimat oder müssen sie sich damit abfinden, daß an der nächsten Straßenecke der Balkan beginnt?" Der Autor wandte sich gegen „Völkermischung" und „Überfremder", um mit der Schlußfolgerung zu enden: „Unverschämte Gäste kann man auch vor die Tür setzen. Oder?" In anderen Artikeln des „Fritz" wird gegen „jüdische Vergangenheitsbeschwörer" und die „Umerziehung" polemisiert. Afrikaner oder Afroamerikaner werden als „Neger" und „Sexprotze" bezeichnet. Die JLO betrachtet Teile Rußlands und große Teile Polens als „deutsche Länder" und vertritt, wie auch die Neonazis, ein Deutschlandbild in den Grenzen von 1937. Die Funktionäre der JLO arbeiten mit anderen rechten und rechtsextremen Vereinigungen zusammen. So ist Knapstein „politischer Referent" der rechtsextrem ausgerichteten Kölner Burschenschaft „Germania".

Nicht nur Knapstein war als „Festredner" am „Tag der Heimat" in NRW vorgesehen. In Solingen war der Ministerialdirektor **Hans Merkel**, mehrfacher Referent beim Witikobund, eingeladen, in Köln und Düsseldorf sollte der CDU-Rechtsaußen **Heinrich Lummer** reden und in Gelsenkirchen und Rhein-Sieg der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende des BdV **Rüdiger Goldmann**, der auch Mitglied des Witikobundes ist, jener „nationalen Gesinnungsgemeinschaft" in der sudetendeutschen Landsmannschaft, die nicht nur in der Tradition der faschistischen Henleinbewegung steht, sondern diese Tradition im bundesdeutschen Netzwerk des Rechtsextremismus fortführt. Einen weiteren Erfolg konnte eine antifaschistische Initiative in Wuppertal verbuchen. Dort sollte **Alfred Schickel**, Chef der geschichtsrevisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" und Autor in zahlreichen rechtsextremen Publikationen, referieren. Den „Vertriebenen" wurden jedoch die Räume für eine solche Veranstaltung gekündigt.

Rechtsextreme Verbindungen sind im BdV offensichtlich gute Empfehlungen für einen Funktionärsposten. Das wäre weniger skandalös, wenn diese Funktionäre nicht über zweistellige Millionensubventionen von Bund, Ländern und Gemeinden verfügen könnten.

(Gekürzte Fassung eines Artikels aus der in Bielefeld erscheinenden Zeitschrift „Gegendruck")

BKKD-Treffen

Politisch ist in der Gegenwart vor allem das „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" (BKKD) mit dem Kyffhäuser-Denkmal verknüpft. Dem Sprechergremium des BKKD gehören **Rudolf Andreas**, Generalsekretär und thüringischer Landesvorsitzender der „Deutschen Sozialen Union" (DSU), Professor Freiherr **Johannes von Campenhausen**, Bundesvorsitzender der „Deutschen Partei (DP), Prof. **Bernd-Thomas Ramb**, stellvertretender Bundesvorsitzender „Bundes Freier Bürger - Die Freiheitlichen" (BFB) und Redakteur der „Jungen Freiheit" (JF), **Markus Zehme**, ehemaliger Politik-Redakteur der JF und aktueller Redakteur des „Ostpreußenblattes", Dr. **Helmuth Krause** und **Lothar Lauck**, ehemaliger Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" in Hessen und 1980 Bundestagskandidat der NPD sowie 1990 für die „Republikaner", an. Als führender Kopf des „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" profilierte sich der 39jährige Lauck, der auch als Sprecher des „Staatspolitischen Clubs Rhein-Main" in Frankfurt fungiert. Im Mai vergangenen Jahres verabschiedete diese überparteiliche Initiative eine „Frankfurter Grundsatzerklärung". Am 3. Oktober 1995 führte das „Bündnis" eine Veranstaltung anläßlich des Tages der Deutschen Einheit am Kyffhäuser durch. Im Vorfeld erschien in der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" eine Anzeige des BKKD. Unter dem Motto „3. Oktober 1990: Tag der Deutschen Einheit - Tag der deutschen Befreiung. Für eine deutsche Zukunft in einem freien Europa!" unterzeichneten zahlreiche Angehörige der Grauzone zwischen (Rechts-) Konservativismus und offenem Rechtsextremismus den Aufruf. Der Sprecher des „Friedenskomitees 2000", **Mechtersheimer**, hielt die Festrede der Veranstaltung vor einigen hundert Zuhörern. Die diesjährige Festrede soll der 62jährige Bonner Politik-Professor **Hans-Helmuth Knütter**, Interviewpartner und Autor der „Jungen Freiheit", halten. Seine Unterstützung zurückgezogen hat hingegen in diesem Jahr das „Friedenskomitee 2000". Mechtersheimer halte die Unterstützung von „chancenlosen Kleinstparteien", so die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit", durch das BKKD für falsch. Dem stehe der „Anspruch, das Gemeinsame zu stärken" von Seiten des „Friedenskomitees" entgegen.

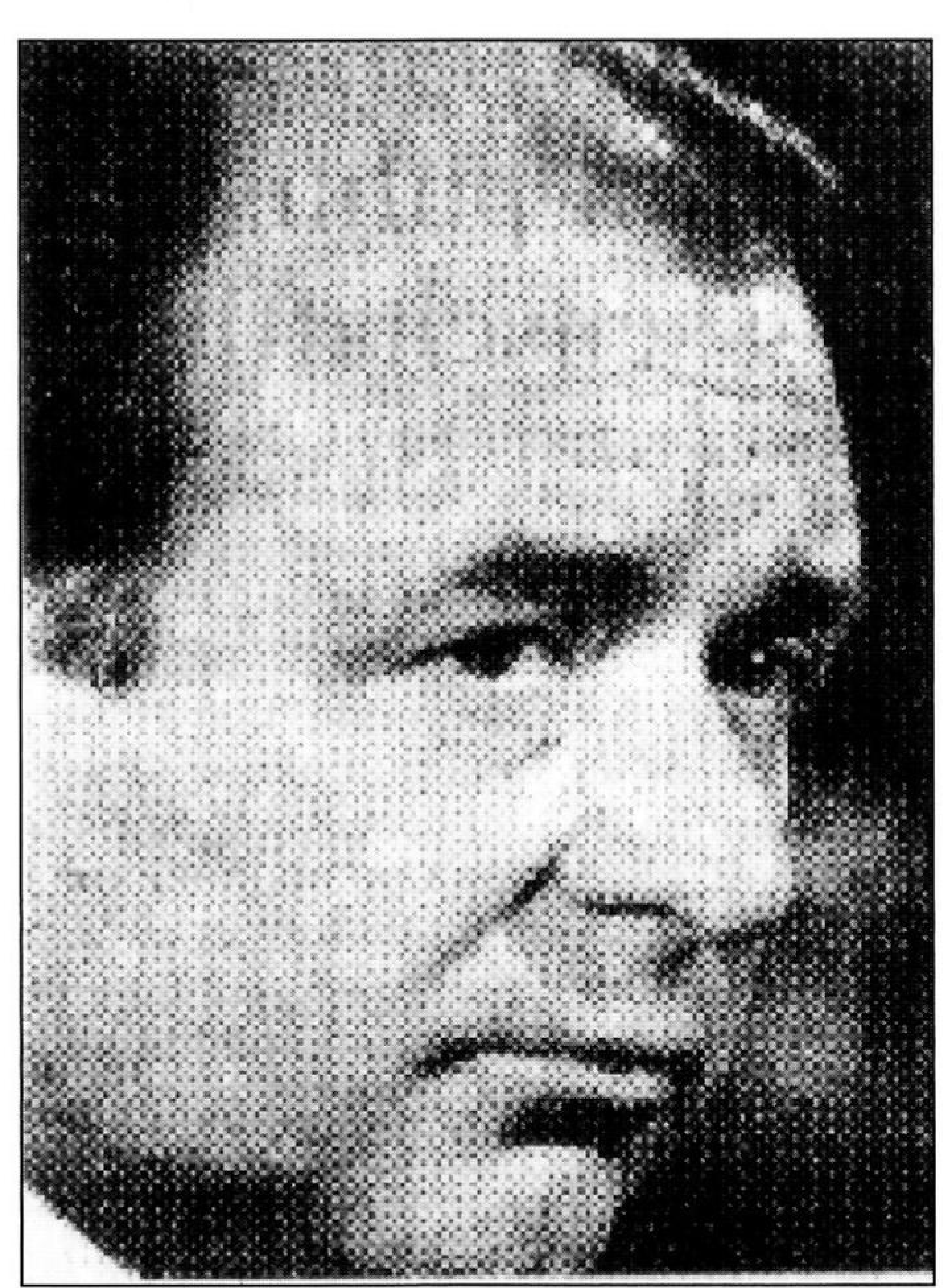
Selbsternannte „Heimatvertriebene" auf der Suche nach der „sudetendeutschen Identität"

Der revanchistische „Witikobund" suchte sich für sein Jahrestreffen 1996 die Stadt Naumburg in Sachsen-Anhalt aus. Neben einigen Vertretern des „Witikobundes", wie beispielsweise dem Bundesvorsitzenden Dr. **Walter Staffa**, konnten auch als honorig betrachtete Vulgärsemantiker wie **Edmund Stoiber** (CSU) nicht umhin, ihre Meinung kundzutun. In seiner Funktion als „Ministerpräsident des Schirmlandes der Sudetendeutschen" äußerte Stoiber in einer Grußadresse an das vom 27. bis 29.09.96 stattfindende Treffen, daß nicht alles Wünschenswerte erreichbar sei und daß einige Kompromisse für die Betroffenen „schmerzhafte Lösungen" enthalten würden. Für den Bundesvorsitzenden drücken sich denn diese „schmerzhaften Lösungen" darin aus, daß Bürger Tschechiens nicht bereit sind, ihren Besitz an „Sudetendeutsche" abzugeben, obwohl diese vormals Besitzer der beanspruchten Güter gewesen seien. Denn der „uneinsichtige Chauvinismus bei unseren tschechischen Nachbarn verdrängt immer noch die Grundvoraussetzungen einer gerechten und damit dauerhaften Friedensordnung", schreibt Staffa in der Einladung an die etwa 1000 Mitglieder. Wie diese „dauerhafte Friedensordnung" auszusehen hat, läßt der stellvertretende Bundesvorsitzende **Horst Rudolf Übelacker** durchblicken, wenn er die Ermordungen durch SS und Gestapo in Lidice als eine „völkerrechtlich übliche Sache" bezeichnet. Übelacker durfte dann auch am Sonntag zum Thema „Frieden durch Recht - Zur Zukunft der Selbstbestimmung" referieren, was sein Bundesvorsitzender bereits vorformuliert hatte: „Aus Verantwortung einer künftigen Partnerschaft fordern wir uneingeschränkte Anerkennung des Lebensrechtes der Sudetendeutschen in den ihnen rechtmäßig zustehenden Teilen der historischen Länder Böhmen - Mähren - Schlesien" (Staffa). Bei der Tagung, die offiziell als Treffen der „Sudentendeutschen Landsmannschaft (SL) Sachsen-Anhalt" von deren stellvertretendem Vorsitzenden und CDU-Mitglied **Horst Schubert** angemeldet worden war, dürfte sich weiter manifestiert haben, was als offenes Geheimnis gilt: Die SL wird im wesentlichen vom „Witikobund" gelenkt; so stellt der „Witikobund" vier der fünf Präsidiumsmitglieder in der SL-Bundesversammlung. Die „Identitätsfrage" löste der „Witikobund" nach dem bekannten Konzept der Wandlung der Begrifflichkeiten unter Beibehaltung des Inhaltes. Am Samstag fand nach der Jahreshauptversammlung ein Gespräch mit dem Titel „Bewährtes erhalten, Neues schaffen - Der Beitrag der Kultur zur Erhaltung sudetendeutscher Identität" statt.

Olaf Goebel

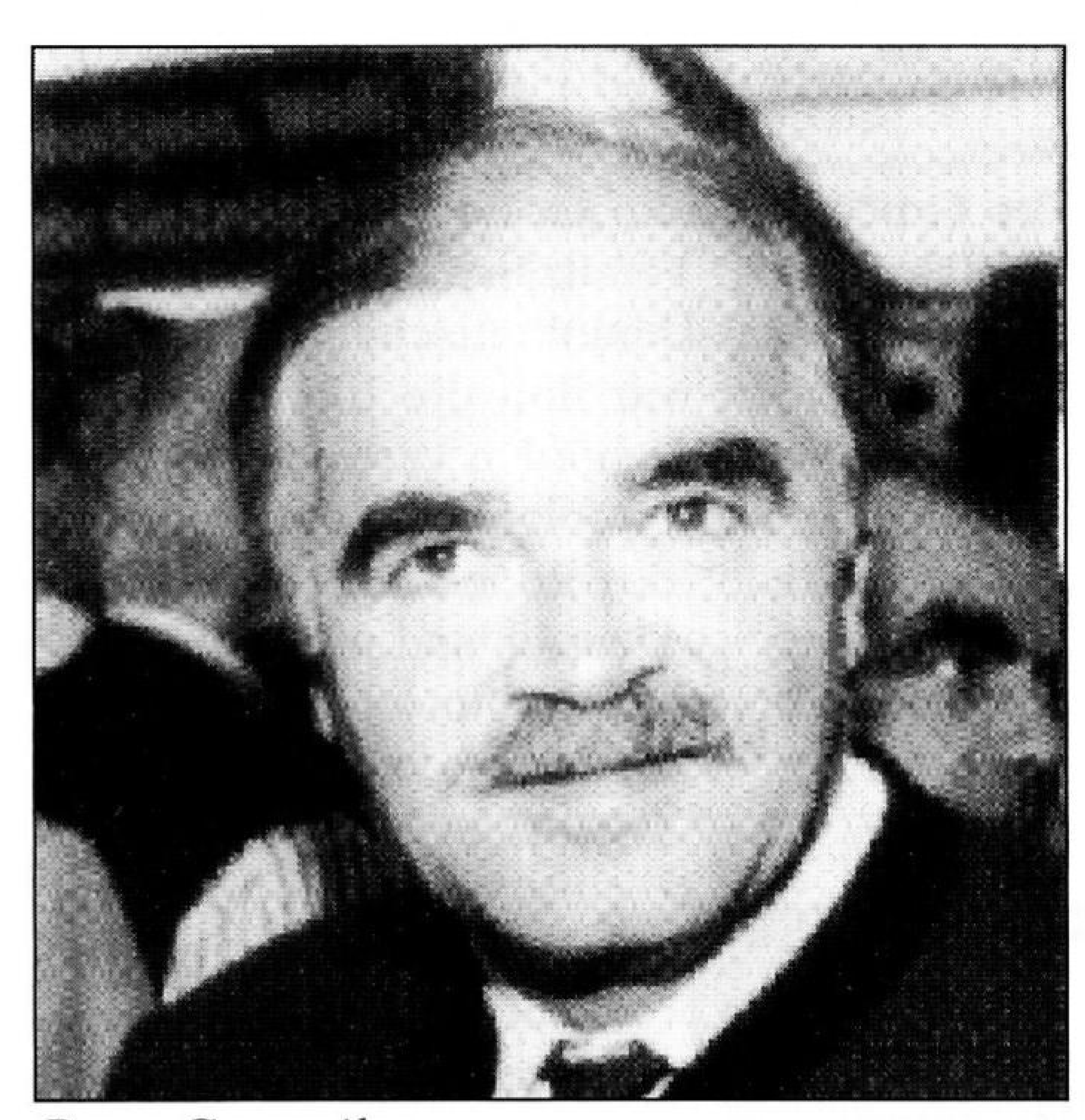
Umstrukturierung bei der JF

Anläßlich ihres zehnjährigen Bestehens scheint die Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) den Ruf loswerden zu wollen, rechtsextrem ausgerichtet zu sein. Neben der Freude über Jubiläumsglückwünsche von den Unionspolitikern **Gauweiler** und **Lummer** teilte **Jens Falk**, Chef vom Dienst mit, daß in der Redaktion beschlossen worden sei, zukünftig keine JF-Redakteure neben sogenannten Verfassungsfeinden auftreten zu lassen, so z.B. auf der regelmäßig stattfindenden „Freien Deutschen Sommerakademie". Genannt wird u.a. der ehemalige Grünen-Abgeordnete Dr. **Alfred Mechtersheimer** als Vertreter angeblicher antiisraelischer Anschauungen. Er ist geistig nationalrevolutionär ausgerichtet, arbeitete mit dem libyschen Staatschef Ghaddafi zusammen und leitet das „Deutsch-Arabische Friedenswerk" und das „Friedenskomitee 2000". Erwähnung findet auch Dr. **Reinhold Oberlercher**, ehemaliger SDSler und Mitarbeiter bei der rechten Zeitschrift „Staatsbriefe" von Dr. **Sander**. Oberlercher schrieb vor einiger Zeit einen Reichsverfassungsentwurf, der sowohl vom eher theoretischen Flügel der „Neuen Rechten" wie der „Deutsch-Europäischen Studien Gemeinschaft" (DESG) bis zu den militanten Kadergruppen diskutiert wurde. Sogar **Hans-Ulrich Kopp**, einer der zehn JF-Gesellschafter und mittlerweile Pressesprecher der „Deutschen Burschenschaft", der mit 20.000 Mitgliedern größten rechten akademischen Kooporation, wird als Belastung für die JF angesehen. Kopp war fünf Jahre Redakteur der JF und gründete nach seinem Austritt 1995 sein eigenes Projekt, die „Freie Deutsche Sommeruniversität".



Heinrich Lummer

Bisher wurde von der JF - Zentrale erreicht, daß **Ulrich Motte** (CSU) und Prof. Dr. **Ramb** vom „Bund Freier Bürger" (BFB) ihre Teilnahme an der Sommerakademie Kopps absagten. Letzterer arbeitet seit kurzer Zeit als Ressortleiter für den Bereich Wirtschaft für die JF und verschickte vor wenigen Tagen an die BFB-Mitglieder ein Rundschreiben, in dem er alle Anhänger auffordert, die JF zu abonnieren, da sie sich als einzige gegen das „von Bonn gesteuerte Medienkartell" stemme und auch Themen aufgreife, „die der Bonner „Political Correctness" unterliegen und von der allgemein als linkslastig anzusehenden Presse gemieden" würden. Beigelegt war jedem Schreiben ein Satz Aufkleber: „PC - Political Correctness — Nein Danke". Desweiteren beklagt Dr. Ramb die „unheilige Allianz von Regierungsbehörden und linken Staatsfeinden". So haben die „linken Rollkommandos zu einer erheblichen Anzeigen- und Vertriebseinbuße" geführt, weil sie „seit längerer Zeit Kioskbesitzer, die die JF zum Verkauf" anböten, bedroht hätten. Scheinbar hat die antifaschistische Initiative gegen den Vertrieb der Wochenzeitung Wirkung gezeigt.



Peter Gauweiler

Im Zuge der Selbstreinigung distanzierte sich die JF sogar von ihren Leserkreisen und kündigt jegliche weitere Zusammenarbeit mit diesen auf. Die Leserkreise hatten in der Vergangenheit als Sammelbecken für Rechte aller Couleur gedient und waren fest im rechten Netz verankert. Der Hintergrund dieser „Reinigungs"-Maßnahmen scheinen drei Punkte zu sein. Ideologisch hat sich das Blatt aus dem Umfeld junger „Republikaner"-Mitglieder gelöst und sucht die Annäherung zum BFB bzw. vorzugsweise zum rechten Rand der FDP. Zum zweiten will die JF unbedingt vermeiden, im Verfassungsschutzbericht genannt zu werden, wie es von verschiedenen Innenministern in Erwägung gezogen wurde. Derzeit klagt die JF gegen den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz auf Unterlassung der Vermutung, daß bei der JF eventuell eine Verfassungsfeindlichkeit vorläge. Zu guter Letzt hat die JF offensichtlich Probleme mit den Lesern. So fordert das BFB-Bundespräsidiumsmitglied Ramb alle Empfänger seines Schreibens auf, die JF zu abonnieren, denn „es droht sogar die Einstellung der Zeitung, wenn nicht bis Ende des Jahres der Abonnementbestand wieder deutlich aufgestockt und die finanzielle Basis erweitert wird."

Heß-Gedenkmarsch mit parlamentarischem Nachspiel

Der diesjährige „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" vom 17. August in Worms hatte ein parlamentarisches Nachspiel im Landtag von Rheinland-Pfalz. Auf Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fand am 11. September eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der Vorfälle in Worms am 17. August 1996" im Mainzer Landesparlament statt. Dabei wurde bestätigt, daß rund eine dreiviertel Stunde vor Beginn des braunen Aufzuges der genaue Veranstaltungsort den zuständigen Behörden bekannt war. Trotzdem griffen Polizeikräfte erst rund eine Stunde nach Beginn des neonazistischen Spektakels ein und beendeten mit der Gewahrsamnahme von 180 Personen den Marsch.

Rund 120 Demonstrationen waren bundesweit für den neunten Todestag von Rudolf Heß angemeldet worden. Ausgenommen davon waren die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland. Doch informierte am 15. August der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz die Polizei, daß Rheinland-Pfalz als „mögliches Ausweichland für eine geplante zentrale Veranstaltung in Frage" käme. Die Abgeordnete Friedel Grützmacher (B90/Die Grünen) sprach in ihrem Beitrag von einer „Schande, daß es den Neonazis ausgerechnet in ihrer rheinland-pfälzischen Hochburg Worms gelungen ist, die Polizei und den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz gründlich an der Nase herumzuführen". In der Zwischenzeit forderten die Bündnisgrünen die Entlassung des Innen-Staatssekretärs Ernst Theilen (SPD), der Innenminister Walter Zuber (SPD) während dessen Urlaub im August vertrat. Der zuständige Innenminister Zuber sprach im Zusammenhang mit dem Aufmarsch der rund 200 Neonazis in Worms bei der Aktuellen Stunde vom 11. September von „Pannen", einem „Mißerfolg" und „individuellen Fehlern einzelner Polizeiführer".

Stichwortgeber

Kurz nach der niedersächsischen Kommunalwahl traten die neugewählten REP-Abgeordneten der Stadt Seelze mit einer Anzeige in einem stadtweit erscheinenden Anzeigenblatt an die Öffentlichkeit. Eine „dringende Bitte!" richten **Ingo** und **Christa Welke** an die „liebe(n) bosnische(n) Gäste in Deutschland." Die Bürgerkriegsflüchtlinge werden von den beiden Rechtsradikalen aufgefordert umgehend in ihre Heimat („als Freunde Deutschlands") zurückzukehren, wenn sie nicht abgeschoben werden wollen.

Diese Anzeige ist jedoch nicht auf dem Mist der „Republikaner" gewachsen. Entworfen hatte sie der Ex-Grüne **Alfred Mechtersheimer**, der sie auch in der neofaschistischen Zeitschrift „Europa vorn" im Rahmen der „Deutschland-Bewegung" zuerst veröffentlicht hatte.

Jos Anders

„Noch ist Deutschland nicht verloren"

„Nationale Kundgebung" der Deutschen Volksunion in Passau

Alle Jahre wieder, seit 1983, lädt die Deutsche Volksunion zu ihrer „Nationalen Kundgebung" in die Passauer Nibelungenhalle ein. Unter dem Motto: „Gemeinsam für Deutschlands Rechte und Freiheit" war es dieses Jahr am 28. September so weit. 2.300 „Nationalfreiheitliche" folgten dem Ruf Gerhard Freys. Auf dem Programm stand wie üblich Freys programmatische Rede, sowie die Ehrung „nationaler Persönlichkeiten".

Es herrschte eine prächtige Stimmung, als an der Seite des Verlegers und Multimillionärs **Gerhard Frey** die Ehrengäste **Robert Brook**, **Klaus Sojka**, **Wolfram Mallebrein**, **Hubert Verheist** und **Jürgen Rieger** in die Halle einzogen. Ein bayrischer Defilliermarsch erklang und die Gäste schwenkten in Bierlaune Deutschlandfahnen und jubelten. Nachdem der Versammlungsleiter **Bruno Watzel** die Ehrengäste und Teilnehmer offiziell begrüßt hatte, berichtete der „Schwarzenführer" Brook über seine Aktivitäten als Vorsitzender des „Ausschusses für Selbstbestimmung". Daraufhin ergriff **Gerald Northrup** vom „Stamme der Chippawa" das Wort. Die „herzlichsten Grüße" der DVU im Bremerhavener Parlament übermittelte **Siegfried Trittmann**. Wie der flämische Politiker Verheist, der nach ihm sprach, bekundete Trittmann seine „innige Verbundenheit zur DVU".



DVU in Passau 1991. Gerhard Frey (rechts)

Per Grußtelegramm tat dies auch **Wladimir Schirinowskij**, Vorsitzender der chauvinistischen „Liberal-Demokratischen Partei Rußlands". Erneut war ihm die Einreise durch bundesdeutsche Behörden verwehrt worden.

Den Grußworten folgte die „mit Spannung erwartete Rede" des Bundesvorsitzenden der DVU. „Noch ist Deutschland nicht verloren" war sein Leitmotiv. Er nahm zu aktuellen Fragen Stellung, rechnete mit den „Politikversagern" in Bonn ab, erteilte eine Absage an die „Kollektivbeleidigung" des „deutschen Volkes", „entlarvte die Medien", wehrte sich gegen die „Fremdeinmischung in die ureigenen Belange" und plädierte für die Rechte und Freiheit des „deutschen Volkes". Das wollten die Anwesenden hören. Als Frey schloß erfolgte minutenlanges rhythmisches Klatschen und Deutschland-Deutschland-Sprechchöre.

Mit einem Appell zugunsten eines Wahlantritts der DVU bei den kommenden Landtagswahlen in Hamburg ging nach der Pause, in der Frey Autogrammwünsche erfüllte, die Veranstaltung weiter. Dann hatten die Ehrengäste das Wort.

Prof. Dr. Dr. **Klaus Sojka**, Präsident der Welttierschutzgesellschaft, sprach nicht über seinen Disput mit Heino wegen dessen Adler, sondern über die aktuelle Wehrmachtverunglimpfung und „entlarvte" die „Hintermänner der Soldatenhetze", die in der „Anti-Wehrmachtsausstellung 'Vernichtungskrieg'" gipfle. „Als Antwort" auf die „Hetze" erklang zur Ehrung der Toten „Ich hatte einen Kameraden". Daraufhin trat der Aktivist der native amerikans von den Dakota-Sioux, **Edward Godfrey**, ans Redepult und stellte den Völkermord an den Indianern in den Mittelpunkt seiner Rede.

Zum Schluß wurden die Ehrungen und Preise verliehen. Aus den Händen von Frey erhielt Jürgen Rieger den „Freiheitspreis der Deutschen Nationalzeitung". Ausgezeichnet werde, so Frey, „sein Mut, seine Charakterstärke, seine Wahrheitsliebe und seine Verdienste im Kampf gegen die Verleugnung der deutschen Rechte". Man wolle mit der Ehrung auch ein Zeichen gegen den „Linken Terror" setzen, da Rieger vor einem Jahr angegriffen wurde.

Mit dem diesjährigen „Andreas Hofer Preis" zeichnete man Wolfram Mallebrein aus, der laut Laudatio mit seinem schriftstellerischen Werk enorme Verdienste für das Volkstum errungen hat. In seiner Dankesrede blieb er sich treu und rechnete mit den „Lügen gegen Deutschland" ab.

In seinem Schlußwort zeigte sich der „National-Zeitung"-Herausgeber hochzufrieden, bedankte sich bei allen Beteiligten und appelliert an alle „Nationalfreiheitlichen" weiter fest zusammen zu stehen und ihn nicht im Stich zu lassen.

Weniger harmonisch verlief die angekündigte Gegendemonstration. Die Polizei, mit rund 1.500 Kräften präsent, durchsuchte gleich zu Beginn den Lautsprecherwagen, beschlagnahmte Fahnenstangen und entriß, ohne erkennbaren Grund, den DemonstrantInnen ein Transparent. Immer wieder kam es zu Rangeleien zwischen den 400 DemonstrantInnen und der Polizei. Das aggressive Verhalten der Polizei gründet nicht zuletzt auf der politischen Stimmung in der Lokalpresse. Bereits Tage zuvor griff sie die Organisatoren der Gegendemonstration an, von denen sich die Stadt Passau seit jeher distanziert.

In der Nibelungenhalle indes erklangen zum Schluß in trauter Einigkeit und geschützt von der Polizei alle drei Strophen des „Deutschlandliedes".

Horst Freires

„Bündnis Rechts"

Bereits im Mai 1994 machte sich der im Streit mit **Gerhard Frey** von der DVU geschiedene **Ingo Stawitz** aus Uetersen (Landesvorsitzender Schleswig-Holstein der „Deutschen Liga für Volk und Heimat") daran, Verbündete für seine Interessen zu suchen. Mal waren es Kontakte zur zu dem Zeitpunkt noch nicht verbotenen FAP, mal kümmerte er sich um „einen guten Draht" zu Neonazi-Skins. Konkret gab es einen Beschluß mit der NPD und deren Landesvorsitzenden **Uwe Schäfer** (Plön) fortan zusammenzuarbeiten. Stawitz und Schäfer warben mit dieser Zusammenarbeit bundesweit als Pilotbeispiel, da auf Bundesebene große Vorbehalte gegen ein solch enges Miteinander existierten.

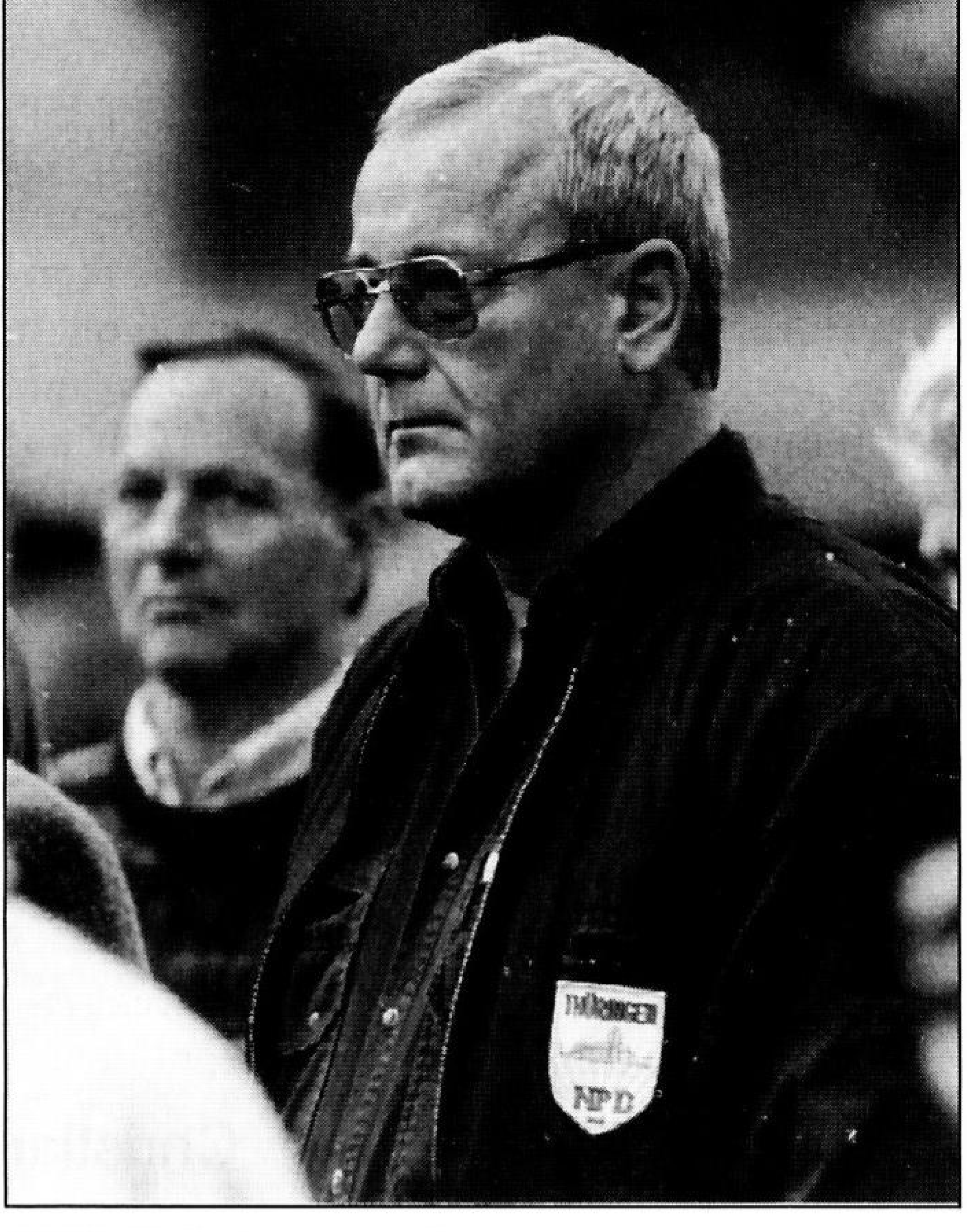
Zum ersten Mal stellten die beiden jetzt eine parteiübergreifende Veranstaltung auf die Beine und holten sich dazu noch Anhänger der „Republikaner" und der DVU mit ins Boot. Unter dem Namen „Bündnis Rechts für Deutschland" fand am 22.9.1996 in Hartenholm/Kreis Segeberg eine Zusammenkunft mit (nach eigenen Angaben) 150 Besuchern statt. Nach einer Pressemitteilung setzt sich das „Bündnis Rechts" aus „namhaften Patrioten in ganz Schleswig-Holstein zusammen und hat sich zum Ziel gesetzt, allen sozial und deutschnational gesinnten Menschen ein gemeinsames und parteiübergreifendes Forum zu bieten". Die Parteizugehörigkeit solle nur von untergeordneter Bedeutung sein, das größere Interesse liege vielmehr im gemeinsamen Ziel, der „Bekämpfung der verfehlten Politik der Etablierten", so die Ankündigung der Veranstaltung. Dort referierte neben Stawitz und Schäfer auch Prof.Dr. **Klaus Weinschenk**, einst Landesvorsitzender der „Republikaner" in Berlin.

Die Pressemitteilung wurde von **Jens Katzer** (Junge Nationaldemokraten) verfaßt. Dessen Vater ist Inhaber des „Tannenhof" in Lentföhrden/Kreis Segeberg, einer Lokalität, wo bereits mehrfach Versammlungen von Alt- und Neofaschisten stattgefunden haben: So z.B. 1978 die „legendäre" Saalschlacht von **Michael Kühnens** ANS mit der Polizei als auch Auftritte der DVU mit Gerhard Frey.

Sabine Winkelmann

NPD demonstriert in Bonn

Am „Tag der Deutschen Einheit“ (3. Oktober) fand in Bonn das „gesamtdeutsche Treffen“ der NPD statt. Etwa 150 Nazis konnten unter Polizeischutz aufmarschieren. Nachdem der Bonner Polizeipräsident die Veranstaltung verboten hatte, klagte die NPD dagegen. Daraufhin wurde das Verbot vom Oberlandesgericht aufgehoben. Der Polizeipräsident verzichtete wegen angeblicher „Aussichtslosigkeit“ auf weitere juristische Schritte. Auch die knapp 300 antifaschistischen GegendemonstrantInnen konnten den unter starkem Polizeischutz stattfindenden Naziaufmarsch nicht mehr verhindern.



NPD Thüringen in Bonn

An der bundesweit organisierten Demonstration beteiligten sich vor allem NPD-Aktivisten aus Bonn, Köln, und Aachen aber auch aus Ostdeutschland. Allein aus Gotha, wo gleichzeitig eine Demo der NPD angemeldet war, kam ein Bus mit 50 Faschisten. Anwesend waren u.a. der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt**, der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel**, der WJ-Altbundesführer **Wolfgang Nahrath** (NPD-Bundesvorstandsmitglied, kommissarischer Vorsitzender des Bonner NPD-Kreisverbandes), die sich bei der anschließenden Kundgebung auf dem Bonner Münsterplatz als Redner betätigten, sowie der JN-Kader **Michael Prümmer**, **Helmut Braun** (ehem. stv. Vorsitzender und Kassenwart der NF), **Rene Rodriguez-Teuffer** (ex-DA, ex-Aktionsfront Nationaler Kameraden, Deutscher Freundeskreis der Afrikaaner Widerstandsbewegung), **Frank Schwerdt** (Die Nationalen e.V., Herausgeber der „Berlin Brandenburger Zeitung“), **Sascha Wagner** (ehem. JN-Bundesgeschäftsführer, Beisitzer des JN-Bundesvorstandes), **Frank Amberg** (JN-Bundesgeschäftsführer), **Frank Golgowski** (thüringischer NPD-Vorsitzender), **Schöpp** (Initiator des Kölner Runden Tisches, DL) und **Jörg Hähnel** aus Frankfurt/Oder, der die „Kameraden“ musikalisch unterhielt. Den Ordnerdienst leitete **Achim Ezer** (stv. JN-Bundesvorsitzender, JN-Landesvorsitzender von NRW, NPD-Bundesvorstandsnütglied, Vorsitzender des NPD-KV Bergisches Land), der den Anti-Antifa-Fotografen die Instruktionen gab. Anschließend trafen sich noch etwa 45 Nazis in einer Gaststätte in Bonn-Duisdorf.



NPD-Vorsitzender Udo Voigt (mitte) und Holger Apfel (rechts)

Krieger und Spruck

Unter der Bonner Naziprominenz befanden sich **Hans-Peter Krieger** und **Marcus Spruck**, die beide eng befreundet sind. Beide können auf eine über zehnjährige Nazikarriere zurückblicken. Hans-Peter Krieger (Jahrgang 1968) startete seine Laufbahn bei der Wiking Jugend. Von 1985 bis zum Oktober 1990 war er Kreisvorsitzender der Bonner FAP. Wenig später leitete er bereits die am 3. November 1990 gegründete Initiative Gesamtdeutschland (IG), die etwa 60-70 Aktivisten an sich binden konnte. Bei der mittlerweile aufgelösten IG handelte es sich um einen regionalen Zusammenschluß von Aktivisten der Jungen Union und „Republikanern“ bis hin zu FAP, WJ und NF. Zur Hauptaktivität der IG gehörten Veranstaltungen mit hochrangigen und bekannten Nazis, so z.B. ein Vortrag des Revisionisten **David Irving** am 16. März 1992 in Bonn-Tannenbusch, wodurch desöfteren ein größeres Publikum von bis zu 200 Personen erreicht wurde. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau und Betrieb der Germania Mailbox Bonn, die dem Thule-Netz angehört. Der Mailbox-Betreiber ist, wie könnte es anders sein, Hans-Peter Krieger. Im August 1993 nahm er zusammen mit Spruck am Rudolf Heß-Marsch in Fulda teil. Zur Kommunalwahl 1994 kandidierte er als Spitzenkandidat für die Bonner NPD, deren eigentlicher Initiator er ist. Neben ihm ließen sich auch Wolfgang Nahrath und Marcus Spruck als Kandidaten aufstellen. Alle drei kennen sich noch aus alten WJ-Tagen. Ende 1995 verlagerte Krieger seine Aktivitäten nach Köln, wo er sich maßgeblich am Aufbau des JN-Stützpunkts beteiligt. Seine neueste Beschäftigung ist jedoch eine andere: Er ist Mitarbeiter und Redakteur der seit April 1996 erscheinenden“Westdeutschen Volkszeitung“, die von **Rüdiger Kahsner** aus Hagen herausgegeben wird. Bei der WVZ, die angeblich mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren erscheint, handelt es sich um eine von insgesamt sechs Regionalausgaben des Zeitungsprojektes der „Berlin Brandenburger Zeitung“ der Nationalen. Davor betätigte er sich bereits als Leserbriefschreiber der Zeitschrift „Der Scheinwerfer“ des WJ-Aktivisten und “Einblick“-Druckers **Eberhard Hefendehl**.



Bei Marcus Spruck (Jahrgang 1966) aus Sankt Augustin verhält es sich ähnlich. Von September 1983 bis 1987 gehörte er der WJ an. „1987 (wurde er; d.A.) zusammen mit **Stefan Niemann** (Aktivist der Initiative Gesamtdeutschland) beim Verkleben von Rudolf Hess Plakaten erwischt. Zwischenzeitlich mischte er auch bei der Deutschen Volksunion, der NPD, dem Ring freiheitlicher Studenten und natürlich der Initiative Gesamtdeutschland mit. 1990 war er Horstführer des Sturmvogel in Rheinbach. Danach betrieb er den völkischen Versand „Ragna Röck“. Bei der NPD, für die er 1994 ebenfalls kandidierte, ist er immer noch aktiv. Mittlerweile ist er NPD-Kreisvorsitzender im benachbarten Rhein-Sieg-Kreis, der vor allem durch seine massiven Flugblattverteilaktionen auffällt. Spruck besitzt besonders gute Kontakte zu JN/NPD-Kreisen. Da verwundert es auch nicht, daß er am 1. Mai zusammen mit drei Kameraden aus dem Rhein-Sieg-Kreis beim JN-Aufmarsch in Berlin/Marzahn dabei war. Zudem fuhr er zusammen mit Hans-Peter Krieger und weiteren Gestalten zum diesjährigen Rudolf Heß-Marsch nach Worms. In Worms selber marschierten sie jedoch nicht mit. Wahrscheinlich mußten sie ihre Fahrt vorzeitig beenden.

Rechte Aktionen in Bonn

Parallel zu den Aktivitäten von Krieger und Spruck haben die Versuche der rechten Szene, in Bonn und Umgebung erneut Fuß zu fassen, gegen über 1995 erheblich zugenommen.

Am 20. April 1996, Hitlers Geburtstag, wollte eine „Kampfgemeinschaft Nationalsozialistische Aktionsfront ’96" ein Feuerwerk in der Bonner Rheinaue veranstalten. Das Ereignis wurde bereits Tage vorher per Fax angekündigt, unterzeichnet mit **„Hagen Kreuz“**. In der Beueler Rheinaue erschienen jedoch „nur“ acht Nazis, die von der vorbereiteten Bonner Polizei gestoppt wurden. Neben Propagandamaterial der NSDAP/AO trugen sie

eine Gaspistole, Messer und Feuerwerkskörper bei sich. Gegen sie wurden Strafverfahren wegen des Verdachts der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, der Volksverhetzung und Beleidigung eingeleitet. Daraufhin folgten am 29. April Hausdurchsuchungen ihrer Wohnungen in Bonn, dem Rhein-Sieg-Kreis, München und Belgien, die offiziell mit dem Verdacht auf Fortführung der verbotenen NSDAP begründet wurden. Der IG-Aktivist **Stefan Wiesel**, ehemals Nationale Offensive und DJBW, soll das geplatzte Feuerwerk organisiert haben.

Kurze Zeit später, am 26.4., trafen sich etwa 150 Nazis in Bonn-Kessenich zu einem Vortrag von NPD-Chef Udo Voigt mit anschließendem Konzert **Frank Rennicke**s.

Veranstalter war das „Bonner Kulturwerk“, dessen Leiter Hans-Peter Krieger ist. Unter den Besuchern befanden sich unter anderen die Kameradschaft Rhein-Sieg um **Ralf Tegethoff** (ex-WJ, ehem. stv. FAP-Landesvorsitzender von NRW) aus Bad Honnef.

Eine von Achim Ezer für den 4. August in Bonn angemeldete Versammlung des NRW-Landesverbandes der JN wurde vom Bonner Polizeipräsidenten verboten. „Mit Straftaten, etwa Volksverhetzung oder Verunglimpfung von Verfassungsorganen, mußte gerechnet werden“, so die Verbotsbegründung der Polizei. Für dieses Wochenende wurden in über 90 deutschen Städten Kundgebungen und Demonstrationen der JN angemeldet. Zu einem kleineren Aufmarsch von Faschisten kam es in Bad Harzburg.

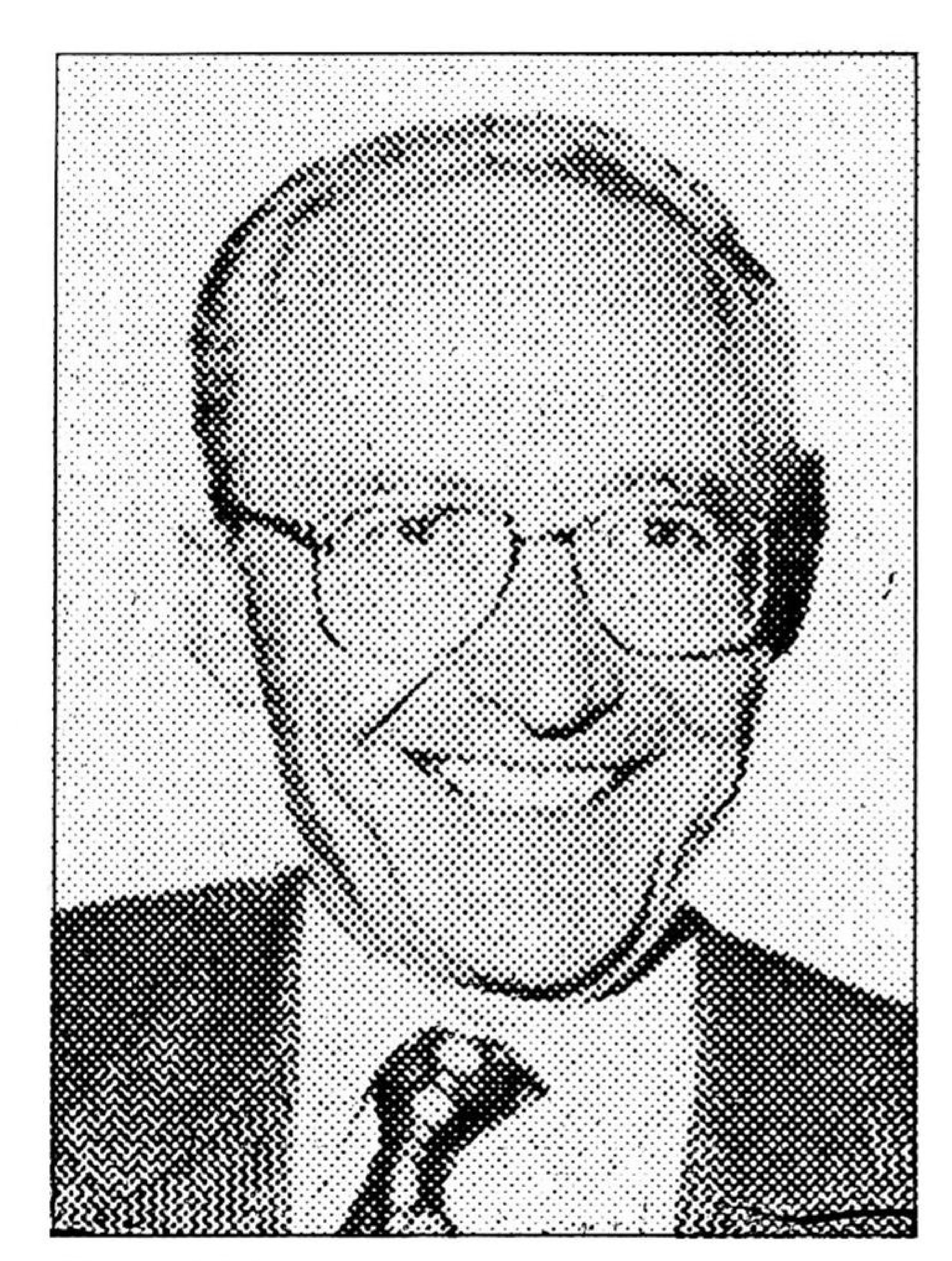
Ebenfalls Anfang August tauchten in der Nachbarstadt Siegburg mehrere Dutzend Spukkies der Jungen Nationaldemokraten auf. Diese bezogen sich inhaltlich auf den bevorstehenden Rudolf Heß-Marsch.

Die Ereignisse lassen erkennen, daß es den Kadern Krieger und Spruck gelungen ist, trotz Verboten und über Organisationsgrenzen hinaus weiterhin Faschisten an sich zu binden und bundesweit zu agieren und zu mobilisieren. Um dies zu verhindern muß der antifaschistische Widerstand offensiver als bisher Funktionäre und Kader bekämpfen.

Christian Christians

„Kalte Krieger“ drohen

„Der Kalte Krieg endete mit Zusammenbruch des Kommunismus (1989-91)“, so schreibt das Harenberg-Geschichts-Lexikon, herausgegeben von Imanuel Geiss. Doch dies wollen einige nicht wahrhaben und verfechten heute mit viel Energie ihren alten Standpunkt gegen vermeintliche Gegner. Nach der „Wende“ in Osteuropa erscheinen immer mehr Bücher von Streitern des „Kalten Krieges“, in denen wieder einmal die alte Leier von der Oststeuerung alles vermeintlich Linken (Friedensbewegung, SPD, Grüne, Gewerkschaften etc.) präsentiert wird.



Konrad Löw

Konrad Löw gibt bereits im Einband seines Buches „Bis zum Verrat der Freiheit“ (Langen-Müller 1994, 2. Auflage) einen Artikel aus der „Welt am Sonntag“ (vom 17.07.94) wieder, dessen Überschrift über den Inhalt schon alles sagt: „Scharping förderte SED-Agitation im Westen“. Gewidmet ist das Buch **Siegmar Faust**, dem heutigen Stasibeauftragten von Sachsen. Der habe trotz Verurteilung durch „Honeckers 'Volksgerichtshof'“, so Löw, seinen „Charakter“ bewahrt. Die Aussage Löws ist nachvollziehbar, wenn die Aufforderung Fausts betrachtet wird, die dieser an die Junge Freiheit (Sonderbeilage 10 Jahre JF vom 14.06.96, S. 13) richtete, „noch mehr Eifer“ zu bringen „bei der Aufarbeitung der 'DDR'-Diktatur, bezogen vor allem auf die Verstrickungen derer, die im Westen lebten und von dort aus den scheußlichen Unrechtsstaat unterstützen“.

Beide, Konrad Löw und Siegmar Faust, kennen sich schon viele Jahre über ihre Arbeit bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM). Wobei in der IGfM unter Menschenrechten anscheinend eine besondere Form von antikommunistischer Propaganda verstanden wurde.

Der IGfM sind ebenfalls nicht die Themen ausgegangen. In der niedersächsischen Hafenstadt Emden führte sie vor kurzem eine Ausstellung durch und sammelte Spenden für ein Waisenheim in Goma (Zaire) wo angeblich ruandische Kinder betreut werden. Bei dieser Ausstellung kooperierte die IGfM mit dem Round Table Emden/Leer, einer den Rotariern ähnelnde Organisation. Die Round Table Gruppen aus verschiedenen norddeutschen Städten, wie z.B. Meppen, Bremerhaven, Cuxhaven und Stade sollen nach eigenen Angaben mit der IGfM zusammenarbeiten.

Die Ausstellung in Emden fand in der Schalterhalle der örtlichen Filiale der Oldenburgischen Landesbank, einer Tochter der Dresdner Bank, statt. Der Filialleiter gehört im übrigen dem Round Table an. Da die örtliche Presse über die Ausstellung berichtete, schrieben drei Frauen aus dem ostfriesischen Raum einen Leserinnenbrief, in dem es unter anderem über die IGfM heißt: „daß es sich bei ihr um eine von konservativen Parteien und westlichen Geheimdiensten (BND/CIA) hochgeschätzte Organisation rechtskonservativer, revanchistischer und faschistischer Prägung handelt, deren strukturelle Vernetzung und personelle Verflechtung von ultrarechten Gruppierungen wie der Pan-Europa-Union, dem Witiko-Bund, diversen Geheimdiensten etc. bis hin zur rechtsextremistischen Wehrsportgruppe Hoffmann reichen.“

Während die „Ostfriesen Zeitung“ den Leserinnenbrief veröffentlichte, machte die „Emder Zeitung“ (v. 22.08.96) daraus einen Artikel, in dem sie einen Streit zwischen einer „Emder Frauengruppe“ und der IGfM erfand, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierte. Einige Tage später folgte ein weiterer Artikel in der „Emder Zeitung“(v. 24.08.96), in der die Behauptung aufgestellt wurde, daß die Vorwürfe der „Emder Frauengruppe“ vom „Ministerium für Staatssicherheit der DDR frei erfunden wurden“. Zwei der drei Frauen werden sogar noch mit Aussagen zitiert, die nicht in diesem Zusammenhang gefallen sind.

Der Rechtsanwalt der IGfM schickte inzwischen allen drei Frauen eine „strafbewehrte Unterlassungserklärung“ zu, mit der Aufforderung, diese zu unterschreiben. Da diese bei ihren Aussagen blieben, folgte ein zweites Schreiben von dem Anwalt, welchem er eine vermeintliche Stasi-Akte beifügte. In diesen Papieren wird die „Aktion Natter“ beschrieben, auf welche sich auch die Emder Zeitung mit dem Verweis auf „Stasi-Akten aus der Gauck-Behörde“ bezieht. In den Auszügen aus der vermeintlichen Stasi-Akte findet sich jedoch kein Hinweis, der etwas mit den Vorwürfen aus dem Leserbrief zu tun hat.

Der Rechtsanwalt, der zugleich auch neben Konrad Löw Beisitzer der IGfM ist, verweist in seinem ersten Schreiben auf den Leserinnenbrief und behauptet: „Die von Ihnen zitierten Quellen sind im übrigen bereits enttarnt“. Der Brief enthielt zwar keine Quellen, beruhte jedoch auf verschiedenen Veröffentlichungen, die der Emden Zeitung im übrigen mitgeteilt wurden. Bei den Quellen handelt es sich z.B. um Kurt Hirsch „Rechts von der Union, das Organisationsprofil „IGfM“ der LUPE e.V. oder auch um die Broschüre „Propagandisten des Krieges“ vom Arbeitskreis Nicaragua.

Im vorerst letzten Schreiben kündigte der Rechtsanwalt der IGfM inzwischen an, den Gerichtsweg beschreiten zu wollen.

Patrick O'Neil

Händler des Hasses

„British Hammerskins" - Neue Rivalen für „Blood & Honour"

In Britannien wurde eine neue Skinheadorganisation gegründet, die das Monopol des „Blood & Honour"- (Blut & Ehre) - Netzwerkes für Nazi-Musik aufbrechen will. Die „British Hammerskins" wurden 1995 von einer Gruppe von Nazi-Skins gegründet, die durch die Tatsache, daß die Naziskinhead-Szene von anderen politischen Gruppen ausgenutzt wird, ziemlich frustriert war. Unter ihnen befanden sich Kirk Baker und Mark 'Jaffa' Jones.

Die „British Hammerskins" sind eine autonom operierende Sektion der „Hammerskin Nation"-Bewegung, die 1986 in den USA gegründet wurde. Seit dieser Zeit haben sich viele Naziskinhead-Gruppen in der ganzen Welt den Namen „Hammerskins" gegeben. In den USA gibt es mehr als ein Dutzend Ableger der Hammerskins; außerdem existieren Gruppen in Frankreich, Deutschland, Italien, der Schweiz, der Tschechischen Republik und in Australien.

Die meisten Hammerskins sind stolz auf ihre Unabhängigkeit und ihre Skinhead-Identität, und die Briten sind da keine Ausnahme. In ihrem Rekrutierungsflugblatt erklären sie: „[Wir] sind eine Organisation, die von Skinheads für Skinheads betrieben wird. In diesem Land hat es noch nie eine Gruppe oder Organisation gegeben, die rein und exklusiv nur für Skinheads war. Wir hoffen die Ersten zu werden!" In Britannien wurden alle faschistischen Organisationen für Skinheadmusik vom „White Noise Club" bis zu „Blood & Honour" am Ende von Nicht-Skinheadgruppen kontrolliert. So z.B. von der alten National Front (NF) oder von der britischen „Anti-Antifa"-Organisation „Combat 18" (C 18), die die sogenannten Boneheads als Fußsoldaten benutzten und von den lukrativen Einnahmen der Nazimusikszene profitierten. Die Gründer der „British Hammerskins" (BHS), darunter **Kirk Baker** und **Mark „Jaffa" Jones**, wollten das ändern und verstehen die BHS als „rassisch bewußte" und unabhängige Skinheadorganisation.

Am Anfang agierten die „British Hammerskins" unter einer Versandadresse von **Peter Illing**, einem Aktivisten der British National Party (BNP) aus Watford. Mittlerweile haben sie aber ihr eigenes privates Postfach eingerichtet. Sie haben auch einen kleinen Versandservice eingerichtet, „British Hammers Merchandising", über welchen Naziaufnäher, Poster und eine limitierte Anzahl von CD's verkauft werden. Die BHS haben zahlreiche kleinere Veranstaltungen durchgeführt, aber Versuche, ein größeres Konzert auszurichten sind an den Spaltungen innerhalb der Naziskinheadszene gescheitert.

„Combat 18" hat auf die „British Hammerskins" mit der üblichen Bösartigkeit reagiert. Eine Hammerskin-Veranstaltung in London mußte kürzlich abgesagt werden, da C18 gedroht hatte, sie „aufzumischen".

Die französischen „Charlemagne Hammer Skins", die mit C 18 eng verbunden sind, haben einen Rundbrief veröffentlicht: W.O.T.A.N. (Will of the Aryan Nation - Wille der arischen Nation), in dem sie die BHS und andere führende Personen in der Skinheadszene übelst angreifen. In dem Brief schreiben sie:

„British Hammer Scums (Anm.d.U.: scum = Abschaum) ... Hat jemand schon mal von so einem Haufen von Trotteln, Wichsern und anderen faulen Bastarden gehört?" **George Hawthorne** wird „Whorethorne" [Anm.d.Ü.: whore = Hure] genannt und erhält Briefe mit beißenden Beschimpfungen. Genauso ergeht es **Greg Reemers** von der französischen Naziband und dem gleichnamigem Skinzine „Viking" und **Katya Lane**, Ehefrau des inhaftierten amerikanischen Terroristen **David Lane**. Angesichts solcher Angriffe warten die „British Hammerskins" ab, bis ihre Zeit gekommen ist. Vorläufig wollen sie sich außerhalb Londons, wo C 18 schwächer ist, als Naziskinheadtruppe etablieren. Sie hoffen am Ende die Nazimusikszene zu übernehmen, wenn die Anführer von „Blood & Honour", **Charlie Sargent** von C 18, **Will Browning** und **Martin Cross**, infolge eines bevorstehenden Prozesses ins Gefängnis wandern. Wenn es den „British Hammerskins" gelingt, die Unterstützung von Bands wie „English Rose", „Squadron" und den wichtigsten internationalen Naziskinheadorganisationen zu erhalten, könnten sie im Millieu der britischen Nazimusik die Hauptdarsteller werden.

Nazi-Rock in Westeuropa

Schweden

1991/92 waren die ca. 500 Naziskinheads in Schweden hauptsächlich von „The Order" aus den USA und von VAM (Vit Arisk Motstand - Weißer Arischer Widerstand) inspiriert. Bis 1994 hatte sich die Skinheadbewegung vergrößert, da die Band „Ultima Thule" eine großen Anhängerschaft gewann. 1994 stieg die Anzahl von Skinheadsin Schweden auf ca. 2500. 1995 wurde das Magazin „Nordland" ins Leben gerufen. In diesem Jahr gab es acht faschistische Morde und viele gewalttätige Übergriffe.

1996 veränderte sich alles. Das schwedische Establishment reagierte. Die Nazis sahen sich zahlreichen internen Problemen gegenüber und ihre Zahl sank. In diesem Frühjahr versuchte die „Nationale Allianz" die Bewegung zu vereinigen, aber innerhalb von sechs Monaten gingen ihre Anstrengungen in viel Konfusion und Problemen unter. Die



Magazine „Nordland" und „Valhall" sind mit „Resistance Records" verbunden, während „Ragnarök" und bis zu einem gewissen Grad auch „Svea Music" C 18 nahestehen. Die Position der Briten ist international von großer Bedeutung.

Norwegen

Es gibt rund 250 Naziskinheads in Norwegen. Die erste Naziskinhead-Organisation waren die „Boot Boys", die 1987 von **Ole Krogstad** gegründet wurden. Ihre Hauptaktivitäten in jüngster Zeit bestehen in der Produktion von Skinzines und dem Aufbau von Mailboxen.

Die wichtigsten Bands: Vidkuns Venner, Norhat, Norske Legion. Penitent und STROM sind nationalistische Heavy Metal Bands

Niederlande

Es gibt ungefähr 250 Naziskinheads in den Niederlanden. Allerdings gibt es noch 600-1000 „Gabbers". „Gabber House" ist eine holländische Variante der House Music und zieht junge Leute von 14 bis 20 an. Gabbers sind angezogen und sehen aus wie Skinheads und sind sehr rassistsich.

Frankreich

Es gibt einige hundert Naziskins in Frankreich. Dieses ist ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu den späten 80'ern, als es einige tausend waren. In letzter Zeit haben sich die Nazis mehr auf andere musikalische Szenen konzentriert, so z.B. die Black Metal Szene. Eine der wichtigsten Naziskinheadorganisationen sind die „Charlemagne Hammer Skins" (CHS), die von **Hervé Guttuso** geführt werden, der aber in Britannien lebt. CHS operieren von einem C18-Postfach in London und veröffentlichen eine breite Palette von Nazi-Literatur. **Greg Reemers** versucht jetzt, eine unabhängige „Blood & Honour"-Sektion in Frankreich auf die Beine zu stellen. Reemers hat eng mit den Herausgebern von „Un Jour Viendra" aus Bordeaux zusammengearbeitet und „BOHA Records" ins Leben gerufen (Bordeaux und Le Havre)

Dänemark

Es gibt rund 200 Naziskins in Dänemark, die Hälfte davon sind aus Kopenhagen. Dänischen Bands oder Fanzines gibt es kaum. Seit dem Zusammenbruch der „Dänischen Nationalen Front“ 1994 gibt es keine spezifische Skinheadorganisation mehr. Naziskinheads beteiligen sich an extrem rechten Organisationen, wie der DNSB und „Den Danske Forening“.

Der wichtigste Postversand, NS 88, wurde 1994 in Hillerod gegründet. Er wurde von **Marcel Schilf** ins Leben gerufen, der als Kind aus Deutschland nach Dänemark zog. Schilf hat exzellente Kontakte zu deutschen Nazis.

Italien

Seit der Gründung der „Veneto Front Skins“ Mitte der 80er war die Naziskinszene in Italien stets groß, aktiv und gewalttätig. 1993 erlitt die Naziskinheadbewegung einen herben Rückschlag, als die italienische Regierung das Dekret Nr. 122 erließ, das rassistische Hetze unter Strafe stellt. Die Behörden gingen gegen verschiedene Gruppierungen vor, so z.B. gegen den militanten „Movemento Politico“ und die „Azione Skinhead“ aus Mailand. Nach einigen Jahren halb konspirativer Aktivitäten sind die Naziskins auf die Straßen zurückgekehrt. Die Mailänder Gruppe hat jetzt eine Tarnorganisation für Naziskins in der Lombardei, namens „Azione Lombarda Skinhead 88“ gegründet. Die Naziskins haben eine Reihe von beachtlichen Geschäftsaktivitäten entwikkelt, aus denen Läden in Rom, Mailand und Bologna entstanden sind. In Mailand ist die Naziskinbewegung, die einst mehrere hundert Anhänger zählte, auf weniger als 100 geschrumpft. Einer ihrer neuen Treffpunkte wurde kürzlich von der Europaparlamentsabgeordneten der Alleanza Nationale, **Cristina Muscardini** eröffnet. Dort ist Platz für ein Café, Bücherei und Konzerte.

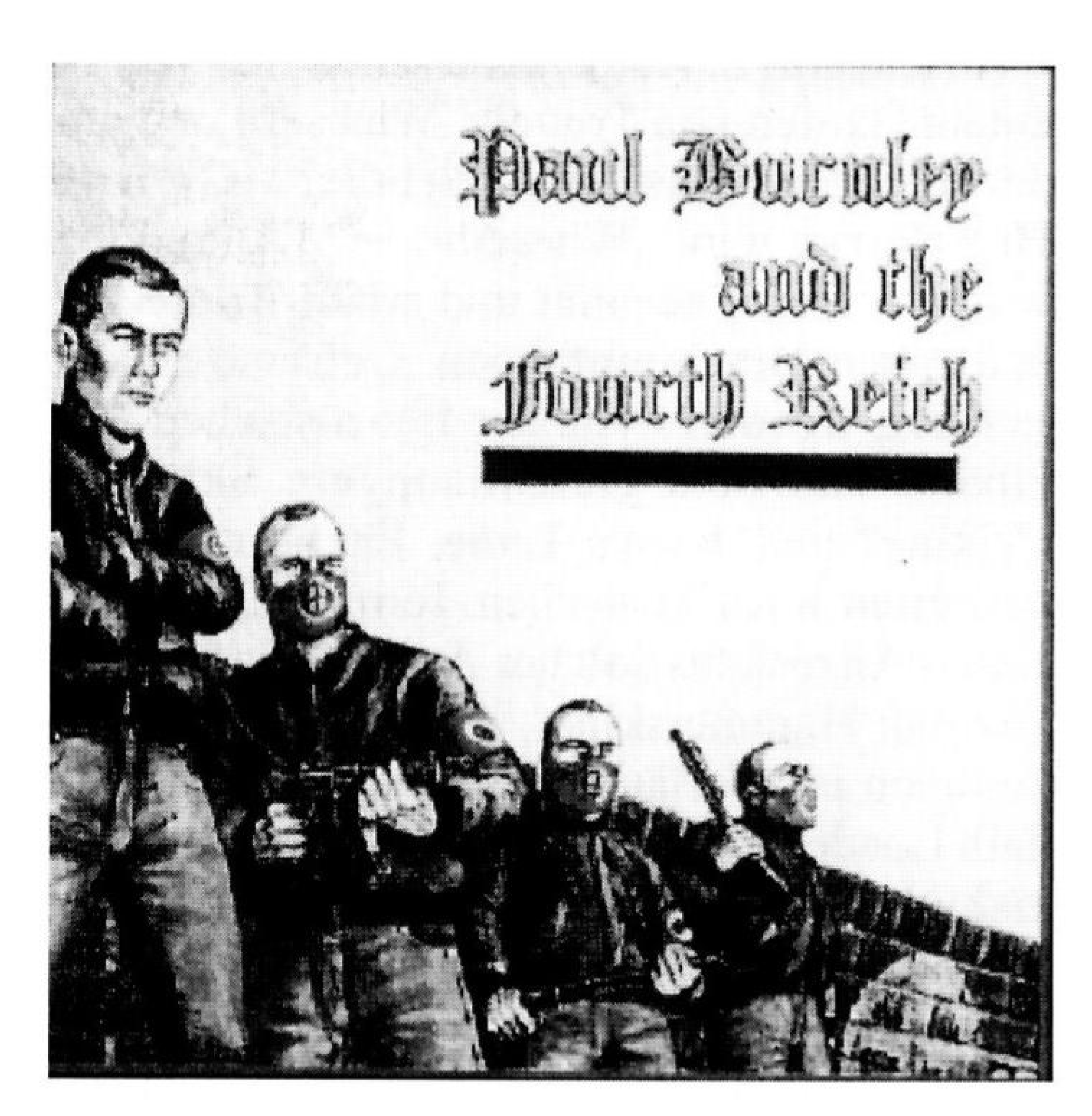
Die bekanntesten Bands sind: ADL 122, Peggior Amico, Corona Ferrea, Gesta Bellica Emmerossa, sowie Nomina Dresda, Legione dell'Odio, Soluzione Violenta und Supremazia Bianca.

Die bemerkenswerteste Entwicklung in Italien war der Aufstieg eines neuen White-Power-Labels, „Rupe Tarpea Productions“, von **Enzo Cipriani**.

Nazi-Rock in Deutschland

In den Jahren nach der deutschen Vereinigung waren Naziskin-Konzerte mit mehr als 1000 Besuchern keine Seltenheit. Die Boneheadszene war dabei, eine breite Basis unter Jugendlichen zu gewinnen. Erst nach der Änderung des Grundrechts auf Asyl gingen die Behörden pro forma gegen die NS- Bewegung in Deutschland vor. In diesem Zusammenhang stand die Nazi-Skin Szene zwischen 1992 und 1993 kurzzeitig unter staatlichem Druck. Sowohl Musikveröffentlichungen wurden indiziert, Labels und Szenezeitungen verboten, als auch Bands wegen Volksverhetzung oder Aufstachelung zum Rassenhass zu - vereinzelt hohen - Geldstrafen verurteilt. Inzwischen zeigt sich, daß diese Aktionen halbherzig und letztendlich nur für die Medien inszeniert wurden. Heute ist die deutsche Bonehead-Szene nicht nur so stark wie eh und je, sie ist auch wesentlich gefestigter. Sie besteht aus einem harten Kern von ca. 2000 gefestigten Boneheads mit einem mehr als doppelt so großen Umfeld.

Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung haben verschiedene Musik-Labels, die eine nahezu ungehinderte Verbreitung neofaschistischer Musik ermöglichen. Nach wie vor spielt das Kölner „Rock o Rama“-Label (RoR), das ab 1993 in Bedrängnis kam, dabei eine wichtige Rolle. So wurden bei einer Hausdurchsuchung der Firma mehr als 30.000 Tonträger beschlagnahmt und die „Gesellschaft für musikalische Aufführung und Vervielfältigungsrechte“ (Gema) entzog dem Unternehmen die Erlaubnis, Platten zu produzieren. Dies legte den Versand von RoR weitgehend lahm, hielt den Besitzer **Herbert Eggolt** bis



heute aber nicht davon ab, bedeutende deutsche Nazi-Bands weiter zu produzieren. Etliche seiner Produkte wurden in Folge von neu entstandenen Versandfirmen und Labels weiter verbreitet, beispielsweise die CD „Dein Weg“ der Nürnberger Band „Radikahl“. Diese wurde 1995 u.a. durch den Düsseldorfer „MZ“-Vertrieb angeboten. Nach dem öffentlichen Abtauchen von „RoR“ übernahm „Funny Sounds“ (Label und Vertrieb) dessen Rolle. Unter der Federführung des ehemaligen „Störkraft“-Managers **Torsten Lemmer** und dem Essener **Andreas Zehnsdorf** wurde seit 1993 mit „Moderne Zeiten“ auch die größte deutsche Nazi-Skinzeitung produziert. Nach eigenen Angaben hatte sie eine Auflage von 10.000 Exemplaren. War die Zeitung damals angetreten, neofaschistische Kultur einem breiten Publikum zugänglich zu machen, ist sie dieser Zielsetzung einen weiteren Schritt näher gekommen. Nach dem Vorbild von „Nordland“ und „Resistance“ erscheint das Pamphlet neuerdings unter dem Namen „Rock Nord“, mit ähnlichen Aufmachung. Die Nähe zu Nordland/Resistance wird nicht nur durch den Namen deutlich. So taucht mit dem Lübecker **Kai Stüwe** im Impressum von „Rock Nord“ einer der wichtigsten deutschen Nazi-Skins auf. Er hat zu dem Netzwerk beste Kontakte und trat mit seiner Band „Freikorps“ bereits für Resistance in den USA auf. Daneben finden sich eine Vielzahl der Nordland/ Resistance Produkte im Angebot der Zeitung wieder.

Enge internationale Verbindungen deutscher Nazi-Labels sind jedoch nicht nur anhand dieses Beispiels auffällig. So organisierte das Bremer Label „Hansa Records“ um **Jens Brand**, Kopf der Band „Endstufe“, im August eine Konzerttournee der schwedischen Nazi-Rocker „Ultima Thule“ und „Midgards Söner“. Mittels speziell eingerichteter Bonehead-Infotelefone gelang es dem Label, kurzfristig über 1000 Besucher zu einzelnen Auftritten zu mobilisieren. „Hansa Records“ zählt zu einem Netzwerk kleinerer Nazi-Label, die direkt aus der Boneheadszene entstanden sind. Ihre Betreiber sind seit mehreren Jahren in der Subkultur als Fanzine-Macher oder Bandmitglieder aktiv und unterstützen sich gegenseitig. Zu diesem Verbund zählt das Nürnberger Label „DiAl“ Records von **Dirk Bocksrocker** und **Alexander Kulegowski**, das seit 1993 CDs britischer „Blood & Honour“ Bands wie „Razor Edge“ produziert, und der Freisinger „Blitz Versand“ von **Jens Pühse**, einem Führungskader der verbotenen Nationalistischen Front. Besonders enge Kontakte nach Britannien pflegt das Stuttgarter „German British Friendship“-Label von **Steffen Hammer**. Er ist Frontmann der Band „Noie Werte“ und produzierte gemeinsam mit dem ex-Skrewdriver Gitarristen **„Stigger“** mehrere Tonträger. Komplettiert wird dieser Club durch die Label „Dim-Records“ aus Coburg von **Ulrich Großmann**, der als Autor der SS-nahen Publikation „Nation & Europa“ auftrat und das Bochumer „Exkalibur-Records“ um **Christian Patzelt** und **Peter Kress**. Letzteres steht den Hammerskins und Resistance-Records nahe. So konnte es jüngst eine CD der Top US-Band „Bound for Glory“ veröffentlichen. Im Ergebnis können deutsche Nazi-Label mehr als 100 Tonträger jährlich produzieren. Dabei dürften die erzielten Umsätze die Millionengrenze überschreiten.

Bei einem relativ großen Markt neofaschistischer Musik ist es nicht verwunderlich, das in Deutschland derzeit ca. 50 bekanntere Bands bestehen. Sie im einzelnen darzustellen, wäre zu umfangreich, zumal sich viele von



ihnen nach relativ kurzem Bestehen auflösen, umbenennen oder neu formieren. Dennoch gibt es Bands, die teilweise über zehn Jahre kontinuierlich bestehen. Allen voran ist hier „Endstufe“ zu nennen. Sie geben an, seit ihrer Gründung vor 12 Jahren über 100.000 Platten verkauft zu haben und stehen inzwischen den Hammerskins nahe. Ähnlich erfolgreich ist auch der Leiter einer norddeutschen Ham-

merskin-Sektion, der bereits erwähnte Kai Stüwe. Er hat sich in den vergangenen zwei Jahren zum Shooting-Star der braunen Musiker entwickelt. Neben der Band „Freikorps" unterhält er mit „Asgard" und den „Holsteiner Jungs" zwei weitere Musikprojekte.

Die Mehrzahl deutscher Bonehead-Bands legt seit der Repression gegen die Szene Wert darauf, eindeutig nationalsozialistische Inhalte, wie etwa die Band „Radikahl" mit „Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um" 1992 noch textete, zu vermeiden. Sie beschränkt sich seither darauf, ihre Aussagen zu umschreiben, um nicht von deutsche Behörden belangt zu werden. Bands, die klarer formulieren, weichen in der Regel jedoch in andere Länder aus. So vertreibt die Band „Kraftschlag" aus Itzehoe ihre Platten über den dänischen „NS-88"-Versand und veröffentlicht diese bei Nordland in Schweden. „Der unbeschreibliche Vorteil an Schweden ist ja, daß es dort kein NS-Verbot (...) gibt", beschreibt Kraftschlag-Frontmann **Jens Apfel** diesen Schritt.

Die deutschen Nazi-Bands tragen viel zur Einigung der Boneheadstrukturen und zu deren Aufstieg bei. Viele Jugendliche erhalten über Konzerte eine Einstiegsmöglichkeit in organisierte Strukturen. Diese Tatsache machte sich der ehemalige Leiter der verbotenen FAP in Niedersachsen **Thorsten Heise** zunutze. 1995 veranstaltete er mit Unterstützung von „Combat 18" mehrere Konzerte mit bis zu 1000 Besuchern.

Neofaschistischen Fanzines gibt es in Deutschland ungefähr 30. Diese tragen entscheidend zu dem Zusammenhalt der Szene bei, da sie über die neuesten Vorgänge informieren. Sie erscheinen in Auflagen zwischen 100 bis 10.000 Exemplaren. Oftmals werden Zines von organisierten Nazis produziert, um für Parteien neue Mitglieder aus der Boneheadszene zu rekrutieren. So wird das Hamburger Zine „Bramfelder Sturm" aus der Umgebung der verbotenen „Nationalen Liste" erstellt. Aber auch die Hammerskin-Zusammenhänge erweisen sich als publizistisch sehr aktiv. Aus ihren Reihen werden derzeit mindestens sieben Zeitungen veröffentlicht. Die bekanntesten davon sind „Der Skinhead" von Jens Brand aus Bremen und die „Hass Attakke" von **Mirco Hesse**, dem Leiter der sächsischen Hammerskin-Sektion.

Die Organisationsform der Hammerskins spielt für die deutsche Szene eine zunehmend bedeutendere Rolle. Die Hammerskins haben einen festen Kaderstamm von mehr als 200 Mitgliedern. Ihre Rundschreiben werden nur an Mitglieder der Organisation oder über persönliche Kontakte vertrieben. In ihren Reihen sind auffällig viele Mitglieder der verbotenen „Nationalistischen Front", wie etwa der Leiter der Brandenburgischen Sektion **Patric Curths**. Er wurde in der NF Mitgliederliste unter dem Kürzel „88" geführt, das als Code für deren Terrorstruktur gilt. Letztendlich setzt sich in Form der Hammerskins der Trend der deutschen NS-Szene fort, sich in autonomen Kaderzellen zu organisieren. Konzepte des „führerlosen Widerstands" finden hierbei ebenfalls eingang. Nordland/Resistance hat für diese Szene eine Art Vorbildfunktion, was sich in zahlreichen Besuchen deutscher Boneheads in Schweden ausdrückt.

In kleinerem Umfang hat auch „Combat 18" Einfluß auf die deutsche Szene. So hat sich 1995 in Berlin eine an C 18 orientierte „Blood & Honour" Sektion gründete, die bereits ein deutschsprachiges B&H Magazin angekündigt hat. Wie sich allerdings an den Beispielen Heise und dem „Bramfelder Sturm" zeigt, hat sich eher das NS-parteiorientierte Boneheadspektrum auf Seiten der B&H-Reste gestellt. Die Differenzen zwischen C 18 und Resistance/Nordland spielen in Deutschland aber kaum eine Rolle. Die Szene achtet hier stärker auf eine geeinte Vorgehensweise und eine möglichst professionelle Vermarktung ihrer Produkte, wie z.B. den Plattenveröffentlichungen.

1996 stellt sich die deutsche Boneheadszene als eine der größten und bestorganisiertesten in Europa dar. Dies liegt nicht zuletzt an der Nichtbeachtung der NS-Jugendbewegung durch die deutschen Behörden, die diese weitgehend ungestört agieren lassen.

Bei den Illustrationen auf Seite 20 handelt es sich um faksimilierte Plattencover europäischer Skinheadbands. Der Artikel basiert auf einer Veröffentlichung der in Großbritannien erscheinenden antifaschistischen Zeitschrift „Searchlight" und wurde von uns stark gekürzt.

Hamburger Statt-Partei auf dem rechten Weg?

Ist die Statt-Partei seit ihrem letzten Bundesparteitag im Juni diesen Jahres immer noch auf der Suche nach einem inhaltlichen Profil, so scheinen die Hamburger Stattianer ihres gefunden zu haben. Statt **Stefan Wartisch** wegen seines Engagements in rechtsextremen Kreisen auszuschließen, sieht der Landesvorstand in seinen Aktivitäten „keine verwertbare Grundlage ein Parteiausschlußverfahren" einzuleiten.

Bereits auf der Mitgliederversammlung am 21. August sprachen die Stattianer Stefan Wartisch das Vertauen aus und wählten den 31jährigen Rechtsanwalt zum stellvertretenden Vorsitzenden des Parteischiedsgerichts. Er selbst hatte im Laufe der kurzen Personaldebatte dargestellt, daß er Mitglied der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußens" (JLO), sowie Autor der „Jungen Freiheit" (JF) sei. Keine 24 Stunden dananch legte er überraschend sein Amt wegen „Irritationen" nieder und Vizepräsident **André Becker** verkündete gegenüber der Presse die Überprüfung seiner Mitgliedschaft.

Weit war diese beim ersten Nachfragen noch nicht gediehen. Becker gab sich ahnungslos, als er darauf hingewiesen wurde, daß Wartisch 1994 den Hamburger „Junge Freiheit Lesekreis" mitgründete und mit Gleichgesinnten den „Hamburger Kreis" (HK) ins Leben rief, nachdem ihnen die JF-Redaktion zu sehr „herumliberalisierte". Angeblich auch nicht bekannt war, daß der Hamburger Verfassungsschutz dem HK ebenso eine „völkisch-nationalrevolutionäre" Ideologie bescheinigt, wie eine „zweifellos kompromißlose Frontstellung zum Modell des demokratischen Verfassungsstaates", und daß die Bundesregierung bei der Mitgliederzeitung der JLO „Fritz" „tatsächliche Anhaltspunkte" für rechtsextreme Bestrebungen feststellte. Mit den Fakten konfrontiert stellte Becker fest: „Stimmen die Tatsachen, so sind sie unverträglich mit der Motivation der Statt-Partei" und „stehen einer weiteren Mitgliedschaft entgegen".

Wie Becker vorausahnte, sieht der Landesvorstand, dem er angehört, dies anders. Am 10. Spetember stellte der Landesvorstand in Sachen Wartsich fest, daß die „bisher vorliegenden Informationen" nicht ausreichten, ihn auszuschließen und beschloß weitere Gespräche mit ihm zu führen, sowie, „daß Herr Wartisch in absehbarer Zeit" kein Mandat oder Funktion in der Statt Partei übernehmen dürfte.

Schon auf der Mitgliederversammlung sah Landesparteichef **Siefke Kerwien** in Wartischs Aktivitäten keinen Widerspruch zur Motivation der Statt-Partei, sondern „ein optisches Manko" ... „das nicht gut aussieht". In der zweiten Reihe scheint das Manko nicht so groß zu sein, oder der Hamburger Landesverband eilt der Bundespartei voraus, die diskutiert, ob ein rechtskonservatives Profil das richtige für den „Protest der Mitte", mit seinen ca. 1.300 Mitgliedern, sei.

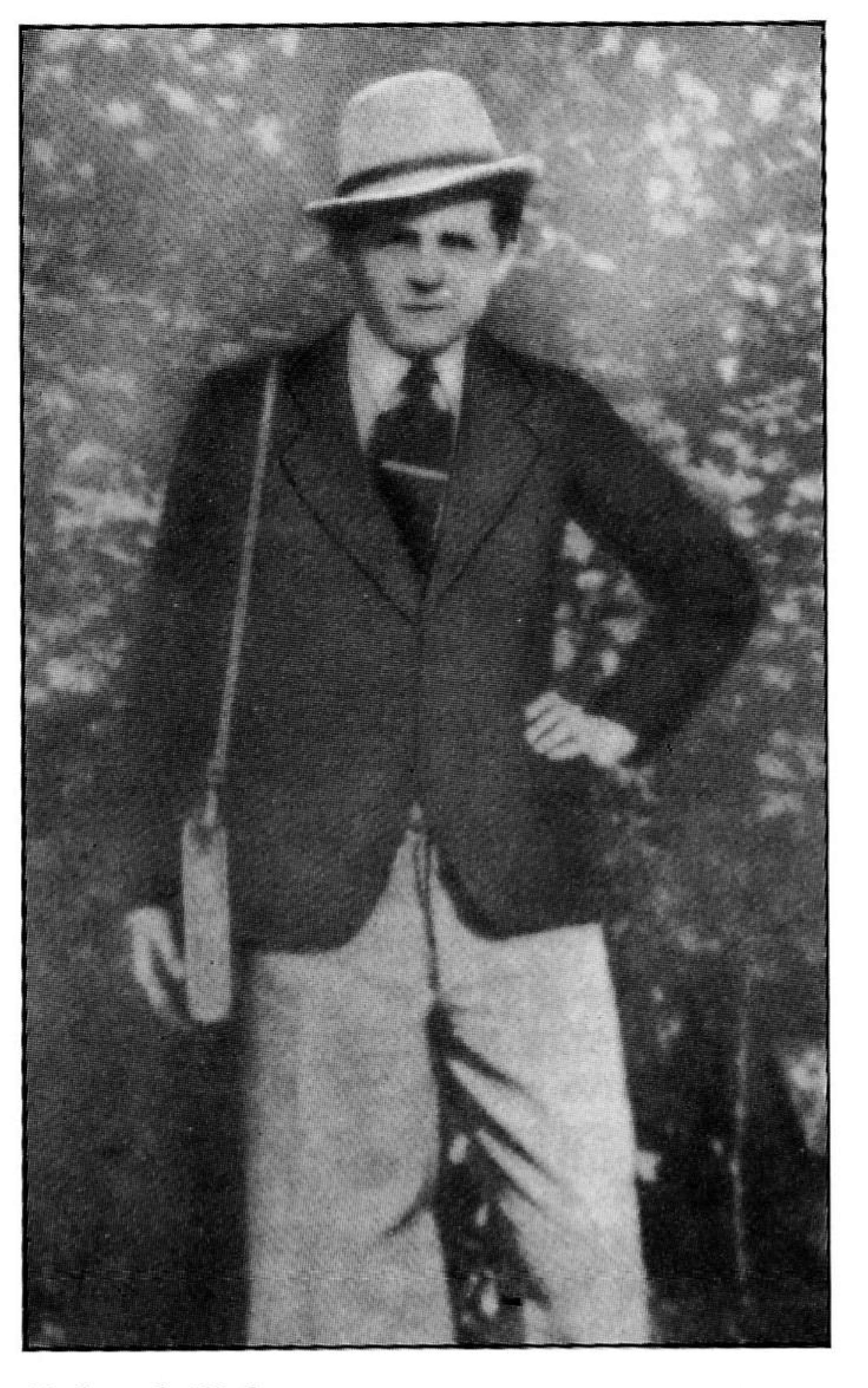
Schwarze Liste

In der aktuellen Ausgabe der von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) herausgegebenen „HNG-Nachrichten" ist die jährliche „schwarze Liste" enthalten. Die Liste umfaßt 27 säumige Beitragszahler der braunen Gefangenenhilfsorganisation. Das krebskranke HNG-Mitglied **Thies Christophersen** (78) entging der „schwarzen Liste". Nachdem er „seit langer Zeit nicht mehr", so sein Brief an die HNG-Vorsitzende **Ursel Müller** (62), seinen Mitgliedsbeitrag bezahlt habe, schickte er kurzfristig seinen Obolus in bar. **André Völkel**, der ehemalige Betreiber der Hamelner „Thule"-Mailbox „Rattenfänger BBS", wird allerdings keine Gelegenheit mehr haben, seine Rückstände bei der HNG zu begleichen. Das ehemalige Mitglied der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) verstarb bereits vor mehreren Wochen im Alter von 28 Jahren. Betrauert wird in der September-Ausgabe der „HNG-Nachrichten der Tod des HNG-Mitgliedes **Günter Budina**, der im Alter von 68 Jahren starb.

Ulrich Sander

Vom Umgang mit dem jüngsten vom Volksgerichtshof zum Tode Verurteilten

Am 25. Januar 1985 beschloß der Deutsche Bundestag einstimmig, „daß die als 'Volksgerichtshof' bezeichnete Institution kein Gericht im rechtstaatlichen Sinne, sondern ein Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft war." Sind also die Urteile solcher Terrorinstrumente genannten Institutionen bereits kassiert, wie es jetzt wieder verlangt wurde? Offenbar nicht, denn anläßlich des Papstbesuches in Deutschland mußten Terrorurteile der Nazis ausdrücklich aufgehoben werden. Das setzt Maßstäbe.



Helmuth Hübener

Am 27. Oktober 1942 wurde „im Namen des Volkes" in Berlin-Plötzensee das Urteil gegen den erst 17-jährigen Helmuth Hübener vollstreckt, den jüngsten vom Volksgerichtshof verurteilten und in Plötzensee hingerichteten Widerstandskämpfer: Todesstrafe wegen „Abhörens eines Auslandssenders und Verbreitung der abgehörten Nachrichten in Verbindung mit Vorbereitung zum Hochverrat und landesverräterischer Feindbegünstigung." Helmuths drei mitangeklagten Freunde wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und erst mit dem Kriegsende befreit.

1981 verlautbarte die Staatsanwaltschaft von Berlin/West, sie überprüfe 2000 Volksgerichtshof-Urteile „auf ihre Rechtmäßigkeit". Auf eine Anfrage anläßlich der Vorbereitung einer Hübener-Biographie teilte die Staatsanwaltschaft mit, von den am Hübener-Prozeß Beteiligten sei eine über 90jährige Person vermißt, alle anderen verstorben. Sodann versuchte der Überlebende der Hübener-Gruppe, Karl Heinz Schnibbe aus Salt Lake City/USA, Akteneinsicht in die Verfahrensunterlagen über die juristische Aufarbeitung des Hübener-Falls nach 1945 zu erlangen.

Es ergab sich ein kurioser Briefwechsel. So verweigerte die Staatsanwaltschaft Hamburg Karl Heinz Schnibbe Einsicht in die Akten des Falls Mohns, des Nazis und Denunzianten, der den Verwaltungslehrling Helmuth Hübener seinen Henkern ausgeliefert hat. Von 1950 bis 1953 wurde dieser Fall verhandelt. Diese Verweigerung war nicht nur deshalb empörend, weil mit Schnibbe einem Opfer des Mohns Rehabilitierung verwehrt wurde, sondern auch, weil die Staatsanwaltschaft sich zur Zeit der Abfassung des Briefes an Schnibbe schon lange der Aktenvernichtung schuldig gemacht hatte. Die Spuren des skandalösen Freispruchs von Mohns 1953 unter Mithilfe des Bundesgerichtshofes waren verwischt, wie sich nach zwei weiteren Schreiben herausstellte, die im Frühjahr 1992 an die Hamburger Justizsenatorin und die Hamburger Generalstaatsanwaltschaft gesandt wurden. Man teilte dem Biographen im Sommer 1992 mit, daß er berechtigt sei, die Akten einzusehen, jedoch seien diese seit 1975 vernichtet. Im übrigen liege eine Eintragung vor, daß der Mohns nach Intervention des Bundesgerichtshofes freigesprochen wurde, mehr wisse man nicht.

Frau Senatorin Peschel-Gutzeit bedauerte am 1.7.1992 in einem Brief, „daß eine weitere Aufklärung des Verfahrens gegen Heinrich Mohns leider im Hinblick auf die Vernichtung der Akte nicht mehr möglich ist."

Nicht vernichtet ist zum Glück der Spruch des Bundesgerichtshofes, den Heinrich Mohns 1950 angerufen hatte, nachdem er in erster Instanz in Hamburg wenigstens zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, - einer Strafe, die nach Prozeßbeobachtern viel zu gering war, zumal Mohns sich als „alter Kämpfer" und völlig uneinsichtig gab. Das Urteil des Bundesgerichtshofes liest sich heute wie eine erneute Verurteilung von Helmuth Hübener. Mohns wurde „Notstand" bescheinigt und den Revisionsrichtern wurde die Auffassung nahegelegt, daß die Jungen um Helmuth uneinsichtig waren, die Denunziation jedoch gesetzlich vorgeschrieben gewesen sei.

> *Als Helmuth Hübener im Februar 1941 erstmalig die Nachrichten des Londoner Rundfunks hörte und sie mit der Goebbelschen Lügenpropaganda verglich, wuchs sein Wille, die Wahrheit über die Lage an den Fronten und über die faschistischen Kriegsverbrechen in Deutschland verbreiten zu helfen. Er schrieb die gewonnen Informationen viele Male auf der Schreibmaschine und schickte sie seinen Bekannten zu. Dann gewann er einige gleichaltrige Freunde für die Mitarbeit. Die Jugendlichen verbreiteten in den Hamburger Arbeitervierteln Hammerbrook und Rothenburgsort etwa sechzig verschiedene Kurztexte in Hunderten Exemplaren. Im Februar 1942 unternahm er den Versuch, die Materialien ins Französische übersetzen zu lassen. Dabei gerieten Helmuth Hübener und drei seiner Freunde in die Hände der Gestapo.*
>
> ***(nach: Deutsche Widerstandskämpfer, 1933-1945; Dietz Verlag Berlin)***

Das höchste Strafgericht des Nach-Nazi-Deutschland bestätigte somit die Nazijustiz. Dabei war der Hinweis auf „Gesetze" nicht nur deshalb beschönigend, weil es eben Nazigesetze waren, sondern auch, weil in Wirklichkeit in dem Volksgerichtshofverfahren bloße „Verordnungen" den Ausschlag gaben. Hübener war aufgrund von Verordnungen „gegen das Abhören feindlicher Sender" und „über die Anwendung der Höchststrafe gegenüber jugendlichen Schwerverbrechern" zum Tode verurteilt worden. Den NS-Juristen selbst muß es irgendwann unheimlich gewesen sein, Jugendliche nach einer Verordnung besonders hart und nach dem Erwachsenenstrafrecht zu bestrafen. Deshalb hoben sie die „Verordnung" auf - und fügten sie wortwörtlich im Jahre 1943 in ein Gesetz über die Jugendgerichtsbarkeit ein.

Und noch einen Skandal der Nachkriegsgerichtsbarkeit wurde bei der Spurensuche nach Helmuth Hübener bekannt. Nicht nur, daß in Hamburg Akten vernichtet und in Karlsruhe Naziurteile gerechtfertigt wurden, es wurde auch das Jugendgerichtsgesetz, in das die Nazis ihre Verordnung über die Bestrafung Jugendlicher nach dem Erwachsenenstrafrecht eingearbeitet hatten, in bundesdeutsches Recht übernommen. Heute kann ein Jugendlicher zwar nicht zum Tode verurteilt werden, aber er kann zur Höchststrafe nach dem Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden, weil diese Bestimmung aus der Zeit vor 1945 übernommen wurde; er kann sogar wegen „schädlicher Neigungen" bestraft werden, auch so ein Begriff, der sich in die heutigen Gesetze herübergerettet hat und der direkt aus dem Urteil gegen Hübener stammen könnte, in dem dessen „auffallende Gehässigkeit" und „Gefährlichkeit", ja „Ehrlosigkeit" angeprangert wird.

Der Bundestag hat festgestellt, daß der „Volksgerichtshof" nur ein Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft war. Aber die Richter dieses „Terrorinstruments" wurden nie belangt. Viele waren nach 1945 weiterhin als Richter und Staatsanwälte tätig. Deshalb forderte Karl Heinz Schnibbe die Freie und Hansestadt Hamburg auf, im Sinne ihrer Landeskinder Helmuth Hübener +, Rudolf Wobbe +, Karl-Heinz Schnibbe und Gerhard Düwer darauf hinzuwirken, daß das Volksgerichtshofurteil vom 11. August 1942 mit dem Aktenzeichen 8 J 127/42 g - 2 H 141/42 Geheim! ausdrücklich aufgehoben wird. Er wartet seit vier Jahren auf eine Antwort.

Andreas Speit

Wider ein Alibi für Deutschland - eine Rezension -

Bereits vor seinem Erscheinen war das Buch „Der Lübecker Brandanschlag: Fakten, Fragen, Parallelen zu einem Justizskandal", herausgegeben von Wolf-Dieter Vogel, zum Politikum geworden. Die Lübecker Nachrichten und die örtliche CDU kritisierten in schärfster Form, daß die Publikation drei Tage vor dem Prozeß gegen Safwan Eid im Lübecker Rathaus der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

„Es entsteht der Eindruck, die Verwaltung der Hansestadt Lübeck sitze mit den Kritikern des Ermittlungsverfahrens in einem Boot", beklagt Klaus Puschaddel, Fraktionschef der CDU in der Bürgerschaft und warf dem sozialdemokratischen Bürgermeister Michael Bouteiller undiplomatisches Verhalten vor. Die Lübecker Nachrichten stießen ins das selbe Horn. Mit der Präsentation des „tendenziösen Buches" vor Prozeßbeginn werde versucht, „auf das Gericht und den Ausgang des Prozesses Einfluß zu nehmen und politisch massiv Stimmung zu machen". Ein Bürgermeister, der dies nicht verhindere, offenbare „bestenfalls politische Instinktlosigkeit" und sei letztlich „unerträglich".

Nicht minder unerträglich werden dieselben Stimmen die Publikation finden, da es die Einseitigkeit der Ermittlungen auf eines der Opfer des Brandanschlages ebenso thematisiert, wie die breite Akzeptanz der „Konstruktion eines Alibis für Deutschland".

Der Publikation, die mehrere Beiträge von verschiedenen Journalistinnen und Journalisten beinhaltet, ist ein Vorwort von Beate Klarsfeld vorangestellt. In diesem wirft sie der Justiz zu Recht vor, ohne vernünftige Ermittlungen jemanden zum Täter zu machen, weil es ins politische Kalkül paßt. Anstatt jedoch davon zu sprechen, daß „gleichzeitig heiße Spuren zu wirklichen Täter unbeachtet" werden, wäre die Begrifflichkeit „mögliche Täter" derzeit angemessener.

Unter der Überschrift „Ein Brandstifter für die Biedermänner" faßt Wolf-Dieter Vogel die vorliegenden Fakten, die unterschiedlichen Aussagen und Erkenntnisse zusammen und zeigt die Widersprüche auf. Unter anderem hebt er die diversen Versionen des angeblichen Geständnises Eids hervor und betont die Differenzen in den Aussagen der vier Grevesmühlener Männer, das fehlende Tatmotiv, sowie den Versuch, den Brandausbruch im ersten Stock, komme-was-da-wolle zu orten.

An diesen guten Überblick, der auch denjenigen hilft, die kontinuierlich dem Geschehen folgten, schließen sich drei Interviews an.

Im ersten befragen Elke Spanner und Vogel Michael Boutteiller. Jener beklagt die herrschenden Verhältnisse in der Flüchtlingsfrage, als auch im Verfahren. Kibolo Katuta, der in der Hafenstraße 52 wohnte, beschreibt in dem Interview mit Vogel und Andreas Dietl, wie er die Ermittlungen und das Verfahren erlebt. Geoffrey Bindmann, Mitglied der Internationalen Untersuchungskommission, geht indes auf Fragen von Heike Kleffner ein, die u.a. nachfragt, inwieweit einseitig ermittelt wird.

Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus umreißt im Anschluß kurz die politische Situation der Flüchtlinge, sowie ihre Aktivitäten in einer „polarisierten Stadt".

Hierauf folgt Miriam Langs Analyse der Medienberichterstattung. Sie skizziert die Berichterstattung nach - beginnend mit der „betroffenen Reaktion" über einen erneuten rassistisch motivierten Anschlag, endend mit der „Lehre von Lübeck", daß vorschnell von einer rechtsextremen Täterschaft ausgegangen wurde. In diesem Kontext hinterfragt sie die von den Medien formulierte Selbstkritik und benennt deren Konsequenz: die Entschuldung der „möglichen Täter", sowie die Belastung des „vermeintlichen Täters" der Staatsanwaltschaft, als auch die Entlastung der „Nation" im allgemeinen. Hierbei stellt sie dem herrschenden protestantischen Schuldbegriff, der Handeln und geistige Einstellung trennt, Jean-Paul Sartres Begriff der Verantwortung gegenüber.

In den beiden Beiträgen „Feuer in einer kleinen Stadt", von Gaby Hommel und „In

Fortsetzung auf Seite 24

NEUERSCHEINUNGEN

Fortsetzung von Seite 23

einigen Jahren kommt das vielleicht raus", von Bernd Siegler wird beschrieben wie es Opfern erging, die zu Tätern gemacht wurden.

„Die Täter-Opfer-Wende in der bundesdeutschen 'Ausländerpolitik'" beleuchtet zum Schluß Elke Spanner, wobei sie sich aufs Discriptive beschränkt und hierfür einzelne Beispiele anführt.

Die 129 Seiten starke Publikation ist kein Produkt eines Gesinnungsjournalismus, welcher von taz bis faz schnell kritischen Stimmen zur Verhandlung unterstellt wird. Mitnichten, die Autorinnen und Autoren eint, daß sie aus einem kritisch reflektierten Blickwinkel die Geschehnisse in Lübeck betrachten. Thematisiert wird die Einseitigkeit der Ermittlungen, während offenkundige Spuren, die auf einen rassistisch motivierten Anschlag hindeuten, beflissen negiert werden, damit eine Nation erleichtert aufatmen kann. Dies stört - wie alle kritischen Stimmen, die durch Publikationen und Aktionen das Verfahren begleiten.

Wolf-Dieter Vogel: der Lübecker Brandanschlag; Fakten, Fragen, Parallelen zu einem Justizskandal, Elefanten Press, DM 19.90.

Graue Wölfe

Vom Allgemeinen Studierendenausschuß (ASTA) der Technischen Universität Berlin erschien in diesen Tagen die Broschüre „Türkischer Nationalismus & ´Graue Wölfe´". In den letzten Jahren erfuhren die „Grauen Wölfe" eine Renaissance, vor allem unter den im europäischen Ausland lebenden jungen Türken. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre waren die „Grauen Wölfe" bereits einmal Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik.

Zwischenzeitlich kaum mehr beachtet, erfährt der in zahlreichen Kultur- und Idealistenvereinen organisierte türkische Rechtsextremismus gegenwärtig wieder verstärkten Zulauf in der Bundesrepublik. Die 32 Seiten starke Broschüre informiert, wenn auch nicht fehlerfrei und nur in groben Zügen, über Hintergründe, Ideologie, Historie und Aktivitäten der „Grauen Wölfe". Die in der „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V." (ADÜTDF) seit 1976 organisierten „Graue Wölfe" vertreten die politischen Ziele der „Nationalen Aktionspartei" (MHP). Rund 6000 Personen sind bundesweit, so offizielle Angaben des Verfassungsschutzes, in der ADÜTDF organisiert, Tendenz wieder steigend. Vorsitzender der türkischen MHP ist der 79jährige Oberst a.D. Alparslan Türkes. Im Dezember vergangenen Jahres scheiterte die MHP an der 10%-Hürde bei der türkischen Parlamentswahl.

Die Broschüre ist erhältlich zum Preis von DM 2.- beim ASTA der TU Berlin, Antifa-Referat, Marchstraße 6 in 10623 Berlin.

Die Auschwitzleugner

Den Aktivitäten der Internationale der Auschwitzleugner widmet sich das jüngst bei Elefanten Press erschiene Buch „Die Auschwitzleugner". Bei dem Buch handelt es sich um eine aktualisierte und erweiterte Fassung eines 1995 in Österreich erschienen Werkes. „Neue Entwicklungen und Themen, vor allem aber die zunehmende internationale Verflechtungen des 'Revisionismus', wie sie in den internationalen Kongressen oder in der Einspeisung 'revisionistischer' Propaganda in das Internet sichtbar wurden, machten eine über Österreich hinausreichende Neubearbeitung notwendig", heißt es in der Erklärung des Verlages.

B. Bailer-Galanda/W. Benz/W. Neugebauer (Hg.), Die Auschwitzleugner, 396 Seiten, DM 39,90

Video: Partisanen im Piemont

Eine der bedeutendsten Auseinandersetzungen der deutschen Wehrmacht mit PartisanInnen fand von 1943 bis 1945 in der nordwestitalienischen Provinz Piemont statt. Der Wehrmacht, SS und italienischen Faschisten standen bis zu 40.000 bewaffnete PartisanInnen internationaler Herkunft gegenüber. Die deutschen Versorgungs- und Rückzugswege nach und von Frankreich wurden von den Einheiten „Garibaldi" empfindlich gestört. Die Deutschen schlugen mit unmenschlicher Härte zurück. Neben zahlreichen PartisanInnen berichtet zum ersten Mal überhaupt der Comandante Mario Castagno öffentlich über seine Erlebnisse und Einschätzungen. Der Gewerkschafter Giuseppe Longo erzählt über den Widerstand in Turin und zeigt auf, daß erst der gemeinsame Kampf in den Bergen und den Fabriken zur Befreiung Turins geführt hat. Im Film erläutert Mara Piovano , weshalb sie sich 1944 als eine der ersten Frauen im Piemont den kämpfenden Einheiten in den Bergen anschloß.

Das 58-minütige Video arbeitet mit viel historischem Filmmaterial und ist so eine beeindruckendes Dokument deutscher Besatzungsgeschichte, über die hierzulande auch heute noch kaum etwas bekannt ist.

Im Verleih kostet das Video DM 60,-. Für den ausschließlich privaten Gebrauch ist es auch als Kaufkassette für DM 39,- erhältlich.

Verleih und Vertrieb: querblick. Medien- und Verlagswerkstatt, Macairestr. 3, 78467 Konstanz